

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

2–3/08

Juni 2008 · 61. Jahrgang
Einzelverkauf 8,- €

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen

Aktuell dazu:

Ullrich Hahn, Eugen Drewermann, Reinhard J. Voß und Clemens Ronnefeldt

Franziska Drohsel/Ralf Höschele

Die SPD und die Bahn

Paul Schobel

Arbeit und Religion

Jürgen Klute, Christoph Butterwegge und Gerhard Kuppler

Über den Kampf gegen Armut

Gerhard Borné

Solidarität mit psychisch Kranken

Reinhard Gaede, Ulrich Peter und Willy Spieler

Lebensbilder: George Fox, Emil Fuchs, Harald Poelchau und Clara Ragaz

Rezensionen

Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten Deutsch-
lands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-
det 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Christian Gössling, Berthold Scharf,
Robert Wollborn

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:

Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

BRSD-Sekretariat, Michael Bschorr
Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe
Tel. 0 52 02/884 883, Fax 884 884
sekretariat@brsd.de, MBschorr
@t-online.de

Preise:

Einzelheft €6,-, Doppelnummer €8,-,
Abo Inland €20,- pro Jahr, Abo
Ausland €23,-, Förderabo €25,-
oder mehr. Kündigungen werden zum
Jahresende wirksam.

Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den
BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350 601 90,
Konto-Nr. 2 119 457 010

Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Duckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Gerhard Kuppler

Wie bekommen wir die Menschheit satt?7

Eugen Drewermann

Krieg beschützt niemanden – aber er bedroht jeden10

Ullrich Hahn

**„Aus Gottes Frieden leben –
für gerechten Frieden sorgen“18**

Reinhard J. Voß, Pax Christi

**Kein schleichender Übergang vom Aufbaumandat
zur Kriegspraxis in Afghanistan!.....22**

Clemens Ronnefeldt

**Deutsche Sicherheits- und Friedens-
politik auf dem Weg der Militarisierung?23**

Franziska Drohsel, Ralf Höschele

Die SPD und die Privatisierung der Bahn27

Paul Schobel

„Religion prägt Arbeit – prägt Arbeit Religion?“31

Jürgen Klute

„Begrenzung von Reichtum dient der Demokratie“39

Christoph Butterwegge

Fallstricke im Kampf gegen (Kinder-)Armut43

Gerhard Borné

Solidarität mit „Psychisch Kranken“46

Reinhard Gaede

Emil Fuchs und Georg Fox – zwei Gründerväter50

Ulrich Peter

**Harald Poelchau als Begründer
des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt56**

Willy Spieler

Clara Ragaz (1874–1957) – Zum 50. Todestag62

Rezensionen

Arbeitsfairteilen (Lothar Bratfisch)69

Handbuch Friedenserziehung

(Friedrich-Wilhelm Bargheer)70

Bundesnachrichten73

Fotonachweis75

Autorenverzeichnis75

Aus der Redaktion

Frieden ist ein Schwerpunktthema dieses Heftes. Im Oktober 2007 erschien die Denkschrift des Rates der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen.“ Im Vorwort schreibt der Ratsvorsitzende Bischof *Dr. Wolfgang Huber*: „Die Hoffnung, aus der Überwindung des globalen Konflikts zwischen der USA und der Sowjetunion ergebe sich eine ‚friedenspolitische Dividende‘, erfüllte sich nicht. Gewaltsame Auseinandersetzungen auf dem Balkan, der Zerfall staatlicher Autorität in verschiedenen Regionen Afrikas und Asiens sowie die Privatisierung der Gewalt in Händen von Warlords und Bürgerkriegsparteien stellen mit neuer Dringlichkeit die Aufgabe vor Augen, die Gewalt der Herrschaft des Rechts zu unterwerfen. Zu den großen Friedensgefährdungen unserer Zeit zählt insbesondere auch der moderne internationale Terrorismus.“ (7) Die Denkschrift will einen Konsens für die ganze Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Sie vertritt einleuchtende Grundsätze: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden der Welt ein. Gerechter Friede in der globalisierten Welt setzt den Ausbau der internationalen Rechtsordnung voraus.“ (9) Zivile Konfliktbearbeitung soll den „Vorrang“ haben. Der Grundgedanke des gerechten Friedens hat breite Zustimmung gefunden. Ist doch damit der alten Lehre vom gerechten Krieg der Abschied gegeben. Die Friedens-Bewegung begrüßt das klare Nein zur Fortdauer der nuklearen Abschreckung. Kontroversen ergeben sich bei der Einschätzung der Rolle von Militärs. Die „Anwendung von Zwangsmitteln soll an strenge ethische und völkerrechtliche Kriterien“ gebunden werden, so die Denkschrift (9).

Ullrich Hahn, Vorsitzender des Versöhnungsbundes, sieht Erwartungen an die Denkschrift schon dadurch eingeschränkt, dass ein General an den Beratungen der Kammer für öffentliche Verantwortung teilgenommen hat. Er kritisiert ein Verständnis von Recht, wonach dieses der Mittel der Gewalt und des Zwanges bedarf. Demgegenüber weist er auf die Chancen gewaltfreier Methoden für Konfliktlösung hin, erinnert an die Geschichte der Menschenrechte, die durch Widerstand, auch durch Leiden errungen wurden, und an die Botschaft der Propheten.

Das *Bremer Friedensforum*, DFG-VK und weitere Organisationen hatten am Ostersonntag, 22. März 2008, zum traditionellen Ostermarsch eingeladen. Inhaltlich forderte der Bremer Ostermarsch unter anderem: „Frieden für Afghanistan. Keine Bundeswehreinheiten buten und binnen. Vollständige atomare Abrüstung, auch in Deutschland. Abrüstung statt Sozialabbau. Rüstungs-Firmen sollen sich auf zivile Güter umstellen.“ Auf dem Marktplatz der Hansestadt sprach der Paderborner Theologe und Psychotherapeut *Dr. Eugen*



Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach

Drewermann. Ihm wurde 1991 die kirchliche Lehrerlaubnis entzogen und ein Predigtverbot auferlegt. Der BRSD hatte damals dagegen protestiert und sich mit ihm solidarisch erklärt, CuS 4/1991. E. Drewermanns ohne schriftliches Manuskript vorgetragene 38-minütige Rede rüttelte auf und begeisterte. „Krieg beschützt niemanden, aber bedroht jeden“, ist das Thema, das im Blick auf das Grauen so vieler Kriegsschauplätze entfaltet wird. Wir danken *Ekkehard Lentz*, dem Sprecher des Bremer Friedensforums, dass er uns die Abschrift der Rede zur Verfügung gestellt hat. Nicht mehr Aufbauen, sondern Kämpfen in Afghanistan – das ist die neue Situation, in die deutsche Soldaten ab dem Sommer geraten können – gegen den Willen der Mehrheit in der Bevölkerung. Nach sechs ein halb Jahren Krieg ist die militärische Lage völlig offen. Nato-Bombardements mit vielen Opfern unter Zivilisten haben die Menschen gegen die Besatzer aufgebracht, Widerstand regt sich; die Taliban, ursprünglich von Pakistan und den USA ausgerüstet, führen Krieg und haben die Grenze zum Terrorismus schon vielfach überschritten. Drogenhändler, Warlords und arbeitslose, unzufriedene Menschen schaffen eine instabile Lage, in der ausländische Helfer ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Die *AG Friedens-Forschung* an der Universität Kassel schreibt: „Von 2002 bis 2006 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wieder-Aufbau eingesetzt. Und auch diese Mittel konzentrierten sich fast nur auf die Hauptstadt Kabul.“ Der Internationale Afghanistan Kongress wie auch die Kampagne der Friedensbewegung stehen unter dem Motto: „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan.“ Diesen Rat gibt auch *Clemens Ronnefeldt*, Referent des Versöhnungsbunds, nachdem er in einer Bilanz der Auslandseinsätze der Bundeswehr eine Militarisierung der deutschen Sicherheitspolitik diagnostiziert hat. Im Herbst steht die Entscheidung im Bundestag an, ob die Mandate für den Bundeswehreininsatz (OEF und ISAF) verlängert werden sollen oder nicht. Der Generalsekretär von *Pax Christi Dr. Reinhard J. Voß* hat eine Erklärung geschrieben, die ich unterstützen möchte, eingedenk auch dessen, dass der BRSD in der Weimarer Zeit Mitglied des deutschen Friedens-Kartells war: „Wir warnen vor einem schleichenden Übergang vom Aufbaumandat zur Kriegspraxis in Afghanistan.“

Die Predigt von Pfarrer *Gerhard Kuppler*, Lauffen, über die Speisung der Fünftausend stellt sich der Frage: „Wie bekommen wir die Menschheit satt?“

In der Innenpolitik erregt schon lange das Thema „Privatisierung der Bahn“ die Gemüter. *Franziska Drohse*, *Bundesvorsitzende*, und *Ralf Höschele*, *stellvertretender Vorsitzender der Jusos*, sprechen sich dagegen aus, kritisieren neoliberale Konzepte und beweisen damit wieder einmal die Eigenständigkeit ihrer Organisation als „sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband“ innerhalb der SPD. Anschließend kommentieren sie die politische Lage und erörtern die Chancen bei der Bevölkerung für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Die Entscheidung des Bundestages wurde von Protesten begleitet. Wir zeigen sie mit einem Bild von *attac*, dem Bündnis, dem wir angehören.

Paul Schobel, Leiter des Fachbereichs Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, fragt: „Religion prägt Arbeit – prägt Arbeit Religion?“ Er informiert über biblische Perspektiven der Arbeit, stellt diesen die Erwerbsarbeit im real existierenden Kapitalismus gegenüber, zeigt auf Schwachstellen der kirchlichen Lehre und ihrer Praxis als Arbeitgeber. Nach der prophetischen Rolle des Jesaja müsste die Kirche bei der „Befreiung aus Arbeitsklaverei“ vorangehen.

Das Bundesverfassungsgericht hat schon im November 2006 eine Korrektur der Erbschaftssteuer gefordert, der Wert von Immobilien müsse vollständig angerechnet werden. *Jürgen Klute*, Evangelischer Sozialpfarrer, fordert die Kirche auf, sich mit dem Thema zu befassen. Eine theologische Basis für eine sozialetische Stellungnahme sieht er in der biblischen Tradition vom Sabbatjahr und Halljahr. Prozesse der Verarmung zu stoppen und Konzentration von Reichtum in den Händen weniger zu verhindern, muss das Ziel sein.

Christoph Butterwegge, Leiter der Abteilung Politikwissenschaft an der Universität Köln, warnt davor, im Kampf gegen Armut sich allein auf Förderung der Bildung zu konzentrieren und die Verteilung von Eigentum und Vermögen auszublenden. Die Ausbildung von Taxifahrern mit Hochschulabschluss z.B. kann das Problem der Armut in der Gesellschaft nicht lösen.

Gerhard Borné, Pfarrer und Therapeut in Berlin, hat Gedanken zur Solidarität zwischen „Normalen“ und „Psychisch Kranken“ beim Ökumenischen Abendgebet vorgetragen. Wie Jesus einmal von seiner Familie für „verrückt“ erklärt worden ist, haben Menschen mit abweichendem Verhalten oft darunter zu leiden, verkannt zu werden. Wir sollen sie nicht allein lassen.

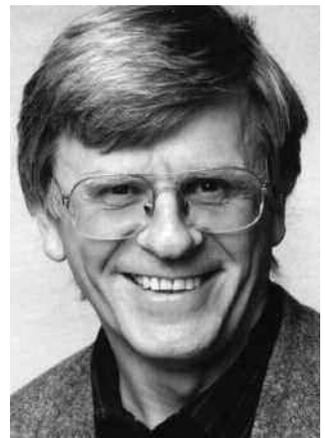
35 Jahre nach dem Tod eines Gründer-Vaters der religiösen Sozialisten ist eine Schrift erschienen. *Emil Fuchs* hat im Winter 1933/34 über *George Fox*, den Gründervater der Quäker, geschrieben. Mein Artikel erinnert an ihr Leben und das Zeugnis im Leiden.

Ein Lebensbild von *Harald Poelchau*, dem Begründer des Berliner Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, gibt *Ulrich Peter*, uns bekannt durch viele Beiträge zur Geschichte des religiösen Sozialismus. Ein zweiter Teil seines Artikels über Harald Poelchau als Gründer der Evangelischen Industriejugend und Berufsschularbeit soll später folgen.

Am 7. Oktober des letzten Jahres jährte sich der 50. Todestag von *Clara Ragaz*. Für die Gleichberechtigung der Frau, für den Frieden in der Welt, für demokratischen Sozialismus hat sie gestritten, ihrem Mann Leonhard und vielen anderen Mut gemacht und vielen Menschen in der Not geholfen. *Willy Spieler* hat den Artikel, der auch in den Neuen Wegen (9/2007) erschienen ist, uns überlassen. Seit 1977 war er verantwortlicher Redakteur der Neuen Wege, die im Jahre 2006 ihren 100. Geburtstag feiern konnten. Ein Jahr hat er mit mir zusammen die damals vereinigten Zeitschriften NW – CuS redigiert. Ende 2007 hat er Abschied genommen. Für den Ruhestand wünschen wir ihm viele glückliche Jahre mit Gottes Segen und danken ihm für treue Freundschaft.

Im Redaktions-Beirat begrüßen wir als neues Mitglied *Hartmut Futterlieb*. Wir kennen ihn seit den Jahrestagungen des Bundes in Bad Hersfeld, die er bereichert hat z.B. durch Stadtführungen oder das schöne Kulturprogramm zu Lateinamerika. Jetzt stellt er sich vor:

„Geboren wurde ich als zweites Kind von drei Geschwistern am 09.07.1941 in Frankfurt/Oder. Im Winter 1946/47 kam unsere Familie nach Schleswig-Holstein, wo ich aufgewachsen bin und bis 1973 als Lehrer gearbeitet habe.



Von 1973 bis 1979 war ich als pädagogischer Mitarbeiter in der Ev. Studentengemeinde Freiburg tätig und dort für die PH und die politische Arbeit zuständig. Seitdem Mitglied bei CfS (Christen für den Sozialismus).

Nach einem kurzen Zwischenspiel als Lehrer in Pinneberg, Schleswig-Holstein, kam ich 1980 als Studienleiter am Pädagogisch-Theologischen Institut der EKKW (Kassel) nach Bad Hersfeld, d.h. in die religionspädagogische Fortbildung. In dieser Zeit Arbeit in der Hersfelder Friedens-Initiative und seit 1982 in der Jugendwerkstatt Bad Hersfeld, die ich mit gegründet habe, in deren Vorstand ich 15 Jahre lang gearbeitet habe und wo ich von 1996 bis zum Ruhestand noch nebenher als Lehrer für arbeitslose Jugendliche tätig war. Mitglied bei attac seit der Gründung und beim Institut für Politik und Theologie in Münster, außerdem im Vorstand von Kairos Europa.

Seit 2006 bin ich im Ruhestand.“

Am 24. Juni wird *Pfarrer Dr. Fritz Hufendiek* 80 Jahre alt. In CuS 3/2006 finden wir seinen Lebenslauf. Das Geburtstagskind ist noch immer deutlich in der Öffentlichkeit zu hören. In der Zeitschrift *ru intern* 1/2008, Informationen für evangelische Religionslehrer/innen in Westfalen und Lippe, hat er einen Artikel geschrieben: „Höret die Stimme. Die Bedeutung der Propheten Israels für Christen heute.“ Darin steht: „Falsch ist der Satz, den ich oft gehört habe und der vielfach eine Schutz-Behauptung ist: Wir sind keine Propheten.“ Nach einer Auslegung der Strafrede des Propheten Nathans an den König David (2. Sam. 12, 1-12) schreibt Fritz Hufendiek: „Im Sinne der Nathanerzählung gibt es aber in bestimmten Situationen einen prophetischen Auftrag, sowohl der Kirchen als auch einzelner Christen.“ Entsprechend enthält sein Beitrag ein Bild von Martin Luther King. Dazu schreibt er mir: „Die Erwähnung seines Todes vor 40 Jahren passt zum Gedenken an viele Orte in der Welt. Immer muss ich dabei an Simbabwe denken. Verschläft dort die Kirche ihren prophetischen Auftrag? Gibt es keine Fußstapfen von Amos oder Jeremia? Reicht der Geist von Desmond Tutu nicht bis in die Nachbarkirchen?“ Herzliche Glück- und Segenswünsche dem Jubilar!

Reinhard Gaede

Petition der internationalen Organisation Avaatz (Stimme) an die Führer der G8, UNO und EU

Wir verlangen von Ihnen konkrete Maßnahmen, um der akuten Lebensmittelkrise entgegenzuwirken, indem Notfallgelder für Hungersnöte bereitgestellt, für Hungernde gefährliche Biokraftstoff-Förderpolitiken rückgängig gemacht und Finanzspekulationen politisch reguliert werden. Darüber hinaus müssen endlich längerfristige Armutsursachen bekämpft werden, und zwar durch die Reform von ungerechten Handelspolitiken und durch Investitionen in erneuerbare landwirtschaftliche Technologien in Entwicklungsländern.

Gipfel der Enttäuschung

„ROM. Der Welternährungsgipfel in Rom ist ohne konkretes Ergebnis zu Ende gegangen. Zwar einigten sich die Teilnehmerstaaten auf ein Schlussdokument, jedoch bleibt dieses vage und beinhaltet keine neuen Verpflichtungen.“

Wiesbadener Kurier vom 7.6.2008

In Jesu Sinne helfen – Predigt über Joh 6, 1–15

Wie bekommen wir die Menschheit satt?*

Von Gerhard Kuppler

Liebe Gemeinde,

Wir müssen sparen, den Gürtel enger schnallen, überall den Rotstift ansetzen, jede Ausgabe muss auf den Prüfstand. Und wo man sparen muss ist auch klar: bei denen die sowieso nicht so viel haben, bei den Behinderten, den Arbeitslosen, den Sozialhilfeempfängern – selbst schuld – und die sind doch alle faul, „und wollen nicht für sich selbst sorgen“.

Ich frage mich, was Jesus damals, als er die hungernde Menge vor sich gesehen hat, gesagt hätte, wenn er einer von uns gewesen wäre, von denen, die heute Verantwortung tragen? „Lass sie doch! Selbst schuld, warum haben sie nicht vorgesorgt und etwas mitgebracht? Wer weggeht, muss halt eine Vesper mitnehmen. Die waren doch bloß zu faul, eine zumutbare Arbeit anzunehmen: die muss man ein wenig unter Druck setzen, sonst sind die morgen wieder da und wollen wieder kostenlos versorgt werden. Da sieht man es, in der staatlichen oder kirchlich mildtätigen Überversorgung werden die Leute abhängig, sie warten immer darauf, dass ihnen jemand hilft und sind nicht mehr bereit etwas selber zu tun. Wir nehmen ihnen die Freiheit, für sich selber zu sorgen, wenn wir ihnen was zu essen geben, wenn sie hungern. Die Freiheit, für sich selbst zu sorgen, gehört zur Menschenwürde, deshalb dürfen wir ihnen kein Brot geben.“ Wir lesen das jeden Tag in der Zeitung.

Jesus sagt: „Wo kaufen wir Brot, damit diese zu essen haben?“ In den drei anderen

Evangelien heißt es sogar: „Gebt ihr ihnen zu essen!“

Für mich steckt hinter dieser Geschichte nicht die Frage: Kann dies so geschehen sein, sondern eine ganz andere, tiefere Frage: Wie bekommen wir die Menschheit satt – satt in jeder Hinsicht, an Leib und Seele?

Das war nicht immer so: In meiner Jugend war es mir sehr wichtig, dass dies so passiert ist, auch wenn man es naturwissenschaftlich nicht erklären kann. Inzwischen interessiert es mich immer weniger, ob diese Speisung der 5000 tatsächlich so geschehen ist. Sondern ich denke: wenn es damals so passiert ist, dann müsste es ja eigentlich immer wieder passieren, wenn ich nur genug glaube oder genügend bete. Und dann kommt mir die hässliche Frage, was wäre, wenn das immer so passieren würde? Und dann denke ich, das kann Gott ja gar nicht wollen, dass ich ihn bitte, dass derlei Wunder sich wiederholen sollen. Denn das geht ja gar nicht; da würde ja die Wirtschaft zusammenbrechen. Die Getreide-Bauern müssten Arbeitslosen-Geld beziehen – vielleicht würde das manchen sogar passen. Im Mittleren Westen der USA gehören die großen Getreidefarmen allesamt inzwischen den Banken und damit den Anlegern, die das Geld haben und nicht mehr denen, die arbeiten und sich abschniden.

Ich glaube fest, dass Gott will, dass wir an Hand dieser Geschichte überlegen sollen, was wir beitragen können, damit die Menschheit an Leib und Seele satt wird.

Nun gibt es in den Industrienationen starke Kräfte, die sehen die Lösung darin,

dass man die agrarindustrielle Produktion verbessert. Wenn man z.B. Mais gen-manipuliert, dann kann man wesentlich höhere Erträge erwirtschaften, und dann können mehr Menschen satt werden, sagt z.B. Präsident Bush. Aber wie passt dazu, dass man gleichzeitig Getreide ins Meer kippt, um den Preis zu halten?

Andere glauben, wenn man die Zucht von Milchkühen noch mehr verbessere, so dass diese so genannten Turbokühe eine noch höhere Milchleistung geben, dann könne man doch die hungernden Kinder auf der Erde mit Milch-Pulver versorgen. Aber wie passt dazu, dass der Milchbauer für seine Milch immer noch einen außerordentlich niedrigen Preis erzielt, weil offensichtlich genügend Milch da ist? Ich habe den Eindruck, es geht den Menschen, die so argumentieren, eher um wirtschaftliche Macht als darum, wie man die Menschheit satt bekommt.

Ich möchte nun mit Ihnen unsere Geschichte ein wenig genauer betrachten, damit wir sehen, ob sie uns nicht doch einige Hinweise gibt, wie wir dazu beitragen können, dass das Wunder der Sättigung von Menschen nach Leib und Seele auch heute noch passiert.

1. Szene

Zunächst ist Jesus mit seinen Jüngern alleine. Die Gläubigen unter sich. Sie hören ihrem Herrn zu. Ihnen reicht es, wenn sie zusammen auf sein Wort hören, bei ihm sind. Was gehen sie die anderen Menschen an? Ihnen reicht es, wenn sie am Sonntag im Gottesdienst oder sonst wo wieder Kraft für den Alltag sammeln können. Miteinander beten, miteinander singen, miteinander Gott loben.

Jesus genügt das nicht. Er hebt seine Augen – so heißt es wortwörtlich – und sieht

die Menge der Menschen, die ihn brauchen. In den anderen Evangelien heißt es: „Es jammerte ihn.“ Jesus schaut nicht nur auf sich selbst oder auf die, die gleich gesinnt sind wie er, auf die Glaubens-Genossen, sondern er sieht die Menge. Und er sieht sie nicht nur als noch nicht Bekehrte oder noch nicht Erlöste, sondern als Menschen, die etwas brauchen.

Er spürt, was ihnen fehlt. Er kann sich in diese Menge hinein versetzen, verstehen was sie brauchen.

Das ist m. E. der erste Schritt zum Wunder, dass wir lernen zu sehen, was die anderen brauchen. Vielleicht erleben wir so wenig Wunder, weil unser Denken und Beten sich nur um uns selbst kreist. Dass Gott uns hilft, bei einer Krankheit, bei irgendeinem Problem – oder vielleicht weil wir meinen, genau zu wissen, was Gott tun muss, damit den anderen geholfen wird.

Hier beginnt das Wunder damit, dass einer die Augen aufhebt, sich in die anderen Menschen hinein versetzt und ihre Nöte wahrnimmt.

2. Szene

Jesus tut nicht einfach ein Wunder, wo die anderen zusehen und sich wundern und ihm zjubeln und ihm danken, wenn er das Wunder getan hat. Jesus lässt nicht zu, dass jemand nur die Rolle des Bewunderers annimmt. Er braucht seine Jünger, er stellt sie in die Verantwortung. Er spricht einen seiner Jünger an: „Philippus“, sagt er, „wo kaufen wir Brot, damit wir diesen Menschen allen zu essen geben?“

Diese Frage ist an uns gestellt! Wo kaufen wir Brot, damit wir den Hungernden zu essen geben: In Afrika, in Indien, wo auch immer?

Die Realität unserer Welt ist eine andere: Sie heißt, wohin verkaufen wir unsere Waf-

fen, damit wir noch mehr Geld haben, damit wir dann vielleicht irgendwann einmal ein Nahrungsmittel-Programm auflegen können. Der Waffenhandel umfasst ein Vielfaches dessen, was für Nahrungsmittelhilfe ausgegeben wird.

Der Auftrag Jesu ist eindeutig: Kauft Brot, damit genügend zu essen da ist!

Die Antwort des Philippos auf diese Frage Jesu ist dann typisch für uns. Philippus ist ein kluger Mann, der das Kopfrechnen beherrscht. Schnell überschlägt er die Kosten.

„Unbezahlbar“, sagt er. Sie erinnern sich an den Anfang: unbezahlbar – das neue Wort; immer dann, wenn es um Dinge geht, die allen nützen, um die Versorgung der Alten und Kranken, das soziale Gefüge, die Kindergärten, die Kunst – immer dann heißt es „unbezahlbar“. Wie bei Philippus. In unserem Herzen sind wir alle wie Philippus: „Unbezahlbar, man muss alles nehmen, wie’s kommt.“

So gibt’s keine Wunder. Die Voraus-Setzung für Wunder ist, dass wir der Zusage Jesu vertrauen: wenn wir in seinem Sinne handeln, dann geht es auch. Wir können helfen, und wir wollen helfen. Und: wer kein Risiko eingeht, nichts wagt, nur immer auf der sicheren Seite sein will, der ist nicht auf der Seite Jesu. Jesus hat sogar sein Leben riskiert – und verloren.

3. Szene

Dann kommt der Jünger Andreas; der ist schon mutiger, er sagt nicht gleich am Anfang: „Hat doch keinen Wert.“ Er macht die Augen auf und entdeckt etwas, ein Kind, das fünf Brote und zwei Fische hat.

Das ist nicht viel. Aber er hat nicht von vorneherein abgewinkt. Doch dann verfällt er auch schnell in Resignation: „Was ist das schon für so viele?“

Das höre ich oft: „Unsere Spenden sind doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein – in Wirklichkeit nützen sie doch nichts.“ Brot für die Welt – „wenn’s überhaupt ankommt – was nützt es?“

Die Diakonische Jahresgabe; sie wird auch bei uns immer weniger – was nützt sie? Womöglich unterstützt man damit noch Faulenzer.“ Diese Haltung hat den Klang, den ich oft höre: „da kann man ja doch nichts machen – man muss halt alles nehmen wie’s kommt.“

Der Andreas in uns sieht die schwachen Mittel, nicht den Herrn, der aus wenig viel und aus nichts alles machen kann und der deshalb von uns erwartet, dass wir mit unseren kleinen Gaben, die wir haben, anfangen in seinem Geist zu handeln.

4. Szene

Bevor Jesus etwas tut, dankt er für das, was er hat. Nicht erst nachher, wenn das Wunder geschehen ist. Er lenkt den Blick auf das, was da ist.

Hand aufs Herz, da haben wir genügend zu danken: Wir haben genug zu essen; viele wissen schon fast nicht mehr, was ihnen schmeckt. Wir haben ein Dach über dem Kopf, im Winter ist es im Hause mäßig warm, im Sommer kühl und frisch; wir haben fließendes, sauberes Wasser, kalt und warm – für zwei Drittel der Menschheit ist das schon das Paradies! Und dennoch hat es bei uns wohl noch nie soviel Klagerei, Mürrisch sein, Jammerei und Unzufriedenheit gegeben wie im Augenblick, obwohl wir doch – objektiv gesehen – genügend Grund zu danken haben.

Wir könnten fröhlich geben und vielerorts helfen, ohne dass wir auf etwas Wichtiges tatsächlich verzichten müssten. Nochmals: Vor dem Wunder muss man danken lernen, damit man sieht, was man hat.

5. Szene

Und dann gibt Jesus das wenige weiter, und die vielen Menschen geben es an den Nächsten weiter, und jeder gibt weiter und teilt und behält nicht den größten Brocken für sich – und dann reicht es für alle. Wunder geschehen, wenn der Glaube an den überreichen Segen Gottes größer ist als die Angst, zu kurz zu kommen, diese Angst, die von Anbeginn tief im Menschen sitzt.

Und das feiern wir im Abendmahl. In dem kleinen Stückchen Brot sehen wir die ganze Fülle Gottes. Im kleinen Schlückchen Wein nehmen wir die ganze Segenskraft Gottes zu uns. Verborgener in den unscheinbaren Zeichen Brot und Wein kommt ein überreicher Segen zu uns. Hier hast du es: Frieden, Segen, Gewissheit die Fülle. Der Glaube daran macht selber satt und hilft, dass andere satt werden.

Amen

**Die Predigt wurde beim Abendmahlsgottesdienst am 3.8.2003 in Lauffen gehalten.*

*Gerhard Kuppler
Jahrgang 1943,
verheiratet, drei
Kinder
1964–1969
Theologiestudium in
Tübingen,
Bonn und
Marburg
Gemeindepfarrer
in
Heilbronn-
Horkheim
Hauptamtlicher
Jugendpfarrer in Heilbronn
Gemeindepfarrer in Schwäbisch Gmünd und
Lauffen am Neckar
Mitarbeit in der Friedensbewegung und
in der Ost-West-Begegnung
Gründung und Aufbau sozialer Projekte für
arbeitslose und benachteiligte Jugendliche*



Gerhard Kuppler

Krieg beschützt niemanden – aber er bedroht jeden*

Von Eugen Drewermann

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Bremen! Von ganzem Herzen danke ich Ihnen, sich an einem kalten, windigen Samstagvormittag zu engagieren für das vielleicht wichtigste Thema unserer Zeit und das – wie ich fürchten muss – noch für lange Zeit: Das NEIN gegen den Krieg und die Verhinderung der Durchführung von Kriegen, gegen die Vorbereitung der Kriege, die Propaganda für die Kriege und die langsam sich

durchsetzende Akzeptanz des Krieges in der deutschen Bevölkerung.

Während wir hier stehen, sterben Menschen im Gazastreifen, in Kurdistan, in Sri Lanka, in Afghanistan, im Irak. Es fallen Bomben, es detonieren Granaten, Sprengminen, und Minen. Und immer wieder sehen wir die Bilder der Opfer mit entsetzlichen Verletzungen und den Qualen eines langsamen, röchelnden Todes. Wir stehen hier, weil wir diese Bilder und die sie abbildende Wirklichkeit zum Kotzen leid sind

und nicht mehr ertragen. Immer noch haben wir weltweit hinzunehmen, dass die Regierenden sich die so genannte Option, die Führbarkeit des Krieges, offen halten. So lange sie diese Hintertüre haben, werden sie im Zweifelsfalle davon Gebrauch machen, und deswegen gilt es, mit dieser Option des Krieges aufzuräumen. Krieg gehört verboten, überall, wo er droht!

Eben deswegen ist die erste Forderung, die wir erheben, dass wir die allgemeine Wehrpflicht in der Bundesrepublik abschaffen. Und zwar nicht deswegen, wie manche bei der FDP erklären, damit wir eine bessere Berufsarmee an deren Stelle setzen können. Wir wollen nicht Söldnertruppen wie die von Blackwater in den USA, organisiert mit 30.000 Mann in Amerika, im Irak eingesetzt sehen, Killerprofis mit 3.000 Dollar pro Monat und mehr. Wir wollen das Ende des Mordens und deswegen die Beseitigung des Militärs.



Eugen Drewermann, Ostermarsch 2008

Wir wollen die Abschaffung der Bundeswehr auch nicht aus den Gründen der so genannten Wehrgerechtigkeit. Es ist überhaupt nicht gerecht, und es ist nicht rechtens, 18-jährige Männer oder auch 18-jährige Frauen, darin auszubilden, am

effizientesten Menschen auf Befehl umzubringen. Routiniert, standardisiert und skrupellos. Noch brauchen wir, Angehörige der Zivilisation und der Kultur, ein monatelanges Training, um ohne nachhaltige Schuldgefühle Menschen ermorden zu können. Wer von den Müttern, die heute ein Kind gebären und großziehen, kann wünschen, dass aus ihrem Kind ein kriegswilliges Monstrum wird, programmierbar, funktionalisierbar in den Händen von so genannten Ausbildern?

„Drilling for killing“ – eine furchtbare Formel der Skrupellosigkeit. Jeder Wolf hat seine Tötungshemmungen, aber die Bruchteile des Zögerns beim Töten von Menschen muss man und kann man auf den Drillplätzen der Armeen überall auf Erden wegtrainieren. Die wenigen Sekunden, die es kostet, nicht die Hand am Abzugshahn zu haben, kann das eigene Leben gefährden, und dem Gegner zuvorzukommen, überlebenswichtig sein. Wollen wir allen Ernstes Menschlichkeit, Sicherheit, Freiheit und Demokratie auf diese Fertigkeiten in solchen Übungstrainings uns auferlegen?

Solange von Krieg die Rede ist, haben wir es zu tun mit den Kraken und mit einer Krankheit der Kultur. Man muss das Wort Krieg nur aussprechen, und wir fallen um Jahrtausende durch den Tunnel der Historie zurück in die Mentalität der Steinzeit. Alles was unter zivilisierten Bedingungen verboten ist, ist im Krieg prämiierungswürdig. Wie man tötet, Menschen vertreibt, ihnen die Häuser über den Häuptern in die Luft jagt. Wie man sie verhaftet, wie man ihnen die Nahrung abschneidet, wie man sie quält, wie man sie belügt. Alles, was kriminell ist im Frieden, gilt als Instrument im Krieg. Nichts ist deswegen kulturfeindlicher als die so genannte Option des Krieges. Und es waren die besten Köpfe im 20. Jahrhundert bereits, von Albert Einstein

über Albert Schweitzer bis Rabin da Natale, die erklärten, so lange es die allgemeine Wehrpflicht gibt, kann es keinen Fortschritt der Kultur geben.

Tritt die Geschichte auf der Stelle, pervertiert sie in ihr Gegenteil; denn die besten Absichten des sozialen Handelns schlagen im Krieg ins Gegenteil um, um exakt das Konträre von dem zu erreichen, was ursprünglich gewollt war. „Schutz von Frauen und Kindern“ beispielsweise war sogar den Nazis 1944 eine Durchhalteparole an der so genannten Ostfront. Die Wirklichkeit des Krieges heute zeigt, dass Frauen und Kinder wie zu allen Zeiten, bloß noch vermehrt, die ersten Opfer jedes Krieges sind. 1914 bis 1918 zählte man etwa zehn Prozent der rund zehn Millionen Kriegesopfer des Ersten Weltkriegs zu den Zivilisten. Heute rechnen wir, dass 90 Prozent der Menschen, die im Irak sterben, die in Afghanistan ermordet werden, Zivilisten sind.

Das ist nicht Schutz von Menschen, das ist Morden von Menschen. Krieg beschützt niemanden, aber er bedroht jeden! Man erklärt uns, dass wir immer besser in den Waffentechniken geworden seien. In der Tat. 1915 konnte es noch als Kriegsverbrechen gelten, wenn Fritz Haber an der Westfront Chlorgas einsetzte, um Menschen zu vernichten wie bei einer großen Entlausungsaktion; mit Mitteln, die sich in den Lungen zu Salzsäure zusammensetzten. Es hat kein Halten an der Entwicklung solcher Waffen gegeben, bis hin zu den Flächenbombardements mit Napalm. Bis hin zu den Sprengbomben der Amerikaner im Irak. Bis hin zu den Clusterbomben in Afghanistan und dem Libanon. Völkerrechtlich verbotene Mittel zählen heute zum Standard.

In den 50er-Jahren mochte man darüber diskutieren, ob Dum-Dum-Geschosse völkerrechtswidrig sind, weil der Drall der Patronen sich derart in den Körper eines

Menschen hineinfrisst, dass unbehandelbare Wunden entstehen. Die High-Speed-Guns heute haben genau diesen Effekt, dass ihre Impulsstärke die Gewebe derart vernichtet und zum Platzen bringt, wie wenn sie in eine Banane oder in eine Apfelsine eindringen würden. Sie sollen morden, sie sollen so verletzen, dass die Opfer keiner medizinischen Behandlung mehr zugänglich sind.

Und schauen Sie sich die napalm-verbrannten Opfer an, wo die Brandmasse selbst unter ihrer eigenen Hitzentwicklung sich hineinfrisst in den Körper. Sadistischere Möglichkeiten, Menschen bis zum Tod zu quälen, sind nicht ersonnen worden als im Militär. Dabei muss man darauf hinweisen, dass alles, was auf diese Weise Menschen zugefügt wird, tausendfach erprobt wurde zuvor an Tieren. In Experimenten, die natürlich geheim gehalten werden. 1954 die Operation „Bravo“: Die Amerikaner testeten ihre Wasserstoffbombe im Pazifik. 40.000 Wirbeltiere sind das Experimentmaterial, um herauszufinden, in welcher Druckentwicklung die Trommelfälle platzen, in welcher Distanz die Haut versengt wird, in wie viel Generationen die Strahlenverseuchung genetische Schäden anrichtet. Das alles ist im Archiv von Leuten, die uns sagen, Atomkriege sind führbar, und wir brauchen das zur Sicherheit, und wir nehmen schon mal 300 Stück mit an den Golf, damit sie für alle Fälle dort sind.

Auf diese Weise wollen wir nicht geschützt und gesichert werden. Nicht um den Preis der Verletzung aller moralischen Skrupel.

Was man zum Kriegführen braucht, ist eine entsprechende Psychologie. Es ist nicht wahr, wenn manche Kirchenführer jetzt erklären, dass wir natürlich alle für den Frieden sind und dass der Frieden anfängt in der eigenen Familie. Das ist nicht

falsch, wird aber dem Problem absolut nicht gerecht. Die meisten Leute, die über 70 und männlichen Geschlechtes sind, waren wahrscheinlich viele Jahrzehnte lang gute Familienväter, steuerzahlende Bürger, aber es blieb ihnen nicht erspart, zu Fuß in



Richtung Moskau zu marschieren. Mein eigener Vater, mein eigener Großvater; bei wem eigentlich nicht, haben wir Männer, die im Kriege waren? Nicht, weil eine persönliche Psychopathie, ein privater Sadismus explodiert wäre, sondern weil man ganz normale soziale Gefühle von Verantwortung umgekehrt und pervertiert hat in das Unmenschliche, ins Abschlachten von Menschen. Aus Pflichttreue vermeintlich, aus Gehorsam vermeintlich, um den Eid nicht zu brechen, höchstwahrscheinlich, und immer musste man mitmachen.

Als wenn es nicht seit über 30 Jahren sozialpsychologische Experimente gibt, die zeigen, was aus Menschen wird, wenn man ihnen sagt, da drüben steht das absolut Böse, der Feind, der Terrorist, der Islamist, der Gegenmensch, der Unmensch. Und du hast die Pflicht, die Humanität zu schützen, in dem du alle da drüben ausrottest. Einfache Versuche, wie unter Gehorsam Menschen reagieren können, von Stanley Milgram unter dem Titel „Abraham“ veröffentlicht, haben gezeigt, dass ganz normale Leute wie Sie und ich unter entsprechenden Voraussetzungen, wahrscheinlich schweiß-

treibend und mit zitternden Händen, durchaus fähig werden, auf Befehl einen Menschen so weit zu foltern, dass es lebensgefährlich würde. Was haben wir gefunden?, fragte Stanley Milgram, um zu erklären, wie My Lai in Vietnam möglich war, das Ausrotten eines ganzen vietnamesischen Dorfes: „Gehorsam haben wir gefunden. Nicht Sadismus, sondern Gehorsam.“

Und was wir deshalb als erstes lehren müssen, ist, unserer Jugend zu sagen: Zeigt Ungehorsam denjenigen gegenüber, die den Krieg gebieten!

Es gibt Experimente, wie die von Phil Zimbardo, wie man in einer einfachen Gefängnissituation durch die Zweiteilung der Welt in Gut und Böse am Ende die Wachmannschaft in eine Situation bringt, dass sie Menschen quält, immer im Glauben, noch die Pflicht zu erfüllen. Was eigentlich wird aus jungen, achtzehnjährigen, zwanzigjährigen GI's, denen man sagt, da drüben ist ein potentieller Terrorist. Er wird das nicht zugeben, aber wenn du ihn „weich kochst“, wenn du ihn richtig quälst in Abu-Ghuraib, dann rettest du womöglich Tausende deiner eigenen Bürger und Freunde. „Also nimm ihn dazwischen.“ Sie finden im „Stern“ den Bericht der Lynndie England, die Folterhexe, wie man sie nannte in Abu-Ghuraib. Meteorologie wollte sie studieren, aber nicht zum sadistischen Monster degenerieren. So etwas macht das Militär aus ganz normalen Menschen. Und anschließend steckt man sie ins Gefängnis als schuldig, und nicht die Herren Rumsfeld, Cheney, Bush und ihre Auftraggeber. Wir lesen voller Erschütterung den Bericht von Joshua Key „Ich bin ein Deserteur“. Den Mann hatte man mit dem Versprechen angeworben, dass er in der Soldateska nur gebraucht würde zum Brückenbau. Plötzlich fand er sich wieder im Irak und erlebte mit, wie man Nacht für Nacht Häuser stürmt, Razzien durchführt,

Frauen und Kinder aus den Betten reißt, die Männer ohne jeden Grund deportiert, versteckt, ausfragt, foltert, wie man die Hamuis, die Straßen von Bagdad, auf eine Art zu sichern versucht, die die Bevölkerung einschüchtert. Sein Fazit: „Auf diese Art bekämpfen wir nicht Terroristen, sondern wir selbst sind die Terroristen.“ Aber dann musste er erleben, dass Desertion in der US-Army bestraft wird, potentiell mit Todesstrafe. Joshua Key und seine Familie versuchen in Kanada, Asyl zu finden. Höchst unwahrscheinlich, dass bei der Fülle von Fällen, die zu erwarten wäre, die kanadische Nachbarregierung die Grenzen öffnet für Deserteure aus den USA. Aber wir in Deutschland könnten sagen, wenn wir gegen den Krieg im Irak sind, was unsere Regierenden behaupten, dass wir diejenigen aufnehmen als unsere Freunde, die genauso denken wie wir. Ein Mann wie Joshua Key zum Beispiel. Asyl für Deserteure im Irak-Krieg, Asyl für Deserteure im Afghanistan-Krieg, Asyl für jeden, der gegen den Krieg ist aus Überzeugung. Sie sind unsere Freunde und naturgemäß unsere Mitbürger. Wir wünschen ihre Anwesenheit unter uns.

100.000 US-Soldaten haben bisher seelische Schäden im Irak-Krieg erlitten, die so genannten posttraumatischen Stress-Disorder. Menschen, dies können sogar die Militärpsychologen der US-Army inzwischen begreifen, sind nicht abzurichten wie Bluthunde, die man auf Befehl von der Kette und dann wieder munter auf den Schoß von Frauchen zurückkriechen lässt. Bei Menschen, die man zum Krieg erzieht, kann das gesamte Netz bürgerlicher Moral und bürgerlichen Anstandes an den Grenzen des Grauens zusammenbrechen. Solange die Option des Krieges besteht, leiden wir an der Paranoisierung des Politischen und Sozialen. Immer umklam-

mert mit der Möglichkeit, du darfst nur leben, wenn du fähig wirst zum Töten.

Wir Menschen leben nicht wie unter den Wölfen. Und die Fähigkeit zum Morden gibt nicht das Eintrittsrecht, als Mensch zu existieren. Genau das Gegenteil ist wahr. Es gibt uns niemand irgendeine Erlaubnis, mit Menschen so umzugehen, als hätten wir es zu tun – in der Sprache der Propaganda – wie mit Ratten, Läusen und Ungeziefer. Allein die Zweiteilung im Antiterrorkrieg von George W. Bush im monumentalen Kreuzzug gegen das Böse ist in sich absurd. Es gibt nicht hier die Guten und drüben die Bösen. Wenn wir so beginnen zu denken, dies zeigen die Experimente von Stanley Milgram oder Phil Zimbardo, sind wir selber bössartig, weil wir keine Skrupel mehr haben im Einsatz der Mittel. Und darum sagen wir, dass Krieg nicht das Böse bekämpft oder das Böse verhindert, sondern in sich selbst, seiner ganzen Struktur, seiner Psychologie und seiner Unmenschlichkeit wegen als das Böse schlechterdings benannt und bekämpft gehört.

Selbst wenn wir absehen von den Schicksalen der Menschen, die man in den Krieg hineintreibt: Was wird aus dem Zustand, in den man uns nötigt zu leben, alleine durch die Tatsache, dass wir uns diese verdammte Option des Krieges offen lassen wollen? 70 Prozent der Deutschen sind gegen die Anwesenheit der Bundeswehr in Afghanistan. Aber was für Leute regieren uns dann, dass sie sich erlauben, die Stimme des Volkes Jahr für Jahr zu überhören!

Da gab es eine Gruppe von Politikern, die sich einmal als die Grünen auf der Seite der Friedensbewegung zu stellen beabsichtigten. Heute hören wir ihr Geschwätz, dass es nötig ist, Deutschland am Hindukush zu verteidigen, bloß weil ihre Spitzen damals – Joschka Fischer obenauf – es nötig fanden, in unbedingter Solidarität an

der Seite der Amerikaner zu stehen. Stattdenen zu sagen, Krieg löst kein Problem, aber er schafft eine ganze Menge von Problemen. Es mag ja sein, dass Joschka Fischer im Stande ist, inzwischen – ohne Abitur am Schluss – über Politik in einer berühmten Universität in New York oder in Chicago Vorträge zu halten. Aber uns soll er nicht die Lüge aufschwätzen, dass der Krieg in Afghanistan ein Beitrag zum Frieden auf der Welt sei! Man hat den Krieg in Afghanistan vom Zaun gebrochen, noch nicht einmal für den 11. September 2001. Der Beweis: Im Juni 2001 diskutierte man in Bonn, hier in Deutschland, mit den Taliban. Sie erfahren den wirklichen Kriegsgrund. Es ging um den Bau von zwei Pipelines, um das Erdöl vom Kaspischen Meer runter zu führen in den Persischen Golf. Als die Taliban, die selber hochgerüstet worden waren von den Amerikanern, das verweigerten, waren sie zum Abschuss frei und alles andere längst beschlossene Sache, als der Angriff auf die Twin-Towers in New York erfolgte. Wir verteidigen Deutschland nicht in Afghanistan. Kein Afghane hat Deutschland oder Amerika angegriffen. Aber unsere Soldaten sind es, die Afghanen töten. Wir bauen da nicht auf, wir reißen ab. Und wir erleben, wie jedes Problem weiter eskaliert. Es ist möglich, auf diese Weise sich in der Illusion eines Kurdistans im Sinne von Kabulistan einzurichten. Schöne Hotels, in denen Amerikaner sich selber verwalten. Aber mit dem Leid der Menschen hat das absolut nichts zu tun.

Ich höre neuerdings Berufs-Kriegs-Befürworter wie Henryk M. Broder erklären, dass der Krieg im Irak nicht zurückzuführen sei auf die Anwesenheit von Massenvernichtungswaffen. Saddam Hussein sei vielmehr eine Massen-Vernichtungswaffe gewesen, und das sei erledigt. Und wir

würden George W. Bush noch eines Tages lobpreisen und Grund haben, ganz anders wahrzunehmen. Leute, die so denken, muss man simpel einmal fragen, ob der Tod vielleicht von ein paar hunderttausend Menschen, auf mehr oder weniger scheint es dabei nicht anzukommen, erst einmal ein Probestück auf die kommende Geschichte sein könnte.

Wir lassen so viel Blut in den Sand sickern, dass wir anschließend beobachten könnten, ob da noch ein paar Veilchen blühen, und wenn, dann wäre alles in Ordnung und begraben. Im Vorlauf zum Irak-Krieg 2003 konnten sie Madeleine Albright (Außenministerin in der Clinton-Regierung) die Frage beantwortet hören, ob ihr der Tod von 500.000 irakischen Kindern im Alter bis zu fünf Jahren durch die Embargo-Politik der USA die Sache wert sei. Und ihre simple Antwort war: „Yes, sir!“ Eine Außenpolitikerin, die den Tod von einer halben Million Kinder für ganz normal und richtig findet, um irgendeine Embargo-Zielsetzung durchzupeitschen, hat offensichtlich nicht die mindesten Reserven von Menschlichkeit und Verantwortung im Körper. Solche Leute sind in ihrer Mentalität zu Taten bereit, die unter allen normalen Betrachtungsweisen für kriminell gehalten werden müssen. Und solche Leute sollten wir nicht in die Regierung hineinlassen.

Wir sind heute dabei, zu akzeptieren, mehr oder minder, dass die Amerikaner ihre Hegemonialansprüche über die Nato immer weiter ausdehnen. Schon steht uns bevor, dass wir im Verlaufe des kommenden Jahres unter Frau Merkel scheinbar den Einsatz der deutschen Soldaten in Afghanistan erweitert finden. Schon wird man gewärtigen müssen, dass nach der nächsten US-Präsidentschaftswahl

auch die Europäer sich im Irak engagieren sollen.

Wir hätten 1989 die Möglichkeit gehabt, in Deutschland den ganzen Spuk, und ich vermute europaweit, ein für allemal zu beenden. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums, nach dem Auseinanderdriften des Warschauer Paktes war es Gorbatschows Angebot an die deutsche Regierung, an Helmut Kohl, die Nato aufzulösen und die Wiedervereinigung zu gewährleisten durch den Austritt Westdeutschlands aus der Nato. Es war der dritte Versuch von sowjetischen Politikern, die Militärbündnisse in Europa aufzulösen und die enormen Ressourcen an Geld, Sachverstand und Material zu konvertieren in friedfertige Zielsetzungen.

Abgelehnt wurde das von George Bush, dem Älteren, und ohne Diskussion umgangen von Helmut Kohl. Seitdem zahlen wir vorher wie nachher jedes Jahr etwa 50 Milliarden DM, sprich etwa 25 Milliarden Euro, nur für Rüstung. Ein wenig Mathematik: 18 Jahre mal 25 Milliarden Euro. Wir hätten jede Menge Geld zur Verfügung. Für Schulen, für Kindergärten, für Krankenhäuser, für Rentner, für alte Leute, für wen eigentlich nicht? Wir hätten riesige Möglichkeiten im Kampf gegen die wirklichen Ursachen des Krieges. All das fehlt uns, weil die Herren keine Fantasie haben, ein steinzeitliches Denken mitten im Atomzeitalter endlich abzuschaffen.

Eben deshalb brauchen wir den Protest, um zu sagen, das Volk trägt diese idiotischen Lasten und Fehlansagen nicht mehr länger mit. Wir müssen nur eine kleine Gegenrechnung aufmachen. Die Vereinigten Staaten von Amerika geben jedes Jahr inzwischen unter George W. Bush 400 Milliarden Dollar nur für Militär und Rüstung aus. Pro Jahr sterben auf dieser Erde 50 Millionen Menschen an Hunger, unmittel-

bar am Hunger. Heute, am Ostersonntag, 100.000 Menschen – krepieren am Hunger. Es sind Schätzungen der UNO, die uns vorrechnen, dass man mit 20 Milliarden Dollar die Slums aller Großstädte der Welt auflösen und mit 18 Milliarden Dollar jedem Menschen auf diesem Globus Zugang zu gereinigtem Trinkwasser verschaffen könnte. Ein Zwanzigstel von dem, was alleine die Vereinigten Staaten verplempern für Rüstung, könnte der ganzen Menschheit in dieser Form zugute kommen. Ein einziger Jahreshaushalt der Bundeswehr, so eingesetzt, wäre eine Friedensmaßnahme von unabsehbar günstigen Folgen. Wann sind denn die Regierenden bereit, einmal die Verantwortung, von der sie dauernd reden, in Taten umzusetzen, die dem Wort entsprechend wären?

50 Millionen Verhungerte, das ist ungefähr die Zahl, die in sechs Jahren Zweiter Weltkrieg beim Ausstoß aller Vernichtungsmöglichkeiten der Industrienationen in Westeuropa und in Ostasien vom Krieg gefressen wurden. Heute scheint das marginal, nur damit die Herren so weitermachen können. Und im Hintergrund steht eine Kriegsrüstungslobby, die den Hals und den Bauch nie voll zu kriegen scheint. Korruption, Lüge, Verrat, all das scheint normal.

Der gerade zum Katholizismus übergetretene Tony Blair wird dabei ertappt, wie er die Schmiergeldzahlungen von BAA, dem drittgrößten britischen Flugzeugbauer, stornieren konnte, bloß damit Prince Bondare, ein Freund von George W. Bush, endlose Gelder einstreichen kann.

Keine Rüstungspolitik ohne Korruption, auch das gehört zum Standard seit den Tagen von Kaiser Wilhelm II bis heute. Wir müssen den Herrschenden die Möglichkeiten, uns weiter an der Nase herumzuführen, ein für allemal nehmen. Wenn sie wiederkommen und uns erklären, dass wir

irgend ein Gut der Welt zu verteidigen hätten, so kostbar, dass wir dabei über Leichen gehen müssten, können wir ganz klar sehen, wo der Feind sich wirklich befindet. In unserem Kopf, wenn wir es glauben, ganz sicher hinter uns, wenn wir uns nicht umdrehen und ihn der Lüge zeihen, die er uns einflüstern will.

Der Krieg in Afghanistan: Wogegen eigentlich? Um Frauen richtig anzuziehen? Oder um die Drogen zu bekämpfen? Krieg im Irak, um Massenvernichtungswaffen zu finden? Oder Bündnisse mit Al Kaida zu zerstören? Heute gibt es Al Kaida im Irak. Unter Saddam Hussein gab es keine Al Kaida im Irak und keinen Islamismus.

Auch wir in Deutschland schützen uns nicht vor dem Terror, indem wir Soldaten nach Afghanistan schicken. Ganz im Gegenteil. Wir ziehen ihn allenfalls auf uns. Durch diese unsinnige Politik.

Und der Nahost-Krieg ist eine ständige Wunde im Gefüge des Zusammenlebens der Völker. Der Schlüssel zu seiner Lösung liegt bei den USA. Und wir müssten den Leuten im Bibelgürtel sagen, den Orthodoxen, den Religiösen: Gott gibt niemandem ein Land, das man erst einmal frei bomben muss von den Menschen, denen man das Land wegnehmen möchte, um dort selbst zu siedeln. Dies sind keine göttlichen Rechte, sondern Landraub, Mord, Verbrechen und kein Beitrag zum Frieden. Auch Palästinenser sind Menschen, und ein Recht auf sichere Grenzen in Israel ist identisch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in eigenen gesicherten Gebieten. Ein Zweivölkerstaat ist seit langem die Option, aber nur erreichbar bei Rückzug der Israelis von den Westbanks auf die Grenzen von vor 1967. Dies ist die Forderung der UNO. Und es ist unsere Forderung heute.

Die Folge bei alledem ist, dass wir das Argument nicht länger gelten lassen können, Entmilitarisierung sei ein schöner, aber unerreichbarer Traum von Blauäugigen und Weltfremden. Wer vor den Folgen der Gewaltlosigkeit warnt, sagte Erich Fried einmal, der bedenkt ganz offensichtlich nicht die Folgen der Folgen der permanenten Gewalt. Die aber sehen wir heute und wir wollen sie nicht länger.

Ich möchte schließen mit einem Aufruf aus dem Jahre 1947, als Wolfgang Borchert, sterbend an Lungenentzündung in einem Baseler Spital, sein Vermächtnis an die Menschheit in wenigen Sätzen aufschrieb. „Pfarrer auf der Kanzel, wenn sie wiederkommen und Dir sagen, Du sollst die Waffen segnen und den Krieg rechtfertigen, Pfarrer auf der Kanzel, dann sage nein! Und Mann an der Werkbank, wenn sie wiederkommen und Dir sagen, Du sollst statt Kochgeschirren und Wasserrohren Kanonen und Stahlhelme ziehen, Mann an der Werkbank, sage nein! Und Mutter in Deutschland, Mutter in der Ukraine, Mutter überall auf der Welt, wenn sie wiederkommen und Dir sagen, Du sollst Kinder gebären, Männer für die Schützengraben, Frauen für die Spitäler, Mutter in der Ukraine, Mutter in Deutschland, Mutter überall auf der Welt sage: „Nicht dafür!“

Nicht länger möchte ich hören, dass wir Militärbischöfe haben wie Walter Mixa, Bischof von Augsburg, die erklären, „den Einsatz von Tornados in Afghanistan kann ich gerade noch mittragen.“ Dies ist kein Friedensengagement der Kirchen. Den Krieg kann man nicht ein bisschen ablehnen, sondern nur rundum. Und dies wäre zu erklären, ein wenig lyrischer aus dem Munde von Rose Ausländer als Wunsch zum Ostertage: Es gäbe den Sieg über den Tod wirklich. Es gäbe den Triumph des Lebens und der Liebe. Segnen möchte ich

Euch, schreibt sie, aber, ich verfluche den Krieg. Segnen möchte ich Euch, die Wenigen, aber vielleicht sind es ja viele und nur wenige, die den Krieg und die Krüppel machen. Ich segne alle Länder.

Gott segne Euch. Für Euer Engagement für den Frieden. Dankeschön!

**Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die Mitschrift der Rede E. Drewermanns beim Ostermarsch in Bremen am 22. März 2008.*

Eugen Drewermann wurde am 20. Juni 1940 in Bergkamen bei Dortmund geboren. Er wuchs mit zwei älteren Geschwistern in der westfälischen



Bergarbeiter-Gemeinde Bergkamen auf. Seine Mutter war katholisch, sein Vater, ein Bergarbeiter, evangelisch. Er studierte von 1959-1965 Philosophie in Münster und Katholische Theologie in

Paderborn. 1966 wurde er zum Priester geweiht. Er arbeitete als Studentenseelsorger und ab 1974 als Subdiakon in der Gemeinde St. Georg in Paderborn. Ab 1968 ließ er sich in Göttingen in Neopsychoanalyse ausbilden. 1978 habilitierte er sich in Katholischer Theologie und erhielt die Paderborner Lehrerlaubnis für Dogmatik. Als Privatdozent hielt er ab 1979 Vorlesungen in Religionsgeschichte und Dogmatik an der Theologischen Fakultät Paderborn. Im Oktober 1991 entzog ihm Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt (1926–2002) die katholische Lehrbefugnis und im Januar 1992 die Predigtbefugnis. Im März 1992 folgte die Suspension vom Priesteramt. Ursache waren von der Kirchenführung abweichende Ansichten E. Drewermanns in Fragen der Moraltheologie und der Bibelauslegung. An seinem 65. Geburtstag trat E. Drewermann aus der römisch-katholischen Kirche aus. Dies bezeichnete er als ein Geschenk an seine Freiheit.

Eugen Drewermann ist auch im Ruhestand als Lehrbeauftragter an der Universität Paderborn, als Schriftsteller, Redner und Seelsorger tätig.

Anmerkungen zur neuen Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland*

„Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“

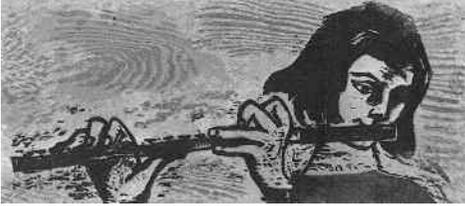
Von Ullrich Hahn

Der Schriftsteller Erich Kästner wunderte sich schon in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg darüber, dass man Generäle zu Abrüstungskonferenzen schicke. Das sei vergleichbar mit der Delegation von Metzgermeistern bei einer Tagung zur Förderung vegetarischer Lebens-

weise. Man könne dann schon vorher wissen, was dabei herauskommt.

Im Vorwort zur Denkschrift betont Bischof Huber als Vorsitzender des Rates der EKD, dass diese einstimmig verabschiedet worden sei, sowohl vom Rat der EKD als auch von der Kammer für öffentliche Verantwortung, die diese Denkschrift erarbeitet habe. Es komme darin ein „stellvertre-

tend für die ganze Gesellschaft formulierter Konsens zum Ausdruck“. Nun gehört zu den Mitgliedern der „Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD“ neben anderen namhaften Vertretern der deut-



Eve Medoff, Holzschnitt. Lied des Friedens

schen Gesellschaft auch ein amtierender General der Bundeswehr. Der Rahmen für den Inhalt eines gefundenen Konsenses über den gerechten Frieden und die Wege dorthin ist damit schon mit der gewollten Zusammensetzung des Gremiums vorgegeben und dämpft die Erwartung an den Text (die folgenden Zitierungen aus der Denkschrift beziehen sich auf die Ziffern ihrer 197 Abschnitte).

1. Trotz ihrer in den Einzelheiten aktuellen Fragestellungen und Analysen steht die Denkschrift in der Tradition des konstantinischen Christentums, einer innigen Verbindung von Kirche und jeweiliger Staatsgewalt. Bezeichnend ist dafür die positive Nennung von Artikel 16 des Augsburger Bekenntnisses von 1530 (100), wonach „Christen ohne Sünde ... rechtmäßig Kriege führen, ... Übeltäter mit dem Schwert bestrafen ... können.“ Die Denkschrift betont zwar, dass das Adverb „rechtmäßig“ als Bedingung für die Kriegführung zu verstehen sei. Verschwiegen wird jedoch, dass es von 1530 bis heute nie einen Krieg unter deutscher Beteiligung gab, den eine deutsche evangelische Kirchenleitung als nicht rechtmäßig angesehen hatte. Zumindest in der

Praxis führte Artikel 16 des Augsburger Bekenntnisses dazu, alle Kriege theologisch zu rechtfertigen ebenso wie alle anderen Ausdrucks-Formen der jeweiligen Staatsgewalt (Folter, Leibes – und Todesstrafen, Leib-Eigenschaft, Sklaverei, Vertreibung und Unterdrückung Anders-Denkender bis hin zur Einrichtung von Konzentrations-Lagern) und deren Unrecht immer erst im Nachhinein einzuräumen, nicht als Licht, sondern als Schlusslicht der Welt. Dazu passt auch der Hinweis auf Jesu Gleichnis vom Steuergroschen in Matth. 22, 21, „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist“ (44). Wenn im „und“ kein Widerspruch, sondern ein harmloses Neben- und Miteinander von Staats – und Gottesdienst gesehen wird, sind Christus und Caesar so friedlich vereint, wie Militär und gewaltfreie Konfliktlösung im weiteren Verlauf des Textes.

2. Während noch in der ersten ausführlichen Friedensdenkschrift der EKD von 1981 das Militär im Rahmen der Abschreckungsdoktrin als zeitlich begrenzte Einrichtung verstanden wurde oder wenigstens verstanden werden konnte, ist diese zeitliche Bedingung jetzt entfallen: Im Rahmen einer internationalen Rechtsordnung gilt das Militär für die Kirche nicht mehr als ein Instrument zur Kriegsführung, sondern der dauerhaft notwendigen Durchsetzung des Rechts und Gewährung internationalen Rechtsschutzes. Die Kirche muss deshalb auch nicht mehr Kriege legitimieren (Ziffer 46: Sie verzichtet „auf jede Form einer religiösen Legitimation von Kriegen ...“), sondern nur noch humanitäre Interventionen (110–123) im Rahmen einer „responsibility to protect“ (18), die zwar „militärischer Handlungsfähigkeit“ bedürfen (143), jedoch eher den Charakter polizeilicher Einsätze haben (145, 153). Darauf baut dann auch das Selbstverständnis der Militärseel-

sorge, die „eine an Recht und Gesetz gebundene militärische Schutzaufgabe als im Grundsatz ethisch verantwortbar bejaht.“ (66)

Atomwaffen haben in einem solchen Konzept eigentlich keine Funktion mehr. Als eine von Bischof Huber in seiner Einleitung besonders hervorgehobene Neuerung stellt die Denkschrift deshalb fest: „Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“ (162) Es folgen dann aber verschiedene mögliche Interpretationen dieser Aussage (163, 164), die die Produktion und den Besitz solcher Waffen doch noch ermöglichen und deshalb wohl auch deren vorsorgliche Lagerung, z.B. in Büchel, friedensethisch nicht ausschließen.

3. Diese Neuinterpretation militärischer Existenz beruht auf einem Verständnis des Rechts, wonach dieses der Mittel der Gewalt und des Zwanges bedarf, um überhaupt als Recht erkennbar zu sein. Demnach sei „Recht ... auf Durchsetzbarkeit angelegt“ (98). Staatliche Gewalt sei „rechtserhaltende Gewalt“ (6, 68), eine Form der Gewalt, die nicht gemeint sei, wenn Kirche von „Überwindung der Gewalt“ spreche (54). Das staatliche Gewaltmonopol diene gerade der Eindämmung privater Gewalt (81) und habe deshalb die Funktion, „das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts zu ersetzen“ (82). So sei auch „der Schutz der Menschenrechte ... an die Existenz eines rechtsstaatlich kontrollierten Gewaltmonopols gebunden“ (89). Dieses Rechtsverständnis ist zwar auch in der Rechtswissenschaft herrschend; es ist Grundlage jeder neuzeitlichen Staatsethik. Es beruht jedenfalls für die Kirche auf einem auch von der Denkschrift vertretenen Bild der sündhaften menschlichen

Natur (38), die durch die Staatsgewalt und ihre strafende Funktion (71, 72, 106, 133, 169) im Zaum gehalten werden muss.

Dagegen ist zu erinnern:

a) Nur die unrechte Gewalt zu überwinden, war immer auch das erklärte Ziel aller Tyrannen. Macht, Zwang und Gewalt einzusetzen, ist kein Zeichen für das Recht. Die so demonstrierte „Stärke des Rechts“, bleibt, solange sie auf überlegener Gewalt beruht, immer noch das „Recht des Stärkeren“. Dieses Verständnis vom Recht bietet letztlich auch keinen Ausstieg aus der Spirale der Gewalt, da es eine ständige Aufrüstung (innerstaatlich der Polizei, außenpolitisch des Militärs) voraussetzt, um sicher zu stellen, dass das Gute tatsächlich die Oberhand behält. Wo sich aber der „Gerechte“ durch Gewalt durchsetzt, flieht das Recht aus dem Lager des Siegers. Die Ergebnisse der Befreiungskriege und der alltäglichen Strafjustiz geben im Großen und im Kleinen dafür hinreichend Anschauungs-Material.

b) Dem gegenüber gab und gibt es ein Verständnis des Rechts, das der Macht gegenübertritt, ihr ohnmächtig widersteht, wie die alttestamentlichen Propheten im Angesicht der Könige und wie Jesus am Kreuz gegenüber dem römischen Imperium. Stark wird dieses Recht durch die Kraft der Überzeugung, durch die Zahl der Menschen, die sich aus eigener Einsicht daran halten und nicht aus Angst vor Strafe.

c) Dem entspricht auch die Geschichte der Menschenrechte: diese wurden nie durch die Staatsgewalt verliehen, sondern – wo sie erfolgreich waren – durch langen Widerstand und viele Leiden errungen. Sie wurden von der Staatsgewalt letztlich auch nur anerkannt, indem diese sich zurücknahm.

Wo die Staatsgewalt heute selbst für den Schutz der Menschenrechte einstehen soll, ist dies letztlich schleichend oder offensichtlich wiederum mit deren Verletzung verbunden („Rettungsfolter“, Luftsicherheitsgesetz und andere zum Schutz vor Straftätern und Terroristen eingeführte Befugnisse von Polizei und Militär).

4. Wo Militär und Gewalt einen unabdingbaren Platz zur Aufrecht-Erhaltung von Recht und Sicherung des Friedens erhalten haben, bleibt durchaus in dem so vorgegebenen Rahmen noch Spielraum für Methoden gewaltfreier Konfliktlösung und das Bemühen vieler Menschen um den Abbau und die Überwindung rechter Gewalt. Die Denkschrift räumt diesen Methoden durchaus auch „Vorrang“ ein (60, 124) und fordert ausführlich deren weiteren Ausbau (170 – 183). Im Verhältnis zum Militär können diese Methoden aber keine Alternative bieten, sondern ergänzen dessen Möglichkeiten und sind zur Kooperation mit diesem aufgefordert: „Zwischen Soldaten und zivilen Kräften kommt es auf situations-angemessene Kooperation an“ (146), Nichtregierungsorganisationen und multinationale Truppen müssen gut abgestimmt vorgehen“ (150). Es soll geklärt werden, „wie die je besonderen Kompetenzen der verschiedenen Akteure (zivile und militärische) zum Zuge kommen können“ (181). Dass der bereit gehaltene militärische Knüppel im Hintergrund präsent gehalten wird („und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“), äußert die Denkschrift sehr deutlich in Bezug auf die weltweite Sicherung der Ressourcen: „Zugang zu strategischen Ressourcen ist nicht durch militärische Eingreifoptionen zu sichern. Vorrangig (nicht: stattdessen) ist Kooperation zwischen Förder – Transit – und Verbraucherländern unter Einbezug der Wirtschaft.“ (28)

5. Auch wenn in der Denkschrift an mehreren Stellen Zweifel am eigenen Konzept der rechtmäßigen Gewalt aufschimmern („militärische Ohnmacht angesichts politischer Aufgaben einer dauerhaften Friedenssicherung“, 11, die innere Dynamik, die „jeder Gewalt-Anwendung – auch derjenigen, die ein Mittel zur Abwehr des Bösen sein will – ... innewohnt“, 38, die Wahrheit Christi, die sich „nicht mit Gewalt durchsetzt“, 47), entwickelt sie nicht ansatzweise eine Ethik des Gewaltverzichts.

In einem Nebensatz wird eine solche Ethik verkürzt und in Negation erwähnt: „Auch wer nicht die Position des unbedingten Pazifismus vertritt – also bereit ist, in jeder denkbaren Situation auf die Anwendung potenziell tötender Gewalt zu verzichten ...“ (99); die Kriegsdienstverweigerung wird genannt; unter der Bedingung einer entsprechenden Gewissensentscheidung geht sie auch der „staatsbürgerlichen Pflicht zum Militärdienst“ vor (62, 64), aber für die Denkschrift bleibt nur die Form der Gewissensentscheidung wesentlich, nicht jedoch ihr Inhalt, der keine Erwähnung findet.

Verantwortungsethisch kann sich die Denkschrift eine Entscheidung zur KDV nur so vorstellen, dass diese anerkennt, „dass es Andere gibt, die im Dienst dieser Ordnung dafür sorgen, dass nicht Situationen eintreten, in denen das Recht ohne Durchsetzungskraft ist“ (61).

Die Denkschrift von 1981 hatte noch in Anlehnung an die Heidelberger Thesen von 1959 eine Ethik, ohne Rüstung zu leben, als eine „höchst reale Möglichkeit und Chance der Friedenspolitik“ angesprochen. Davon ist jetzt keine Rede mehr.

Wer aber trotzdem weiter so denkt und handeln will, wird zwar nicht von der Botschaft des alten und neuen Testaments,

aber von dieser Kirche, wie sie sich in der Denkschrift äußert, allein gelassen.

**Der Artikel ist auch auf der Homepage des Versöhnungsbundes (www.versoe-hnungsbund.de) und in dessen Organ Forum Pazifismus I/2008 erschienen.*

Ulrich Hahn, geb. 2.3.1950, ist seit 1978 Rechtsanwalt in Villingen, er ist Vorsitzender des Deutschen Zweigs im Internationalen Versöhnungsbund. In seinem Kirchenbezirk hat er Synoden vorbereitet und geleitet sowie Gottesdienste gestaltet.

Seine Ehefrau Britta ist Psychotherapeutin und Ärztin für Homöopathie, auch Autorin eines Buchs über Kindererziehung. Die Kinder des Ehepaars heißen Oskar, Albert, Hildegard und Clara.



Ulrich Hahn

„Kein schleichender Übergang vom Aufbaumandat zur Kriegspraxis in Afghanistan!“

Erklärung des Generalsekretärs von pax christi Dr. Reinhard J. Voß

Der Einsatz der Bundeswehr im Norden Afghanistans steht vor einer Wende. Ab Sommer könnten rund 250 deutsche Soldaten der Internationalen Afghanistan-Schutztruppe (Isaf) nicht nur Aufbauarbeit leisten, sondern erstmals gezielt in Kampfeinsätze geschickt werden.

Die NATO hat Deutschland und andere Truppen stellende ISAF-Nationen angefragt, ob sie ab dem Sommer eine Eingreifreserve im Norden Afghanistans stellen könnten. Im Laufe des Januars werde eine Antwort erwartet.

Mit den Beschlüssen zur Weiterführung der drei Mandate 2007 haben sich Regierung und Parlament über den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung hinweg gesetzt. Nun sehen wir die Folgen: es gibt kein Halten mehr in Richtung Kampftrup-

pen; es gibt keine erkennbare politische Strategie und kein Ausstiegs-Szenario. Es kommt einer Kapitulation von Politik gleich, immer mehr auf die Stärkung des Militärs zu setzen. Stattdessen sollte die Bundesregierung innerhalb der NATO endlich eine Debatte über den Strategie-Wechsel anstoßen.

Angesichts des schleichenden Übergangs von einem Aufbaumandat zur offenen Kriegspraxis erneuert pax christi ihre Forderung nach einem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, Wir fordern die Rückkehr zur Politik und nicht den planlosen reaktiven Ausbau von Militär, d.h. einen neuen Dialog aller Konfliktparteien, eine konsequente Unterstützung von Alternativen der Konfliktregelung und des zivilen Aufbaus sowie eine ökonomische und entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die dem Land Hilfen gibt beim Umstieg

„Kein schleichender Übergang vom Aufbaumandat zur Kriegspraxis in Afghanistan!“

vom Drogen fördernden Mohanbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Wir sehen immer deutlicher, dass der Truppeneinsatz der USA, ihrer Verbündeten und der NATO in Afghanistan sowie die Truppen-Stationierungen in anderen Ländern Mittelasiens strategisch begründet sind: es geht um Geo- und Ressourcenpolitik. Die Rechtfertigung als „Bekämpfung des Terrorismus“ dient – nicht nur

hier – zur Legitimation von kriegerischer Intervention und machtpolitischer Dominanz.

Bad Vilbel, den 17. Januar 2008

Unterstützer:

Dr. Reinhard Gaede

Vorstandsmitglied, BRSD

Schriftleiter, CuS

Herford, 1.6. 2008

Deutsche Sicherheits- und Friedenspolitik auf dem Weg der Militarisierung?*

Von Clemens Ronnefeldt

1. Zur Militarisierung der deutschen Sicherheits- und Friedenspolitik

Im Mai 2008 befanden sich nach Angaben des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr ca. 8000 SoldatInnen weltweit im Einsatz: Im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, in Georgien, in Afghanistan, in Usbekistan, im Libanon, am Horn von Afrika/Dschibuti, in Äthiopien Eritrea, im Sudan und in Sudan-Darfur.

Zwischen 1992 und 2007 waren ca. 200.000 SoldatInnen im Auslandseinsatz. Bis Ende des Jahres 2007 wurden 69 SoldatInnen der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen getötet, davon 44 durch Fremdeinwirkung, mehr als 9000 wurden verwundet.

Ein Schwerpunkt der deutschen Auslandsmissionen befindet sich im Mittleren Osten, wo Zweidrittel der Welterdölreserven lagern.

Am 26.11.1992 erließ der Bundesminister der Verteidigung die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, in denen es heißt:

„ ... Dabei lässt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: ...

Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“.

Das „Weißbuch 2006“ des Bundesministeriums der Verteidigung greift diesen Gedanken erneut auf: „Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“. (Quelle: Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006, S. 19).

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, formulierte den Paradigmenwechsel von der Verteidigung zum weltweiten Einsatz folgendermaßen:

„Einsatz in der Verteidigung, aufgewungen durch einen im Grunde bekannten Gegner, in vertrauter Umgebung, in

großen geschlossenen Verbänden war lange unser konzeptioneller Dreh- und Angelpunkt. Nun ist es die souveräne aktive politische Entscheidung zum Einsatz militärischer Macht im Konzept weltweiter Sicherheitsvorsorge.“ (Quelle: Schneiderhan, Wolfgang: Einflüsse des neugewichteten Aufgabenspektrums auf die Führungskultur der Bundeswehr“, Abschlussrede auf der 41. Kommandeurtagung der Bundeswehr, Berlin, 11. März 2008).

„Wir benötigen eine zeitgemäße, vernetzte Sicherheitspolitik, deren Ziel es ist, Gefährdungen unserer Sicherheit bereits am Entstehungsort zu begegnen“. (Quelle: Schneiderhan, Wolfgang: Soldat im Zeitalter der Globalisierung, in: Europäische Sicherheit, 2/2007, S. 20.)

„Vor allem aber wird die Asymmetrie dadurch bestimmt, dass sich eine Seite an Recht, Gesetz und allgemeine Moralvorstellungen bindet und damit die Ausübung von Gewalt legalisiert und reglementiert, dies auf der anderen Seite aber unterbleibt.“ (Quelle: Schneiderhan, Wolfgang: Soldat im Zeitalter der Globalisierung, in: Europäische Sicherheit, 2/2007, S. 16).

Der Generalinspekteur betont:

„Unsere Soldaten verstehen die politischen und kulturellen Zusammenhänge vor Ort und begegnen den Menschen mit Respekt und Verständnis.“ (Quelle: Schneiderhan, Wolfgang: Soldat im Zeitalter der Globalisierung, in: Europäische Sicherheit, 2/2007, S. 20).

Diese Aussage steht in Widerspruch zu Presseberichten z.B. mit Fotos deutscher Soldaten in Afghanistan, die diese beim Hantieren mit Schädeln von toten Afghanen zeigen.

Der ehemalige Fallschirmjäger Achim Wohlgethan schreibt in seinem Buch:

„Ich wurde nun Augenzeuge, wie ISAF-Soldaten sehr unkonventionell testeten, ob

das Gelände an dieser Stelle vermint war – und zwar mit Äpfeln! Dazu winkten die Soldaten die vielen Kinder heran, die auf dem Schießplatz leere Messinghülsen sammelten, weil diese bares Geld wert waren. Dann griffen die Soldaten hinter sich in eine Kiste mit Äpfeln, hielten sie den Kindern vor die Nase und schmissen sie ins Gelände. Dann warteten sie ab, was passierte. Wenn die Kinder losliefen und es keinen Knall gab, wurde dieses Feld als geklärt und unvermint betrachtet.“

(Quelle: Achim Wohlgethan, Endstation Kabul, Berlin, 2008, S. 78).

2. Was wird für uns am Hindukusch verteidigt? – Zahlen und Fakten zum Afghanistankrieg

Die Kosten des Afghanistan-Krieges für die NATO-Staaten betragen in den Jahren 2002 bis 2006:

- ca. 82 Mrd. US-Dollar für Militär
- ca. 7 Mrd. US-Dollar für Entwicklungshilfe
- ca. 433 Mio. US-Dollar für Gesundheit und Ernährung.

(Quelle: IMI-Analyse 2007/029 vom 17.8.2007, www.imi-online.de).

Das Bruttoinlandsprodukt pro Afghane/in pro Jahr liegt bei ca. 355 US-Dollar.

Deutschland gibt 2008 in Afghanistan für Militär-Ausgaben ca. 530 Mio. Euro, für Zivil-Ausgaben ca. 100 Mio. Euro aus.

In der Armut-Statistik rutschte Afghanistan in den letzten Jahren noch einen Platz nach unten: Im Jahr 2004 von Platz 173 (von 178 Ländern) im Jahr 2007 auf Platz 174 (von 178 Ländern). (Quelle: UN-Armutindex Afghanistan).

Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 25.6.2007: „Karsai kritisiert Nato-Truppen scharf. Afghanistans Präsident: Militärein-

sätze sind wahllos und ungenau / Verteidigungsminister Jung entging Attentat“.

Der Militäreinsatz in Afghanistan forderte in folgenden Zeiträumen zahlreiche Todesopfer:

- Oktober–Dezember 2001:
ca. 20 000 Menschen
- Januar–Dezember 2006:
ca. 4 000 Menschen
- Januar–Oktober 2007:
ca. 5 000 Menschen.

(Quellen: Prof. Marc Herold, USA, AP, Spiegel Online 3.10.2007).

Im Jahre 2007 wurden unter den ausländischen SoldatInnen ca. 200 Tote gezählt. Von 2005 zu 2006 ereignete sich eine große Zunahme der Gewalt in Afghanistan. Im Jahre 2005 gab es 27 Selbstmordattentate, 783 Straßenbomben und 1588 Direktangriffe, 2006 bereits 139 Selbstmordattentate, 1677 Straßenbomben und 1588 Direktangriffe. (Quelle: Bündnis 90/Die GRÜNEN (Hg.): „Mit diesem Krieg ist kein Frieden mehr zu machen. Erklärung und Positionspapier zu Afghanistan, Sommer 2007, S. 1).

Die Opium-Produktion in Afghanistan lag im Jahre 2001 bei ca. 200 t, im Jahre 2006 bei ca. 6.200 t, im Jahre 2007 bei ca. 8.200 t. Dies entspricht ca. 93% der Weltproduktion an Schlafmohn und an Opium. (Quelle: UN-Anti-Drogenbehörde, in: www.focus.de/politik, 1.11.2007).

Bei Meinungsumfragen im Februar 2008 zu Afghanistan lehnten 86% der Deutschen Kampfeinsätze grundsätzlich ab, 13% waren dafür. 55% der Deutschen wollen den schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, 42% sind für den Verbleib. (Quelle: ARD-Deutschland-Trends für die Tagesthemen von Infratest dimap, 4./5. 2. 2008).

Deutschland setzt sich im Rahmen der Europäischen Union in Afghanistan für die

Ausbildung von afghanischen Polizisten ein und spendete Polizeifahrzeuge.

„Der geheimnisumwobene Einsatz der Bundeswehr-Elitetruppe ‚Kommando Spezialkräfte‘ (KSK) in Afghanistan war rein politisch motiviert, schlecht vorbereitet und militärisch weitgehend überflüssig“, so lautet das Fazit des Verteidigungsausschusses des Bundestages. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 23.4.2008).

Was wird für uns am Hindukusch verteidigt? Unser westlicher Lebensstil? Das Überleben der NATO? Die Option auf einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat? Die Eindämmung Chinas, Indiens und Russlands? Eine Plattform für die US-Regierung zum Iran-Angriff?

Der ehemalige Entwicklungsbeauftragte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Afghanistan, Herbert Sahlmann, hat einen 20-Punkte-Friedens-Plan ausgearbeitet. (Quelle: Pax Christi Rundbrief 1/2008, S. 8).

Der ehemalige ARD-Sonderkorrespondent Christoph R. Hörstel hat in seinem Buch „Sprengsatz Afghanistan. Die Bundeswehr in tödlicher Mission, München 2007, einen detaillierten 5-Jahres-Friedensplan vorgelegt.

Prof. Andreas Buro, friedenspolitischer Sprecher des Komitee für Grundrechte und Demokratie, hat einen zivilen Strategieplan entworfen (Quelle: Friedensforum 1/2008, Hg.: Netzwerk Friedenskooperative, Bonn, S. 20). Alle drei Friedenspläne könnten bei entsprechendem politischen Willen sofort begonnen werden.

Die Friedensbewegung in Deutschland fordert in einer Petition an den Bundestag: „Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan“ und fordert in einem Aufruf die SoldatInnen der Panzerbrigade 21 in Augustdorf auf: „Verweigern Sie den Kriegseinsatz in Afghanistan“. (Quelle:

Friedensforum 2/2008, Hg.: Netzwerk Friedenskooperative, Bonn, S. 3f).

Jürgen Rose, Oberstleutnant, verweigert derzeit den Afghanistan-Einsatz, weil er diesen nicht im Einklang mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht sieht.

Christiane Ernst-Zettl, im Rang eines Hauptfeldwebel, weigerte sich als Sanitäterin, eine Waffe in Afghanistan zu tragen, weil dies nicht mit der Genfer Konvention vereinbar sei. Sie bekam dafür 800 Euro Geldbuße auferlegt, die Humanistische Union zeichnet sie mit dem „Aufrechter Gang“-Preis 2008 aus.

Florian Pfaff, Major, verweigerte die logistische Unterstützung des Irak-Krieges, wurde dafür degradiert, klagte dagegen erfolgreich und erhielt die Carl-von-Osietzky-Medaille. Florian Pfaff hat das lezenswerte Buch „Totschlag im Amt. Wie der Friede verraten wurde“, erschienen in Nördlingen 2008, verfasst.

„Wir verteidigen unsere Art zu leben – und das ist unser gutes Recht“, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Rechtfertigung des Afghanistan-Krieges am 16.10.2001. (Quelle: Frankfurter Rundschau, 17.10.2001).

Solange 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent der Rohstoffe verbrauchen und diese Art zu leben – auch in Deutschland – die Lebenschancen eines großen Teiles der Menschheit in anderen Kontinenten einschränkt und verhindert, ist dem Bundeskanzler zu widersprechen – besonders auch von den Kirchen.

Schlusswort

Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ hat eine Reihe von zukünftigen Konflikt-herden benannt, die die Sicherheit von Menschen weltweit gefährden: Dazu zäh-

len die Verschlechterung der Trinkwasserqualität, die Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen, der klimabedingte Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und die umweltbedingte Migration von Millionen von Flüchtlingen.

Diese Herausforderungen sind so gewaltig, dass sie eines großen menschlichen und finanziellen weltweiten zivilen Einsatzes bedürfen – mit dem Ziel des gemeinsamen Überlebens der Menschheit.

Mein Dank gilt Jürgen Rose sowie Bernt Glatzer von der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan für Zuarbeiten zu dieser Einführung, ebenso Florian Pfaff und zahlreichen Soldaten für wertvolle Gespräche.

Einführung zur Veranstaltung am Freitag, 23.5.2008, 11.00 Uhr, im Europa-Saal Osnabrück

*Clemens Ronnefeldt,
Dipl.-Theol.*

geb. 1960 in Worms.

1966-1979: Grundschule in Osthofen (Rheinhessen) und Gymnasium in Worms, Abitur 1979.

1978: Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst (1979-81) in Osthofen.

1981-1986: Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz und an der Phil.-Theol. Hochschule St. Georgen in Frankfurt a.M. (Diplom).

1982-83: Studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Internationales Freundschaftsheim in Bückeburg.

Clemens Ronnefeldt unterstützte von 1986-2003 die Friedensbewegung um den Cruise-Missile Stationierungsort Bell/Hasselbach im Hunsrück.

Von 1986-1992 war er ehrenamtlicher Sprecher der katholischen Friedensbewegung Pax Christi im Bistum Mainz.

„Kein schleichender Übergang vom Aufbaumandat zur Kriegspraxis in Afghanistan!“

1990 war er Mitbegründer der Initiative Frieden am Golf (IFAG) und reiste im November 1990 in den Irak.

Seit 1992 ist Clemens Ronnefeldt Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes.

Von 1994-2001 begleitete er zusammen mit Alois Bauer, Referent für Frieden und Gerechtigkeit im Bistum Mainz, im Auftrag der Zivildienstseelsorgestellen Trier, Limburg, Mainz und Speyer Zivildienstleistende bei Einsätzen in Flüchtlingslagern auf dem Balkan.

1997 richtete er mit Unterstützung von United Nation Volunteers eine Beratungsstelle für rückkehrende Flüchtlinge für die Friedensfachkraft des Versöhnungsbundes, Cima Zdenac, in Sanski Most (Bosnien-Herzegowina) ein.

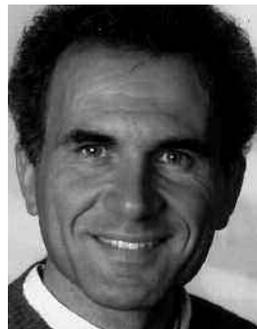
Clemens Ronnefeldt ist Autor des Buches

„Die Neue Nato, Irak und Jugoslawien“, mit einem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz, Minden, 195 S., 2.

Auflage 2002 sowie zahlreicher Artikel

zum Thema Irak, Iran, Israel/Palästina und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Clemens Ronnefeldt lebt in Freising bei München



Clemens Ronnefeldt

Die SPD und die Privatisierung der Bahn

Von Franziska Drohsel und Ralf Höschele

Der Kompromiss zur Bahnprivatisierung war in der Partei hart umkämpft und ist Ausdruck dessen, dass es derzeit nicht gelingt, das mehrheitliche Bedürfnis nach einer linken Politik in Bevölkerung und an der Basis in reale Politik zu gießen.

Was war passiert? Vor dem Hamburger Parteitag wurde in der SPD lebhaft über eine mögliche Privatisierung der Bahn diskutiert. Der Widerstand war groß, und eine Grundsatz-Abstimmung in Hamburg über Pro und Contra Bahnprivatisierung hätte zu einer Niederlage der Privatisierungsbefürworter geführt. Aufgrund der Intervention von Kurt Beck und der klaren Bedingungen, an denen eine Privatisierung

gekoppelt wurde, gab es auf dem Parteitag eine Mehrheit für den Kompromiss.

Im Beschluss wurden drei zentrale Kriterien festgelegt, die bei einer Kapitalprivatisierung aus SPD-Sicht erfüllt sein müssen: (1) Kein Einfluss privater Investoren auf die Unternehmenspolitik der Bahn, (2) Privatisierung ausschließlich über stimmrechtlose Vorzugsaktien und (3) der Erhalt des integrierten Konzerns.

Das beschlossene Modell der Privatisierung

Das nun vom Parteirat beschlossene Privatisierungsmodell entspricht weitgehend dem Holdingmodell und erfüllt keines der drei Kriterien. Der Einfluss privater Investoren wird nicht wirksam ausgeschlossen. Im Parteiratsbeschluss sollte dies durch

eine Begrenzung des Privatisierungsanteils auf max. 24,9% als „rote Linie“ gewährleistet werden, damit die Privaten keinen Anspruch auf ein Aufsichtsrats-Mandat erhalten. Doch diese Begrenzung wurde bereits bei der Koalitions-Vereinbarung gekippt. Vertraglich ist sie – entgegen anders lautender Aussagen in der Parteiratssitzung – nirgends abgesichert. Man kann also davon ausgehen, dass es sich bei den 24,9% nur um die erste Tranche handelt, die noch in dieser Wahlperiode veräußert werden soll. Weitere werden folgen, private Investoren werden bald auch direkt im Aufsichtsrat Einfluss nehmen können.

Die Teilprivatisierung soll nun durch Stammaktien mit Stimmrecht erfolgen. Dadurch erhalten private Investoren auch auf der Hauptversammlung maßgeblichen Einfluss.

Der Erhalt des integrierten Konzerns ist nicht gesichert. Die Verkehrs- und Logistiksparte (VuL) ist de facto keine „Tochter“ der DB-Holding, sondern aufgrund ihrer Börsennotierung und ihrer Ausstattung mit Personal, Management und Steuerungsfunktionen ein eigenständiges Unternehmen, das wiederum selbst aus relativ eigenständigen Untergesellschaften besteht, die ihrerseits teil-privatisiert werden können. Der Koalitionsbeschluss schließt dagegen noch nicht einmal eine vollständige Privatisierung der Tochtergesellschaften oder von Unternehmensteilen zweifelsfrei aus. Es gibt auch keine belastbaren Beschäftigungsgarantien: Der Tarifvertrag enthält nur Zusagen zu Verhandlungen.

Die Infrastruktur wird das Eigentum der Deutschen Bahn AG – und nicht des Bundes – sein. Zukünftig bestimmen aber die Interessen privater Anteilseigner über den Gesamtkonzern. Aufgrund des Aktiengesetzes dominieren die Anlegerinteressen

die VuL direkt und so vermittelt auch den Infrastrukturbereich.

Auch finanziell und haushaltspolitisch ist die Privatisierung nicht sinnvoll. Die zu erwartenden Erlöse werden derzeit auf ca. 4 bis 8 Mrd. geschätzt. Ein Drittel dieses Betrags soll für Investitionen zur Verfügung stehen – angesichts der jährlich vom Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten Summe und des bestehenden Investitionsstaus eine fast unerheblich geringe Summe. Damit ist letztlich noch nicht einmal gewährleistet, dass ein relevanter Mindestbetrag für Investitionen im Inland wirklich zur Verfügung steht. Die im derzeitigen Börsenumfeld zu realisierenden geringen Erlöse werden nur den Ruf nach weiteren Privatisierungsschritten lauter werden lassen. Der Bund übernimmt darüber hinaus zusätzliche und neue Haushaltsrisiken großen Ausmaßes, auch weil die bestehenden Schulden der DB AG (2007: 16,5 Mrd. EUR) sowie „überzähliges“ Personal weitestgehend bei der Holding geparkt werden, für die der Bund alleine gerade steht.

Situation der SPD

Statt die Chance zu nutzen, sich als einzige Partei glaubwürdig als Gewährleisterin einer öffentlichen Daseinsvorsorge zu profilieren, drückt man nun zusammen mit der Union gegen die Mehrheit der Bevölkerung und gegen die Mehrheit der SPD-Mitglieder die Bahnprivatisierung durch.

Das Verhalten von Norbert Hansen und Peer Steinbrück war sinnbildlich für den gesamten Entscheidungs-Findungsprozess. Letzterer brachte kurz nach dem Parteitag ein neues Modell in die politische Diskussion. Ersterer erklärte im Parteirat der SPD, dass man sich darauf verlassen könnte, dass im Tarifvertrag 24,9% als Grenze festgehalten werden würden. Dies wurde nicht

erfüllt. Stattdessen war von einer Mehrheit die Rede, und kurz danach wurde bekannt, dass er neuer Arbeitsdirektor der Bahn AG werden solle.

Das Beispiel Bahn ist symptomatisch für die derzeitige politische Lage. Die Stimmung in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung hat sich gedreht. Ende der 90er hatten wir als Linke gegen einen neoliberalen Zeitgeist zu kämpfen, der scheinbar überall um sich griff. In dieser Zeit war es ungleich schwieriger für linke Positionen zu kämpfen, weil man von allen Seiten die neoliberale Doktrin der Sachzwänge, der Globalisierung, der Demographie und vielem mehr um zu hören bekam. Damals musste man in einem ganz anderen Maße nicht nur in der Partei sondern auch in der Bevölkerung um die Mehrheitsfähigkeit linker Politik kämpfen. Dies ist heute anders! Die Ergebnisse der neoliberalen Ära sind allgegenwärtig und sie werden mehrheitlich nicht als positiv bewertet – soziale Spaltung, mangelnde soziale Aufstiegschancen, prekäre Beschäftigungssituationen, Armutszunahme. Heute ist es nicht so, dass man die Mehrheit für mehr soziale Gerechtigkeit überzeugen muss, sondern die Mehrheit eine solche Politik möchte. Angemessene Antworten auf die gegenwärtigen Probleme sind nicht moralisch aufgeladene Symbol-Debatten über Managergehälter, sondern konkrete Antworten auf die Fragen: Wie kann eine Umverteilung von oben nach unten organisiert werden? Was ist mit dem Spitzensteuersatz, mit der Erbschaftssteuer, der Vermögenssteuer, der Reichensteuer? Gibt es darüber hinaus Instrumente? Wie kann Verarmung verhindert werden und ein menschenwürdiger Umgang mit arbeitslosen Menschen aussehen? Diese Frage ist auch deshalb zentral, weil die zunehmende Angst der Mittelschicht vor sozialen Abstieg auch da-

mit zusammenhängt, dass die Menschen sich nicht mehr darauf verlassen können, dass der Staat ihnen hilft, sondern sie Angst vor entwürdigender Kontrolle und Sanktionierung haben.

Im Rückblick

Trotz des Beschlusses für die Privatisierung: Die Kampagne gegen die Bahnprivatisierung hatte Erfolge, sie war nicht weit davon entfernt, ihr realpolitisches Ziel zu erreichen. Der steigende Druck auf die Beschäftigten und die zu erwartenden Verteuerungen und Einschränkungen des Schienen-Verkehrs werden in Zukunft mit der Privatisierung in Verbindung gebracht werden, ein Prozess permanenter kollektiver Bewusstseinsbildung wurde so in Gang gesetzt, die Privatisierungs-Ideologie in der öffentlichen Debatte zurückgedrängt. Das gibt Mut für die Abwehr weiterer Privatisierungs-Vorhaben und bei der Auseinandersetzung um die Rekommunalisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die gemachten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit in einem breiten Bündnis kann für weitere politische Auseinandersetzungen genutzt werden. Das Bündnis „Bahn für Alle“ war ein erfolgreiches Labor für den Austausch unterschiedlicher politischer Kulturen, das Auffinden neuer Kampagnenwege und der Schaffung neuer gesellschaftlicher Bündnisse. Zu wünschen wäre, dass diese Struktur die Zusammenarbeit so genannter alter und neuer sozialer Bewegungen auch bei anderen politischen Themen stärkt.

*„Druck und Repression auf jene, die sich sowieso schon in einer schwierigen Situation befinden, sind keine Instrumente linker Sozialpolitik.“
Franziska Drohsel*



Mit einem unübersehbaren Hinweis auf das klare Nein der Bevölkerungsmehrheit zur Bahnprivatisierung haben Aktivistinnen und Aktivisten von „Bahn für Alle“ und des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac am 28. April 2008 Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Führungskräfte-Treffen der Deutsche Bahn AG in Berlin begrüßt. Papp-schilder mit der Aufschrift „Demokratie“ wurden in Bleicheimer gestopft.

Ralf Höschele,
geboren am
26.04.1978 in
Stuttgart, lebt und
arbeitet in Berlin
Student der Politik-
wissenschaft und
Mitarbeiter einer
Bundestagsabge-
ordneten
Bei den Jusos aktiv
seit 1997, SPD-
Mitglied seit 1998.



Ralf Höschele

2003-2004 Landes-
sprecher der Berliner Juso-Hochschulgruppen
2004-2006 Mitglied im Bundesvorstand der
Juso-Hochschulgruppen.
2004-2007 kooptiertes Mitglied im Juso-
Bundesvorstand
seit November 2007 stellvertretender Juso-
Bundesvorsitzender

Franziska Drohsel,
01.06.1980
geboren in Berlin
1999 Abitur
2001-2002
Erasmus-Aufent-
halt an der
Universität „La
Sapienza“ in Rom
2005 1. Juristi-
sches Staatsex-
amen



Franziska Drohsel

Seit 2006 Promoti-
onsstudentin und
wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hum-
boldt-Universität zu Berlin bei Prof. Dr.
h.c. Ulrich Battis
Seit 1995 bei den Jusos aktiv
Seit 2001 Mitglied in der SPD
1996-2004 Kreissprecherin der Jusos Steglitz-
Zehlendorf
1996-heute Landesdelegierte der Jusos
Steglitz-Zehlendorf
2000-2005 Mitglied im Studierendenparla-
ment der Humboldt-Universität zu Berlin für
die Liste der Jusos (unterbrochen von Sep.01
bis Jan.03)
2000-2006 Stellvertretende Landesvorsitzen-
de der Jusos Berlin (unterbrochen von Okt.01
bis Jun.02 und von Jun.04 bis Okt.05)
Seit März 2006 Landesvorsitzende der Jusos
Berlin
Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin

„Es gibt den Kapitalismus, der soziale
Ungleichheit erzeugt. Links zu sein, bedeutet,
die Vision einer anderen Gesellschaftsord-
nung, den demokratischen Sozialismus,
nicht aufzugeben, sondern systemkritisch
zu denken und zu handeln. Links bedeutet
aber ebenso, gegen verheerende Entwicklun-
gen zu streiten und für progressive
Veränderungen zu kämpfen.“
Franziska Drohsel

Eine biblisch-christliche Perspektive zur Arbeit

„Religion prägt Arbeit – prägt Arbeit Religion?“

Von Paul Schobel

Beim Frankfurter Katholikentag 1863 forderte ein streitbarer Schweizer Kapuziner (Theodosius Florentini), die „Fabriken in Klöster“ umzuwandeln, in denen der Arbeitsalltag mit der Messe beginnt und während der Arbeit aus Heiligenleben und Tugendbüchern vorgelesen wird. „Bravo“ vermerkt das Protokoll! Die Idee war nicht ganz aus der Luft gegriffen, denn der brave Gottesmann hatte in Österreich drei Fabriken geschenkt bekommen und sie klösterlich umstrukturiert. Das „Middle-Management“ wurde Ordensschwestern übertragen. „Sie gehen in den Sälen auf und nieder und geben darauf acht, dass die Hausordnung gehörig beobachtet wird ...“ Zum Schluss vermerkt der „fabrikbesitzende Bettelmönch“, wie er sich selber charakterisiert, man habe im vergangenen Jahr immerhin einen Überschuss von 9000 Österreichischen Gulden erzielt und – man höre und staune: Aktien und Dividenden dieser florierenden Kloster-Unternehmen gehörten ausschließlich den Arbeitenden.

Hätte sich diese Unternehmensverfassung durchgesetzt, könnten wir uns diese Tagung (sc. in Bad Boll) ersparen, denn hier prägt Religion die Arbeit und vermutlich auch umgekehrt die Arbeit die Religion.

Und die Moral von der Geschichte?

Man spürt ein wenig Hilflosigkeit heraus, dass industrielle Arbeitswelt – im Unter-

schied zur agrarischen Epoche – der Deutungshoheit der Kirche entglitten scheint.

Nach wie vor aber glitzert ein wenig Sehnsucht durch, dass diese elementare Sorge um Arbeit und Einkommen nicht einfach von kirchlich-religiöser Durchdringung abgespalten werden darf.

Gleichzeitig ist es auch rührende Ratlosigkeit, Integration durch Annexion dieser neuen Arbeitswelt bewerkstelligen zu wollen ...

Eines ist klar: wer Religion ganzheitlich begreift, Seelsorge als Leib- und Seelsorge, muss an einer doppelten Prägung interessiert sein: Arbeit drückt der Religion ihren Stempel auf und umgekehrt. Dies natürlich nur unter einer Prämisse, dass die „Beschlusslage“ solches rechtfertigt und die Bibel dafür Anhaltspunkte bietet.

1 Ein (unterhaltsamer) Streifzug durch die biblische Arbeits- und Unternehmensphilosophie

Die Arbeit ist in der Bibel kein „Thema“. Solche abzuhandeln, ist ohnehin nicht ihre Art. Von Arbeit ist jedoch ständig die Rede, weil eigentlich alle – von den „Fettaugen“ auch damals abgesehen – arbeiten mussten. Was ist charakteristisch?

1.1 Arbeit gehört zum Menschsein

Schon im 1. Buch der Bibel „Genesis“ (2, 15) steht: Gott, der Herr, nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, damit er ihn bebaue und bewahre, „hüte“. Zwei Di-

mensionen scheinen hier auf: Bebauen, d.h. der Erde abringen, was wir zum Leben brauchen, aber bitte schonend. Dieser Ökologie-Aspekt wurde bekanntlich jahrhundertlang gar nicht erkannt, so dass das christliche Arbeitsethos für den Raubbau an der Natur mit verantwortlich ist.

Schöpferisch tätig zu sein, macht die Menschen gottebenbildlich. Denn der Schöpfergott ist es, der den Menschen „nach seinem Bild und Gleichnis“ schuf.

Arbeit ist so schön und erfüllend, dass sich Gott selber ein „Stückle“ reserviert und gärtnerisch tätig wird. Man kann ihn sich anders gar nicht vorstellen. Auch er muss doch Spaß an der Arbeit haben! (meint der Schwabe!)

Diese Schönheit der Arbeit wird an vielen Stellen beschrieben, etwa in der Vorstellung der einzelnen Gewerke im Tempelbau, im Geschick und Können der Handwerker und Künstler, Steinschneider und Kunstweber usw. (1 Kö, 2 Chr). Im Loblied auf die tüchtige Frau (Spr 31).

1.2 Arbeit – immer umgriffen von Ruhe

Arbeit ist in der Bibel immer umgriffen von Ruhe. In ihr erst kommt sie zu sich selbst. Das ist der Sinn des Sabbats. Auf ihn läuft das Schöpfungswerk hinaus. Gott selber muss abschalten, durchschnaufen. Leben hat einen anderen Sinn als nur die Arbeit: Ruhe, Regeneration, Rekreation. Ganz entscheidend aber: Die Sabbat-Ruhe ist eine kollektive Ruhe, in der auch alle gleich werden und sich die sozialen Unterschiede aufheben. Der Sabbat birgt in sich revolutionäres Potential!

1.3 Keine Sozialromantik: Arbeitsleid

Der Sündenfall bringt den Fluch zwar nicht über die Arbeit, aber über den Acker: „Im

Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen“. Das Arbeitsergebnis steht in Frage („Dornen und Disteln“). Arbeit bedeutet immer auch Widerständigkeit in der Auseinandersetzung mit der Materie, sie bringt Erschöpfung und ist oft vergeblich.

Das meiste Arbeitsleid aber ist menschlich verursacht: Arbeit wurde stets auch als Instrument der Bedrückung und Unterdrückung mißbraucht.

Fast eine schicksalhafte Tragik, dass das Volk Israel selbst in Fronknechtschaft gerät, sich schinden muss in den Steinbrüchen und Ziegelfabriken der Pharaonen. (Ex 5)

1.4 Befreiung ist Befreiung aus der Lohn-Sklaverei

Die zentrale jüdische Glaubenserfahrung ist der Exodus. Gott hört das Schreien und Klagen seines Volkes und handelt. Die befreiende Botschaft macht also fest an der Befreiung aus Ausbeutung und Unterdrückung durch Arbeit.

1. 5 Pflicht zu Arbeit

Verurteilung der Faulheit („Geh hin zur Ameise, du Fauler ...“ Spr 6,6) Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen (2 Thess). Diese Stelle ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, weil sie in der Zeit der „Naherwartung“ spielt.

1.6 Die Forderung nach „gerechtem Lohn“

Gerechter Lohn ist ein großes Thema: Lohnvorenthaltung schreit zum Himmel. „Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert ...“ (Mindestlohngesetz).

1. 7 Aufwertung niedriger Arbeit

Jesus, des Zimmermanns Sohn.

Paulus: Tuchmacher, Zeltmacher. Lebt von seiner Hände Arbeit, fällt niemand zur Last.

1.8 Gleichnisreden vom Reich Gottes

Die berühmten Gleichnisreden Jesu greifen oft auf die Arbeitserfahrung der damaligen Welt zurück: Sämann. Fischer, Hirten, Bauleute, Kaufmann.

Auch die damals schon gering geachtete Frauenarbeit erfährt eine Aufwertung: Das Gleichnis von der teigknetenden Frau, die Hausarbeit der Martha.

Die Bildvergleiche mit der Arbeit von damals sind geeignet, den „Subjekten“ dieser Arbeit das Reich Gottes zu erschließen.

1.9 Arbeit für alle

Das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg lässt erkennen, dass alle Arbeitsfähigen – unabhängig von ihrer Leistungsbereitschaft oder -fähigkeit – sich besser über ihre Arbeit ein Existenzminimum erwerben, statt über Sozialleistungen und Transfereinkommen.

2 Die menschliche Arbeit in der ethisch-theologischen Reflexion – ein „flotter Dreier“?

Die theologische und ethische Reflexion der Kirche(n) weist – an der Erfahrung der Menschen und der Bibel entlang – der Arbeit drei lebenswichtige Dimensionen zu. Dabei handelt es sich um eine idealtypische Darstellung der menschlichen Arbeit insgesamt. Die reale Erwerbsarbeit im real existierenden Kapitalismus hält keiner dieser Dimensionen genügend stand:

Arbeit schafft ausreichendes Einkommen, „gerechten“ Lohn. Das Entlohnungs-

gefüge ist in den letzten Jahren völlig entartet: Hungerlöhne auf der einen, Managergehälter auf der anderen Seite. Sinkende Real-Einkommen bei gleichzeitig explodierenden Gewinnen. Abgesehen davon, dass viele, gesellschaftlich und ökologische, Tätigkeit, gar ein Einkommen erzielt, wie etwa Familien- und Erziehungsarbeit, Beziehungsarbeit und bürgerschaftliches Engagement.

Die personale Entfaltung durch Erwerbsarbeit ist unter Wettbewerbs- und Verwertungsbedingungen kaum noch gegeben. In der Massengüter-Industrie kehrt man wieder zu kleinsten Fertigungstakten zurück. Arbeit hat kein Gesicht. Erworbenes Fachwissen wird in wenigen Jahren abgeschöpft, eine Weiterentwicklung kaum noch gefördert, Erfahrungswissen verschleudert. Nur in wenigen Berufen verbindet sich mit Erwerbsarbeit auch persönliche Entfaltung.

Die soziale Dimension der Arbeit ist – von Steuern und Sozialabgaben einmal abgesehen, die auf der Arbeit liegen und das Leben der Arbeitsunfähigen ermöglichen – am Ort der Arbeit kaum noch erfahrbar. Für Kommunikation ist infolge Arbeitsverdichtung kaum noch „Luft“. Prekäre Arbeitsformen schaffen in den Betrieben eine Klassengesellschaft, die eine konflikt- und kampffähige Solidarität verhindert.

Schon diese Blitzaufnahme lässt erkennen, dass es den Kirchen entweder nicht gelungen ist oder es gar nicht in ihrer Absicht stand und steht, der Erwerbsarbeit, ausgehend oder in Anlehnung an den biblischen Arbeitsbegriff, ihren Stempel aufzuprägen. Demzufolge kommen auch aus dieser Arbeit heraus kaum Impulse, die der Religion oder der Pastoral ein Gepräge geben könnten.

3 Arbeit – theologisch immer schon schwach belichtet

Die junge Kirche sah sich dem platonischen Dualismus gegenüber, in dem die „niedrige“ Arbeit der Leiblichkeit zugeordnet und daher minderwertig war. Wahre Menschlichkeit entfaltet sich in Muße, Kunst und Politik. Auch bei Augustinus steht noch der „Fluch“ der Arbeit im Vordergrund, sie hat für ihn keine spirituelle Bedeutung, sondern dient eher als Zuchtmittel gegen böse Begierde. Man kann sie im Sinne von Askese tun, immer unter dem Blickwinkel: „Das Himmlische lieben, das Irdische verachten“.

Dem gegenüber kommt es im frühen Mönchtum zu einer Revision und Aufwertung dieses Arbeitsbegriffs insofern, als Arbeit ins Gebet, „Ora et labora“, integriert wird. Ob die beiden Dimensionen tatsächlich als gleichgewichtig zu betrachten waren, sei dahingestellt.

Auf diesem Hintergrund versuchen die mittelalterlichen Zünfte, die menschliche Arbeit als Element in die „Nachfolge Jesu“ miteinzubeziehen. Dadurch, dass die Zünfte aber Identität durch Exklusivität favorisieren, führt dieser Ansatz zu einem „ständischen Denken“, das keine Breitenwirkung erzeugt.

Auch die Scholastik instrumentalisiert die Arbeit wieder im Sinne der Züchtigung der menschlichen Triebe, aber sie diene immerhin der Existenzsicherung und ermögliche das Almosengeben, meint Thomas von Aquin, und gibt damit einen ersten, zaghaften Bezug zur sozialen Dimension der Arbeit zu erkennen.

Martin Luther schließlich setzt Beruf und Messe auf eine Ebene, nämlich Gottesdienst und Nächstenliebe. Aber auch dieser Ansatz bleibt in den Anfängen stecken und wird nicht weiterverfolgt. .

Die Säkularisierung und die anbrechende Neuzeit lassen schließlich „Irdisches“ und „Spirituelles“ noch weiter auseinanderklaffen. Der reinen, „gottlosen“ Rationalität steht eine ebenso reine „weltlose“ Spiritualität gegenüber („Rette deine Seele“). Die „niedrige“ Erwerbsarbeit erscheint allenfalls im Kontext der Sonntagsheiligung, des Eigentumsrechts oder gar im vierten Gebot im Beichtspiegel unter dem Stichwort „Eltern und Vorgesetzte“!

Im anbrechenden Industriezeitalter hat die Kath. Kirche in ihrer Sozialverkündigung die „Arbeiterfrage“ viel zu spät erkannt. Und dann wurde sie überlagert durch die „Soziale Frage“, das Leitthema der „Kath. Soziallehre“. Erst Johannes Paul II. lässt in „Laborem exercens“ theologische Anklänge der Arbeit erkennen, ohne sie jedoch zu diskutieren oder zu vertiefen.

Eine theologische Durchdringung der Arbeit ist also so gut wie nicht gelungen. Allenfalls gab es eine gewisse Affinität der Lebenswelt der Bibel zur bäuerlich-landwirtschaftlichen Arbeitswelt. Hier kam es zumindest im ländlichen Raum bis in die Neuzeit hinein zu einer gegenseitigen Beeinflussung über Bilder, Symbole, Rituale. Aber beiden Kirchen ist in der Frage der Sinndeutung und Durchdringung der Erwerbsarbeit des Industriezeitalters der Anschluss an die agrarisch geprägte Arbeitswelt nicht gelungen.

4 Die Lückenfüller: Mc Kinsey & Co

Warum gelingt es auch heute angesichts der „Beschäftigungskrise“ den Kirchen nicht, diese wichtige Dimension des menschlichen Leben theologisch aufzuladen? Aus meiner subjektiven Erfahrung heraus glaube ich folgende Ursachen zu erkennen:

Die Bilder biblischer Arbeitswelt sind nicht mehr deckungsgleich mit denen der industriellen und post-industriellen Arbeit. Die Bilder und Gleichnisse reden sozusagen nicht mehr von allein. Ihre Transposition ist zwar möglich, aber sie setzt eine detaillierte Kenntnis der modernen Arbeitswelt und ihrer Arbeitsbedingungen voraus, und erfordert darüberhinaus Phantasie.

Das pastorale Versagen in der Annäherung zur industriellen Arbeiterschaft und zur modernen Arbeitswelt führt dazu, dass kein O-Ton aus der Arbeitswelt in den pastoralen Raum vordringt, der dort überhaupt Nachdenklichkeit erzeugen und zur theologischen Interpretation anreizen könnte.

Kennzeichen des kapitalistischen, „liberalen“ Wirtschaftssystems ist die Instrumentalisierung der Arbeit. Auch wenn beide Kirchen dieses System immer mal wieder hinterfragen, auf die personale Bedeutung der Arbeit verweisen und ein „Menschenrecht auf Arbeit“ formulieren, leisten sie zu wenig Widerstand und übernehmen nur halbherzig eine Anwaltschaft für die Betroffenen. Hier spielen politische Rücksichtnahmen eine erhebliche Rolle. Man scheut die „Machtfrage“.

Warum sich die Kirchenleitungen dem Thema Arbeit nicht deutlicher nähern, hat vermutlich vor allem damit zu tun, dass die Kirchen selbst als große Arbeitgeberinnen am Markt in Erscheinung treten und ihre Unschuld längst verloren haben. Denn sie gestehen ihrer Mitarbeiterschaft über ein eigenständiges Dienst- und Arbeitsrecht noch weniger Rechte zu als den Beschäftigten in der freien Wirtschaft oder im Öffentlichen Dienst. In ihren diakonischen Einrichtungen haben sich die Kirchen zum „Markt“ bekannt und verhalten sich markt-konform, in dem z. B. ganze Arbeitsbereiche in Billigta-

rife oder gar tariffreie Zonen ausgegliedert werden.

Auch wenn die Kirche ihre Arbeitsbeziehungen gerne mit der ideologischen Formel „Dienstgemeinschaft“ vernebeln, instrumentalisieren sie die Arbeit und unterscheiden sich letztlich nicht mehr von anderen „Anbietern“. Sie widersprechen damit zwar wichtigen Forderungen ihrer eigenen Sozialethik, aber: Wer selbst im Glashaus sitzt, kann schlecht mit Steinen werfen.

Die Krise der Arbeit ist heute auch eine „Sinnkrise“ der Arbeit. Sie wird zum einen unterbewertet, weil sie nicht einmal mehr ein Existenzminimum garantiert. Sie wird zum andern überbewertet, weil sie für viele das ganze Leben auffrisst und kaum noch Zeit lässt für Beziehung, Familie, Kultur und Politik. In beiden Fällen ist Angst der Lohn. Die Sorge um Arbeit und Einkommen hält unter den „Angstmachern“ in unserer Gesellschaft eine traurige Spitzenposition.

Erwerbsarbeit – ein „Muster ohne Wert“? Ihre Abwertung schreitet in der neo-liberalen Arbeitsmarktpolitik weiter voran. Angeboten werden immer mehr „prekäre“ Arbeitsformen mit immer noch weniger Rechten und damit auch immer noch weniger Würde, als wäre Arbeit eine Ware, ein beliebiger „Faktor“ unter anderen Produktionsfaktoren.

Dieses Sinn-Vakuum füllen Mc Kinsey & Co, die die Arbeit noch mehr unter Verwertungs- und Wettbewerbsdruck setzen. Sie wird als Kostenfaktor in der betriebswirtschaftlichen Rechnung geführt und als solcher bedrückt und ausgebeutet, solange man Arbeit noch braucht. Ziel aber ist es, diese Kosten möglichst ganz zu eliminieren, um damit die Gewinne optimieren. Bekanntlich belohnt die Börse nur noch Kostensenkungsprogramme.

5 Arbeit im babylonischen Exil?

Zu den schmerzlichsten Erfahrungen des israelitischen Volkes zählt das „Babylonische Exil“. Die damalige Großmacht „Babylon“ hatte leichtes Spiel, denn das Volk hatte sein tragendes Fundament ausgehöhlt, die Vision vom „Bund Gottes mit seinem Volk“ verspielt. So wurde es eine leichte Beute, als der Tempel als letztes, tragendes und verbindendes Element zerstört und die Volksstämme aufgespalten wurden. Die Mehrheit des Volkes geriet ins Exil. Doch auch die Zurückgebliebenen, der „heilige Rest“ verlor seine ursprüngliche Identität.

Babylon als die damals ökonomisch und politisch zentrale Großmacht verkörpert „Kapitalismus pur“. Und das erlaubt einen Vergleich zur Situation der Erwerbsarbeit von heute. Im Kapitalismus wird Arbeit ausgebeutet, ausgepresst wie eine Zitrone und danach achtlos weggeworfen, eliminiert, exiliert. Die Erwerbsarbeitslosen führen außerhalb von Verwertungskriterien ein armseliges Leben – materiell und seelisch. Arbeitslose gleichen den Menschen im Exil: Ihre Harfen hängen in den Weiden am Fluss von Babylon. Es ist kein Leben mehr – keine Gemeinschaft mehr mit denen „da drinnen“, von denen man getrennt wurde. Kaum eine Aussicht, nochmals integriert zu werden. Man arrangiert sich langsam in der neuen Umgebung. Ähnlich wie die Arbeitslosen – sie müssen sich im Exil zu rechtfinden, wenn sie nicht daran zugrunde gehen wollen. Ein Leben ohne die ändern, abgespalten von ihnen, weit entfernt und ohne Perspektive.

Doch den Zurückgebliebenen geht's nicht viel besser. Sie sind wieder in Arbeitsklaverei geraten wie schon einmal. Auch sie ohne Tempel, ohne eine tragende Vi-

sion für „Shalom“ – gutes, auskömmliches Leben. Statt dessen ein Leben ohne jede Perspektive. Das Experiment „Israel“ scheint gescheitert. Jahwe hatte sich wohl vertan.

Das ist die Stunde des Propheten Jesaja. Er ist es, der in der Verzweiflung die Hoffnung wach hält. Arbeit im Exil?

Menschen, denen die Erwerbsarbeit aus der Hand geschlagen wurde, fühlen sich wie im Exil. Sie gehören nicht mehr dazu und demonstrieren es durch ihren Rückzug aus ihren Kulturkreisen und ihre Flucht aus der Gesellschaft. Im Unterschied zu den Exulanten in Babylon ist bei Langzeitarbeitslosigkeit auch das Existenzminimum in Gefahr. Die psychische Verfasstheit aber ist auf jeden Fall vergleichbar. Nur wenigen gelingt es, sich in und mit Erwerbsarbeitslosigkeit zu arrangieren. Sie bewegen sich stets am Rande des Leistungsmissbrauchs oder schon mitten drin.

Für den „heiligen Rest“ derer, die ihre Erwerbsarbeit behalten haben, wird diese immer mehr zur Qual, zu „Arbeit ohne Maß“. Arbeitszeitverlängerung (natürlich ohne Lohnausgleich) ist heute die Normalität und bestimmt auch die Tarifverhandlungen. Neue Arbeitszeitmodelle wie die „Vertrauensarbeitszeit“ verzichtet schon auf Arbeitszeiterfassung. Das Leben der (noch) Erwerbstätigen ist gekennzeichnet von einer extremen Angst, die Arbeit zu verlieren oder ihr nicht mehr standhalten zu können. Für Beziehung, Familie, Kultur und Politik bleibt keine Zeit. Das Leben wird eindimensional und muss um die Erwerbsarbeit herum organisiert werden – bis hin zu einer extremen Flexibilität – zeitlich und beruflich – und einer nicht weniger belastenden Mobilität.

Beide Gruppen – Erwerbstätige und Erwerbsarbeitslose – befinden sich im gesell-

schaftlichen Exil. Sie treten politisch, kulturell, kirchlich kaum noch in Erscheinung, weil weder Raum noch Zeit dafür bleibt oder sie ausschließlich mit sich selbst beschäftigt sind.

Im Blick auf die Spaltung in Arbeit und Arbeitslosigkeit müssten die Kirchen die prophetische Rolle des Jesaja übernehmen. Trösten, ermutigen, die Vision aufrechterhalten, die Zeichen der Zeit erkennen. Die beiden „Stämme“ Arbeit und Arbeitslosigkeit müssen wieder zusammengeführt werden. Das wäre die Aufgabe einer „Theologie der Arbeit“.

6 Erzählt die Geschichte nochmal: Exodus – Befreiung aus der Arbeitssklaverei

Die biblische Basis für eine „Theologie der Arbeit“ ist das Exodus-Ereignis, eine der zentralen Glaubenserfahrungen und Gottesbegegnungen Israels. Exempel für Befreiung und Verheißung ist das Ende der Zwangsarbeit und der Einzug in ein „gelobtes Land“, in dem „Milch und Honig fließen“, also die materielle Lebenssicherung über Arbeit garantiert ist und Leben, auch kulturelles Leben im umfassenden Sinne in Aussicht steht.

Auf dem Hintergrund der bedrängenden Erscheinungsbilder von Arbeit und Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft bedarf es einer biblischen „Relecture“ dieser gewaltigen Erfahrung. Sie muss auch Eingang finden in die Glaubenserfahrung der christlichen Gemeinden.

Eine „Theologie der Arbeit“ könnte auf dem Hintergrund der Exodus-Geschichte und der biblischen Bewertung von Arbeit quer durch die biblischen Zeugnisse folgende Zielrichtungen verstärken:

Die Versklavung an Arbeit und Arbeitslosigkeit ist eine Erfahrung von Unheil und entspringt „Strukturen der Sünde“. Sie sind

nicht hinnehmbar. Die „neue“ Versklavung erfasst in unserer Gesellschaft beide Gruppen: die Erwerbslosen und die Erwerbstätigen. Diese Sklaverei, das Ausgeliefertsein an Erwerbslosigkeit und „Arbeit ohne Maß“, muss stets neu überwunden werden. Die Christenheit sollte hier eine neue Sensibilität entwickeln.

Arbeit ist Beteiligung. Sie ist die adäquate Form für Arbeitsfähige, sich in Gesellschaft einzubringen und über ein sozio-kulturelles Einkommen an ihr teilzunehmen. Seine Höhe orientiert sich eher am Bedarf als an fragwürdigen Leistungskriterien. Soweit es sich um abhängige Arbeit handelt, ist sie um ihrer Würde willen mit verbrieften Rechten auszustatten.

Solange es alle Hände voll zu tun gibt, ist Arbeitslosigkeit ein Unrecht. In unserer Gesellschaft gibt es alle Hände voll zu tun: Arbeit im sozialen Ausbau, im ökologischen Umbau, in Bildung und Kultur.

Würde Erwerbsarbeit knapp, müsste auch sie – entgegen betriebswirtschaftlicher Logik – neu und anders verteilt werden.

Arbeit braucht eine Vision, die Aussicht auf das „gelobte Land“. Es scheint auf im „guten“, auskömmlichen Leben für alle. Erwerbsarbeit muss diesem Ziel und darf nicht nur der Steigerung der Renditen dienen.

Die beiden „Stämme“, nämlich Erwerbsarbeitslose und Erwerbstätige, sind wieder zusammenzuführen, das Exil ist zu beenden: Erwerbslose entlasten die Erwerbstätigen. Ein neuer, erweiterter Arbeitsbegriff gewährt Beziehungsarbeit, Erziehungs- und Familienarbeit sowie bürgerschaftliches Engagement, Einkommen und soziale Sicherung.

Arbeit als Beteiligung, Arbeit mit Recht und Würde, Arbeitszufriedenheit lassen

arbeitenden Menschen den Wert des menschlichen Schaffens erkennen, schließen ihn auf auch auf Sinn und damit auf Religion hin.

7 Abschließende Thesen

Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen kann ihre „Tiefendimension“ nicht entfalten. Sie ist extrem abhängig, angstbesetzt, fremdbestimmt. Sie ist auch nur entfernt mit „Reich-Gottes-Erfahrung“ in Verbindung bringen zu wollen, ist kaum möglich.

Eine „Theologie der Arbeit“ im klassischen Sinne läuft daher Gefahr, in Sozialromantik zu verfallen und die „Subjekte“ realer Erwerbsarbeit gar nicht erfassen. Die der Arbeit zugewiesenen Sinn-Dimensionen sind unter „kapitalistischen“ Bedingungen nicht erfahrbar.

Das macht eine „Theologie der Arbeit“, zugespitzt auf eine „Theologie der Erwerbsarbeit“ jedoch nicht unnötig, im Gegenteil! Sie muss ansetzen an der Leidenserfahrung, der Gespalten- und Zerrissenheit der heutigen Erscheinungsformen der Erwerbsarbeit.

Diese Theologie muss die Arbeitserfahrungen der Menschen von heute zugrunde legen. Dazu muss sie sich erst einmal Zugang verschaffen zu den unter diesen Bedingungen arbeitenden Menschen. Dann kann sie deren Erfahrungen in Verbindung bringen mit den befreienden Erfahrungen des jüdischen Volkes in Exodus und in der babylonischen Gefangenschaft.

Eine solche Theologie muss umgesetzt werden in Aktion zur „Befreiung“ der Arbeit. Theologie ist Impulsgeber für Pastoral und „Arbeiterbewegung“, begründet Aktion, motiviert die Aktivistinnen und Aktivisten, stellt notwendige Veränderungsprozesse in einen Sinn-Zusammenhang.

Eine Kirche, die Arbeitenden nahe ist und für deren Rechte kämpft, wird an deren Reichtum teilnehmen dürfen: Erfahrungen aus der Arbeitswelt fließen ein in die Verkündigung. Neue Gleichnisse lassen auch die heutigen arbeitenden Menschen erkennen, dass „Gute Arbeit“ einen (weiten) Zugang zu Reich-Gottes-Erfahrung darstellt. So wie im Weinberggleichnis: „Mit dem Reiche Gottes ist es wie mit einem Weinbergbesitzer ...“

*Paul Schobel
1939 in
Rottweil
geboren,
Studium der
Theologie und
Philosophie
in Tübingen
und Inns-
bruck.
1963 Prie-
sterweihe,
Vikarsjahre in
Böblingen
und Wasseralfingen. Von*



Paul Schobel

1966 bis 1972 Diözesankaplan der CAJ – Christliche Arbeiterjugend. 1973 bis 1993 Industriepfarrer im Raum Böblingen/ Sindelfingen. Seit 1993 Leiter des Fachbereichs „Betriebsseelsorge“ in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

*„Die Erwerbsarbeit unterliegt einem dramatischen Wertezwerg und wird schamlos ihrer Rechte und damit auch ihrer Würde beraubt. Eine Million Vollzeitbeschäftigte erzielen heute nicht einmal mehr das Existenzminimum und müssen sich durch das Arbeitslosengeld II auffüttern lassen. Armut trotz Arbeit – das ist ein Skandal, eine Beleidigung der Menschen!“
Paul Schobel*

Warum eigentlich schweigen die Kirchen zur Debatte um die Erbschaftssteuer?

„Begrenzung von Reichtum dient der Demokratie“

Von Jürgen Klute

Das Bundesverfassungsgericht hat im November 2006 eine Korrektur der Erbschaftssteuer eingefordert. Es hält die Praxis für rechtswidrig, bei der Berechnung der Erbschaftssteuer den Wert von Immobilien nicht vollständig anzurechnen (BVerfG-Beschluss vom 07.11.2006 – 1 BvL 10/02). Bis Ende 2008 muss die Bundesregierung ein verfassungskonformes Erbschafts-Steuergesetz geschaffen haben.

Auch die Kirchen sollten sich mit diesem Thema befassen. Einen theologischen bzw. sozialetischen Anknüpfungspunkt stellen das alttestamentliche Sabbatjahr und das Halljahr dar.

Beim Sabbatjahr und beim Halljahr geht es um eine politische Intervention in Armutsprozesse und zugleich in die Prozesse korrespondierender Reichtums-Konzentration.

Das Sabbatjahr ist ein sozialpolitisches Reformkonzept aus dem alten Testament. Die Regelungen dazu finden sich im 3. Buch Moses, Kapitel 25, Verse 1 ff. und im 5. Buch Moses, Kapitel 15, Verse 1 ff. Ziel dieses alttestamentlichen Reform-Konzepts ist es, Menschen, die in eine Überschuldungssituation geraten sind, nicht auf immer in Armut und Schuldknechtschaft zu belassen, sondern in regelmäßigen Zeitabständen allen Verschuldeten einen Neuanfang zu gewähren. „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein“. Mit dieser

Aufforderung an die Israeliten wird im 5. Buch Mose, Kapitel 15, Vers 4 das Ziel dieser Sozialreform beschrieben. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht das Sabbatjahr alle sieben Jahre einen Schuldenerlass vor. Schulden, die bis zum nächsten Sabbatjahr nicht abgezahlt werden konnten, waren dem Schuldner zu erlassen. Dieser Schuldenerlass stoppt Verarmungsprozesse und – da in alttestamentlicher Zeit Verschuldung bis zu einer Schuldknechtschaft führen konnte – auch Verknechtungs-Prozesse. Zugleich wurde mit dem Schuldenerlass eine überbordende Reichtums-Konzentration gestoppt, die gewöhnlich einer Armutsentwicklung korrespondiert. Diese Regelung zielt darauf, die Verfestigung einer Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche, in Beherrschte und Herrschende zu unterbinden und dort, wo eine Spaltung entsteht bzw. voranschreitet, diese wieder zurückzufahren.

Die Idee des alttestamentlichen Halljahres geht noch einen Schritt weiter. Es ist aufgezeichnet im 3. Buch Moses, Kapitel 25, Verse 8 ff. Es zielt auf eine Wiederherstellung ursprünglicher Besitzverhältnisse und Familien-Zusammenhänge: „Und ihr sollt das fünfzigste Jahr heiligen und sollt eine Freilassung ausrufen im Lande für alle, die darin wohnen“. (3. Moses 25, 10) Das Halljahr ist ein alttestamentliches sozial-politisches Reformkonzept aus der Zeit kurz nach dem Ende des babylonischen Exils. Mit diesem Reformkonzept, dass auf das Sabbatjahr aufsetzt, sollte seinerzeit die

fortschreitende Verarmung insbesondere der kleinbäuerlichen Unterschicht in Israel unterbunden werden. Auch hier entsprach der Verarmung der Unterschicht eine Reichtumskonzentration in der Oberschicht.

Beide alttestamentliche Regelungen gehen davon aus, dass soziale Verwerfungen infolge von sich bedingenden Reichtumskonzentrationen und Verarmungsprozessen in einer Gesellschaft nicht prinzipiell unterbunden werden können. Sie akzeptieren diesen Prozess aber nicht als unveränderbares Schicksal, sondern sehen darin eine theologisch bzw. sozialetische bzw. eine politische Herausforderung, nach kreativen und intelligenten Interventions-Regulativen zu suchen, um diese Prozesse kontinuierlich zugunsten der von Verarmung Bedrohten und Betroffenen zu korrigieren. Sabbatjahr und Halljahr sind solche sozialpolitischen Interventions-Regulative.

Das Stoppen und die Umkehrung von Verarmungs-Prozessen sowie die Begrenzung und auch Umkehrung von Prozessen der Reichtums-Konzentration zielt auf das Wiederherstellen von politischen Macht-Balancen innerhalb einer Gesellschaft. Das war das Interesse der skizzierten alttestamentlichen Regelungen. Dieses Thema ist heute ebenso aktuell wie zur Entstehungszeit dieser Regelungen. Aus heutiger demokratie-theoretischer Perspektive ist die Bekämpfung von Verarmung und die Begrenzung von Reichtum ein wichtiges Element für das Funktionieren einer Demokratie. Denn Armut und Reichtum stellen nicht nur individuelle Betroffenen dar. Mit der Verteilung von Armut und Reichtum ist politische Macht und deren gesellschaftliche Verteilung unmittelbar verbunden.

Auch Erben bedeutet eine Anhäufung von Kapital, von Reichtum. Kapital und Reich-

tum, für das die Erben selbst nicht einmal gearbeitet haben. Zu welchen sozialen Verwerfungen Reichtums-Konzentrationen führen, ist derzeit auch in Deutschland zu beobachten. Reichtums-Konzentrationen führen zu sozialen Verwerfungen, weil sie – wie schon zu alttestamentlichen Zeiten – zwangsläufig mit einer Zunahme und Verschärfung von Armut verbunden sind.

Dabei geht es mitnichten nur darum, dass die reichen Teile der Gesellschaft den individuellen Konsum ins Unermessliche steigern. Der gesellschaftliche bzw. politische Skandal des Reichtums liegt darin, dass die reichen Teile der Gesellschaft über die Ressourcen verfügen, an denen es dem armen Teil der Gesellschaft mangelt. Das Skandalöse am Reichtum sind die aus ihm resultierenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die konkret eben ein Macht-Ungleichgewicht zuungunsten der Armen bedeuten, dass um so dramatischer wird, um so größer die Kluft zwischen arm und reich wird.

Zugespitzt formuliert, erlaubt der Reichtum der Reichen und der damit verbundene Mangel der Armen dem Reichen, ökonomische und damit untrennbar verbunden auch politische Macht auszuüben über die Armen. Die Folgen der Agenda 2010 und die so genannten Hartz-Reformen führen diese Mechanik der Macht unübersehbar vor Augen. So sind Arbeitnehmer in hohem Maße bereit, Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen zu akzeptieren und auf Rechte, die ihnen formal zustehen, zu verzichten, wenn sie damit die Hoffnung verbinden können, den realen Lebens-Bedingungen unter Hartz IV so entgegen zu können. Arbeitslose sind oft zu noch größeren Verzichten bereit, wenn ihnen so ein Ausweg aus den entwürdigenden Bedingungen von Hartz IV möglich erscheint. Das

ein solches aus der Spannung von Armut und Reichtum entstehendes Machtungleichgewicht im Widerspruch zu den Menschenrechten steht und sich nicht mit einer demokratischen Gesellschaftsordnung verträgt, muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Es ist jedoch das Grundprinzip einer neoliberalen Gesellschaftskonzeption. In der Spannung, die aus der Spaltung einer Gesellschaft in arm und reich entsteht, sieht Friedrich August von Hayek, einer der prominentesten Theoretiker des Neoliberalismus, die zentrale Triebkraft technischen Fortschritts.

Über das Erbschaftsrecht in einer Gesellschaft wird entweder eine Reichtums-Konzentration gefördert oder aber es nutzt die Situation des Erbens, um einer Reichtums-konzentration entgegenzuwirken, mit dem Ziel, gesellschaftliche Verwerfungen, die sich im Laufe der Zeit entwickeln, zu korrigieren bzw. ihr Entstehen möglichst zu verhindern. Die erste Variante eines Erb-rechts entspräche einem neoliberalen Ge-sellschaftskonzept, die zweite zielt auf so-ziale Gerechtigkeit.

Die Besteuerung von Erbschaften kann ein modernes Interventionsregulativ sein, um in die heutigen Reichtums-Konzentrationen und Verarmungs-Prozesse politisch korrigierend einzugreifen, um zu einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu kommen.

Es setzt nicht bei Verschuldungs-Verhältnissen an, also bei einem laufenden direkten Umverteilungs-Prozess. Das Erb-schaftsrecht setzt bei der Übergabe eines Vermögens von einer Generation auf die nachfolgende an. Darin unterscheidet sich das Regulativ der Erbschaftsbesteuerung vom Regulativ des Sabbatjahrs und des Halljahrs. Gemeinsam aber ist beiden Re-gulativen die Korrektur der korrelierenden Konzentrations-Prozesse von Armut und Reichtum.

Das Ziel einer hohen Besteuerung von Erbschaften liegt darin, privat angeeignetes Vermögen, das bis zum Lebensende nicht aufgebraucht worden ist, zu einem hohen Anteil in eine gesellschaftliche Verfügung zurückzuholen. Das ist keine Enteignung dessen, der ein Vermögen zusammenge-tragen hat. Eine solche Rückholung priva-ten Vermögens in gesellschaftliche Verfü-gung lässt sich sozialetisch durchaus begründen.

Die EKD Denkschrift *“Soziale Sicherung im Industriezeitalter“* von 1973 argumen-tiert, dass große Lebensrisiken gesellschaft-lich abgesichert werden müssen. Zu den großen Lebensrisiken rechnet die Denk-schrift Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter und Bildung (ohne die kein Zugang zu Ar-beit und Einkommen möglich ist). Begrün-det wird die Notwendigkeit einer gesell-schaftlichen Verantwortung für die Organisation der materiellen Absicherung dieser Lebensrisiken mit der hochgradigen Arbeitsteilung in den Industriegesell-schaften. Denn diese Lebensrisiken, so die Denk-schrift, leiten sich unmittelbar aus der ge-sellschaftlichen Arbeitsteilung ab.

Dieser Gedankengang der EKD -Denk-schrift lässt sich ausweiten auf die Entste-hung von Reichtum. Individueller bzw. pri-vater Reichtum verdankt sich nicht ausschließ-lich sich selbst. Sondern auch Reichtum hat die gesellschaftliche Arbeits-teilung zur Voraussetzung, ist also immer Ergebnis gesellschaftlichen Handelns. Nie-mand ist in der Lage, ohne Einbindung in die gesellschaftliche Organisation von Ar-beit Reichtum zu erlangen. Innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung werden die unterschiedlichen Arbeiten sehr un-terschiedlich bewertet und entlohnt. Die ge-sellschaftliche Arbeitsteilung hält nicht für jeden eine hoch bewertete und hoch ent-lohnte Arbeit vor. Deshalb ist es nicht allein

eine Frage individueller Fähigkeiten, ob jemand Zugang zu einer hoch bewerteten und entlohnten Arbeit bekommt oder nicht. Da aber die weniger hoch bewertete und entlohnte Arbeit für das Funktionieren des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses ebenso erforderlich ist wie die hoch bewertete und entlohnte Arbeit, steht auch denen, die einer weniger goutierten Arbeit nachgehen, ein auskömmlicher Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu. Dazu ist eine entsprechende gesellschaftliche Umverteilung erforderlich. Und weil individueller Reichtum immer die gesellschaftliche Arbeitsteilung zur Voraussetzung hat, ist die Rückholung eines überwiegenden Teils des zum Lebensende nicht verbrauchten Reichtums aus der privaten in die gesellschaftliche Verfügung gerechtfertigt. Dazu braucht es entsprechende Regulative. Ein Regulativ ist eine hohe Erbschaftsteuer. Ein solches Regulativ liegt im Interesse des Sozialwortes der Kirchen von 1997, das eine Überwindung der Armut aus dem gesellschaftlichen Reichtum einfordert. Deshalb ist es richtig und sinnvoll, eine hohe Besteuerung von Erbschaften bei der Neuregelung des Gesetzes zur Erbschaftsteuer zu fordern. Um niedrige Vermögen in breiter Hand zu erhalten, ist gleichzeitig ein dem entsprechender Freibetrag vorzusehen.

Jürgen Klute, geboren 1953 in Bünde/Westf., evangelischer Pfarrer, Sozialethiker und Publizist.

Nach Kriegsdienstverweigerung und Ableistung des Zivildienstes Studium der evangelischen Theologie in Bielefeld und Marburg. Von 1982 bis 1986 freie Mitarbeit am Pädagogisch-Theologischen-Institut der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck in Marburg/ Lahn, von 1984 bis 1986 Pfarrer im Schuldienst an der Beruf-

schule in Bad Berleburg, von 1986 bis 1989 Mitarbeit im Projekt „Industrielle Arbeitswelt und Kirche“ des Kirchenkreises Gladbeck-Bottrop-Dorsten, von 1989 bis 2006 Sozial-



Jürgen Klute

pfarrer und Leiter des Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne, seit 2007 Pfarrer im Kirchenkreis Bochum als Referent an der Evangelischen Stadtakademie Bochum. Mitherausgeber der Zeitschrift AMOS. Von Frühjahr 2001 bis Frühjahr 2006 Mitglied der Executive der European Contact Group on Urban Industrial and Rural Mission (ECG). Seit 2005 Mitglied der WASG und der Linkspartei. Seit 2006 beratendes Mitglied im Kultur- und Sportausschuss des Regionalverbandes Ruhr (RVR) und Mitglied des Bundesvorstandes der WASG. Seit dem 16. Juni 2007 Mitglied des Parteivorstandes der aus der WASG und der Linkspartei PDS hervorgegangenen neuen Partei DIE LINKE. Arbeitsschwerpunkte: Zukunft der Arbeit, Arbeitnehmermitbestimmung/Wirtschaftsdemokratie, Privatisierung/Rekommunalisierung, Kirche und Dritter Sektor. Mehrere Publikationen zu den thematischen Arbeitsschwerpunkten.

„Gerade weil eine branchenspezifische Lösung nur bedingt durchsetzbar ist und einige Branchen Löhne deutlich unter der Armutsgrenze zahlen, ist ein gesetzlicher Mindestlohn geboten.“

Jürgen Klute

Überbewertung der Bildung*

Fallstricke im Kampf gegen (Kinder-)Armut

Von Christoph Butterwegge

Neben den Forderungen nach einem (gesetzlichen) Mindestlohn, der Hunger-Löhne verhindern soll, und Steuer-Erleichterungen, die vielleicht den Mittelstand, aber nicht die Armen entlasten würden, steht die Forderung nach mehr Bildungsanstrengungen der Betroffenen wie des Staates im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion über Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Im dritten Armuts- und Reichtums-Bericht der Bundesregierung, dessen Entwurf die soziale Lage vieler Millionen Menschen auf manipulative Weise beschönigt, wird eine Verbesserung der „Teilhabe- und Verwirklichungschancen“ gefordert und Bildung als „Schlüssel für Teilhabe und Integration“ bezeichnet.

Niemand bezweifelt, dass Armut mehr ist, als wenig Geld zu haben, und mit vielfältigen Benachteiligungen, Beeinträchtigungen und Belastungen, etwa im Gesundheits-, Wohn-, (Aus) Bildungs-, Kultur- oder Freizeitbereich, verbunden ist. Dieser Umstand hat es materiell besser gestellten Schichten immer schon erleichtert, die Armen nach dem Motto „Geld macht ohnehin nicht glücklich!“ statt zu trösten regelrecht zu verhöhnen, verleitet darüber hinaus jedoch heute noch manche Kommentatoren dazu, Armut auf die „Bildungsferne“ oder Sozialisations- bzw. Kulturdefizite der Betroffenen zurückzuführen. Man spricht von „Bildungsarmut“ und tut so, als könne eine gute Schulbildung oder Berufs-Ausbildung verhindern, dass Jugendliche ohne Arbeitsplatz bleiben. Tatsächlich verhindern Bil-

dingsdefizite vielfach, dass junge Menschen auf einem flexibilisierten und überforderten Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Auch führt die Armut von Familien häufig dazu, dass deren Kinder keine weiterführende Schule besuchen oder sie ohne Abschlusszeugnis wieder verlassen.

Armut in der Herkunftsfamilie zieht bereits in der Grundschule häufig Bildungsdefizite der davon betroffenen Kinder nach sich. Der umgekehrte Effekt ist sehr viel weniger signifikant: Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbschancen, wirkt sich aber weniger nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt.

Viel entscheidender als Umverteilung von Geld sei, dass Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu den Bildungsinstitutionen und zum Arbeitsmarkt erhalten, heißt es immer häufiger. Zu fragen wäre freilich, weshalb ausgerechnet zu einer Zeit, wo das Geld fast in sämtlichen Lebensbereichen wichtiger als früher, aber auch ungleicher denn je verteilt ist, seine Bedeutung für die Teilhabe der Bürger/innen am gesellschaftlichen Leben gesunken sein soll. Mehr soziale Gleichheit bzw. Verteilungsgerechtigkeit bildet geradezu die Basis für Partizipations-Chancen benachteiligter Gesellschaftsschichten. Dies gilt für die (Aus-)Bildung genauso wie für den Arbeitsmarkt. Ohne ausreichende materielle Mittel steht die Chance, z.B. an Weiterbildungskursen teilzunehmen und ihre persönlichen Arbeitsmarktchancen zu verbessern, etwa für Erwerbslose nur auf dem Papier. Es ist purer Zynismus, den Armen „Bildet euch!“

zu predigen, im Regelsatz für HartzIV EmpfängerInnen dafür jedoch keinen Cent vorzusehen. Kinder unter 14 Jahren erhalten 1,56 Euro im Monat für Schulmaterialien, die sehr viel teurer sind, und 2,71 Euro pro Tag für Nahrung. Wer seinen Bildungshunger stillen will, muss freilich zunächst einmal satt zu essen haben.

Wird die Bildung zum Fetisch erhoben, kann sie ihre segensreiche Wirkung nicht entfalten. Bildung darf nicht auf (berufliche) Qualifizierung reduziert und zum Ersatz für eine gerechtere Verteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums gemacht werden. So wichtig mehr Bildungs- bzw. Kulturangebote für Kinder aus „Problemfamilien“ sind, so wenig können sie das Armutsproblem lösen. Zwar werden die Armen häufig dumm (gemacht), die Klugen aber deshalb nicht automatisch reich. Zu den Menschen, die mit ihrer Hände Arbeit so wenig verdienen, dass sie sich und ihre Familie kaum ernähren können, gehören keineswegs nur schlecht ausgebildete. Längst verdrängen höher Qualifizierte schlechter Qualifizierte aus vielen Jobs, und zwar selbst im Niedriglohnsektor.

Eine fehlende, schlechte oder falsche (Schul-)Bildung kann die Armut potenzieren und im Lebensverlauf zementieren. Sie ist jedoch nur deren Auslöser, nicht etwa die Ursache materieller Not. Bildung ist deshalb auch ein nur begrenzt taugliches Mittel gegen die (Kinder-)Armut, weil sie zwar durch soziale Diskriminierung entstandene Partizipationsdefizite junger Menschen mildern, allerdings nicht verhindern kann, dass materielle Ungleichgewichte auf deren Arbeits- und Lebensbedingungen durchschlagen. Bildungs-, Erziehungs- und Kultur-Einrichtungen sind für eine gedeihliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial

benachteiligter Kinder unentbehrlich, weshalb sie nicht – dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend – privatisiert, sondern weiterhin öffentlich finanziert und ausgebaut werden sollten. Bildung ist jedoch keine Wunderwaffe im Kampf gegen die Kinderarmut, zumal sie immer mehr zur Ware wird. Studiengebühren, hohe Fahrtkosten und Schul- oder Büchergeld schrecken gerade die Kinder aus sozial benachteiligten Familien vom Besuch einer weiterführenden bzw. Hochschule ab.

„Aufstieg durch Bildung“ lautet das Motto einer „Nationalen Qualifizierungsinitiative“ der Bundesregierung, welche den Fachkräfte-Bedarf der Wirtschaft decken helfen soll. Zwar kann ein Individuum durch die Beteiligung an (Aus-)Bildungsprozessen einer prekären Lebenslage entkommen, eine gesamtgesellschaftliche Lösung bieten sie allein freilich nicht. Eine bessere (Aus-)Bildung erhöht die Konkurrenz-Fähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeits-Markt, ohne jedoch Erwerbslosigkeit und (Kinder-)Armut als gesellschaftliche Phänomene zu beseitigen. Was unter günstigen Umständen ohne Zweifel zum individuellen beruflichen Aufstieg taugt, versagt als gesellschaftliches Patent-Rezept. Denn wenn alle Jugendlichen in Deutschland – was durchaus wünschenswert wäre – mehr Bildungsmöglichkeiten bekämen, würden sie um die wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze womöglich nur auf einem höheren Niveau, aber nicht mit besseren Chancen konkurrieren. Dann gäbe es wieder mehr Taxifahrer mit Abitur oder einem Hochschulabschluss, aber nicht weniger Arme!

**Während des Verfahrens der Drucklegung ist von C. Butterwegge zu diesem Thema der Beitrag erschienen: „Bildung schützt vor Armut nicht“, Frankfurter Rundschau, 13.6.2008.*

Christoph Butterwegge
geb. am 26.
Januar 1951 in
Albersloh (Krs.
Münster/
Westfalen),
studierte von
1970 bis 1975
Sozialwissen-
schaft, Philoso-
phie, Jura und
Psychologie in
Bochum.



Christoph Butterwegge

1980 promovierte er mit der Dissertation „SPD und Staat heute“ an der Universität Bremen. Ab dem Sommersemester 1981 übernahm er Lehraufträge für Soziologie, Sozial- bzw. Politikwissenschaft an Universitäten und Fachhochschulen in Bremen, Duisburg, Fulda, Hamburg, Magdeburg und Münster. Von 1987 bis 1989 war er als wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften der Universität Bremen beschäftigt. 1990 habilitierte er sich an der Universität Bremen mit einer Untersuchung zur Theorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie („Austromarxismus“) für das Fach Politikwissenschaft. Vom 1. Februar 1991 bis zum 31. Juli 1994 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bremischen Stiftung für Rüstungs-Konversion und Friedensforschung tätig. C. Butterwegge, vertrat von 1994 bis 1997 an der Fachhochschule Potsdam eine Professur für Sozialpolitik, bevor er als Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft an die Universität zu Köln berufen wurde. Dort lehrt er seit dem 1. Januar 1998 und ist gleichzei-

tig Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt). Er gehört den Wissenschaftlichen Beiräten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und von Attac Deutschland an, ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) und in den Beiräten der Zeitschriften „SozialExtra“ sowie „Wissenschaft und Frieden“.

Letzte Bücher:

Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. Aufl., Wiesbaden 2006

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung*, 2. Aufl. Wiesbaden 2006

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations-, und Minderheitenpolitik*, 3. Aufl. Wiesbaden 2006

Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, 2. Aufl. Wiesbaden 2008**

Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden 2008

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills 2008

Christoph Butterwegge/Michael Klundt/Matthias Belke-Zeng, *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden 2008, ist eben in zweiter erweiterter Auflage erschienen

**rezensiert in CuS 1/2008, S. 65–66

„Er ist von Sinnen“ (Mk. 3,20ff.)

Solidarität mit „Psychisch Kranken“

Von Gerhard Borné

1 Vor einiger Zeit lasen wir in der Zeitung von einem Prozess gegen einen Menschen in Afghanistan. Ihm drohte die Todesstrafe, weil er in der Zeit, als er noch in Deutschland arbeitete, zum Christentum übergetreten war. Seine Familie hatte ihn nach seiner Rückkehr nach Hause angezeigt!

Wir trauen wohl kaum unseren Augen, so etwas zu lesen. Was für eine Familie!

Was für eine Intoleranz! Was für eine Intoleranz auch in der Scharia, dem islamischen Recht!

Zum Glück setzten sich jetzt viele Prominente für ihn bei der Regierung in Kabul ein – Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bischof Wolfgang Huber, der Papst, Präsident Bush... Das hatte Erfolg. Abdul Rahman bekam Asyl in Italien.

Überlegt wurde auch, diesen Mann durch Psychiater in seinem Heimatland für psychisch krank erklären zu lassen. Dann wäre er unzurechnungsfähig gewesen, und man hätte ihn nicht verurteilt.

Aber auch das klingt für uns abwegig: Weil jemand sagt: „Ich bin Christ. Ich glaube an Jesus Christus“, soll er krank sein? Das geht gegen unsere geistig/geistlichen Grundlagen.

2. Aber nun haben wir etwas über Jesus und seine Familie gehört, das uns wahrscheinlich kaum bekannt ist, ja uns vielleicht ebenfalls irritiert: Jesus ist gerade dabei, in einem Haus – vermutlich in Kapernaum – vor vielen Menschen zu sprechen und vielleicht sogar zu heilen, da kommen „die Seinen“, Mitglieder seiner

Familie, und wollen ihn „festhalten“ und sagen: „Er ist von Sinnen“ (Mk. 3, 21). Er ist verrückt, heißt das doch. Etwas später heißt es abgemildert: sie „schickten zu ihm und ließen ihn rufen“. Sie „fragen nach dir“ (Mk. 3,31).

Was tut Jesus? Er folgt nicht seinen Blutsverwandten, sondern er blickt umher im Kreise und sagt: „Siehe, das ist meine Mutter und das sind meine Brüder! Denn wer Gottes Willen tut, der ist mein Bruder und meine Schwester und meine Mutter“ (Mk. 3, 35).

Auch diese Antwort ist schwierig für uns. Sich derart einseitig von der Blutsverwandtschaft weg auf die Seite der Geistesverwandtschaft zu schlagen, das tun wir meistens nicht.

Auch Jesus wird von seiner Familie bloßgestellt und abgelehnt, ja für verrückt erklärt! Das passt überhaupt nicht z.B. in das Bild der frommen Maria, der „Mutter Gottes“! Aber gerade weil diese Begebenheit in Kapernaum sich so sehr gegen das spätere kirchliche Dogma sperrt, wird sie wohl historisch sein.

3. Was war dieser Begebenheit vorangegangen? Da waren die ersten Heilungen, die Jesus durch Hand-Auflegen und Sündenvergebung durchführte. Da war sogar eine Geisteraustreibung, ein Exorzismus, den Jesus mit Erfolg vornahm.

Noch etwas anderes war voraus gegangen: Jesus hatte sich von Johannes, dem Täufer, am Jordan taufen lassen. Jesus war wohl ungefähr 30 Jahre alt. Viele ließen sich damals taufen. D.h. sie tauchten in das Flusswasser und fühlten sich beim Auftauchen von Sünden befreit. Bei Jesus war

noch etwas anderes passiert. Er muss durch diese Art Wiedergeburt seine besondere Bestimmung gespürt haben. „Als er aus dem Wasser stieg, sah er, dass sich der Himmel auftat und der Geist wie eine Taube herabkam auf ihn. „Und da geschah eine Stimme vom Himmel: Du bist mein lieber Sohn, an dir habe ich Wohlgefallen“ (Mk. 1,11).

Jesus sieht also etwas, was vermutlich andere nicht sehen, und er hört eine Stimme, die andere nicht hören! Soll man das wörtlich nehmen? Wir nehmen das meist eher symbolisch oder schreiben solche Ereignisse dem Evangelisten zu. Vielleicht hat Jesus hier tatsächlich etwas gesehen und gehört, was andere nicht sehen und hören?

Wir würden normalerweise heute dies einer Psychose, einer Schizophrenie zuschreiben! Es kann ja sein, dass Jesus in einer Zeit des Aufbruchs aus dem Elternhaus in Nazareth und einer Zeit der allgemeinen Unruhen im damaligen von den Römern besetzten Palästina in eine Art spirituelle Krise hineingerät!

Er hört Stimmen und sieht Dinge, die andere nicht sehen.

Und was geschieht danach? Unmittelbar nachdem er diesen Satz vom Himmel her hört: „Du bist mein geliebter Sohn, an dir habe ich Wohlgefallen“, heißt es: „Und alsbald trieb ihn der Geist in die Wüste“

{Mk. 1,12}. Er konnte also nicht in sein normales Leben zurück. Vielleicht waren diese Stimme und seine innere Vision derart überwältigend, dass er im Alltag nicht mehr Tritt fassen konnte.

Er brauchte lange, um mit diesem Erlebnis klarzukommen: ..“Er war in der Wüste vierzig Tage und wurde versucht von dem Satan und war bei den wilden Tieren, und die Engel dienten ihm“ (Mk. 1,12f.).

(Die Zahl vierzig erinnert natürlich an die 40 Jahre Wanderung Israels durch die Wüste. Aber könnte dahinter bei Jesus nicht tatsächlich wochenlanges Ringen in der Einsamkeit stehen?).

Ich kenne Menschen mit einer Psychose, die sich monatelang zurückziehen – im Dialog mit ihren inneren Stimmen und Gesichtern. Wenn man sie etwas fragt, sagen sie: „Stör’ mich bitte nicht. Ich habe soviel zu tun!“

4. Es wird von Meditations – Erfahrungen ähnliches berichtet. Wenn Menschen sich zurückziehen, kann es geschehen, dass sie von vielen negativen Kräften bedrängt werden, dass sie in die „Dunkle Nacht der Seele“ (Johannes vom Kreuz) hineingeraten, dass sie mit dem konfrontiert werden, was sie bei sich selbst lieber verdrängen, dass sie mit ihrem „Schatten“ sich auseinandersetzen müssen.

Jesus wurde vom „Teufel“, wie es vor allem im Matthäus-Evangelium ausführlicher heißt, versucht. Dieser wollte, dass er seine menschlichen Grenzen nicht akzeptiert. Da war die Versuchung zum Zaubern („aus Steinen Brot machen) oder zur Überwindung der Schwerkraft („stürze dich von den Zinnen des Tempels hinab“) oder zur Allmacht („ich gebe dir alle Reiche der Welt“). Die Versuchung, sich „von den Zinnen des Tempels herunterzustürzen“ könnte auch auf „Suizidalität“ Jesu in dieser Phase hinweisen — auch das eine Parallele zu „psychotischen“ Erlebnissen?

5. Jesus hat diesen dämonischen Stimmen widerstanden. Er kehrte in seine Heimat zurück, nach Nazareth, nach Kapernaum, an den See Genezareth – und fing an, mit neuem Selbstbewusstsein aufzutreten, zu predigen, zu heilen, scharte neue Freunde um sich. Aus Fischern wurden Menschen-Fischer. Und er holte jemanden wie den Zollbeamten Levi, der für die rö-

mische Besatzungsmacht arbeitete, weg von seinem ungeliebten Beruf des Steuer-Eintreibers.

Jesus ging aus dieser spirituellen Krise gestärkt hervor. Er fand nicht zurück zu einem Leben als Zimmermannssohn. Er lebte fortan für die Befreiung und Heilung von Anderen.

Andere aber, angefangen mit seiner Familie, hielten ihn weiter für verrückt. Wir wissen, dass dieses Engagement für ihn tödlich endete.

6. Ich kenne einen Menschen, der ebenfalls Stimmen hört. Manchmal besuche ich diesen Mann in der geschlossenen psychiatrischen Abteilung einer Klinik. Wir kennen uns aus der Zeit an der Berliner Freien Universität bei Prof. Helmut Gollwitzer. Der Mann hat zu Ende studiert, hat in seinem Beruf einige Jahre gearbeitet! Er hatte eine Frau (inzwischen geschieden) und hat einen erwachsenen Sohn.

Als ich ihn zum ersten Male in dieser Klinik sah, sagte ich: „Warum sind SIE denn hier?“ Er daraufhin: „Weil ich eine Stimme hörte.“ „Welche?“ fragte ich: Er: „Du bist mein geliebter Sohn, an dir habe ich Wohlgefallen.“ „Wie Jesus!“ sagte ich spontan. Ja, das wusste er, weil auch er etwas Theologie studiert hatte. „Ich bin ja auch Jesus“, sagte er. Er erzählte mir weiter, dass er eine Engel-Erscheinung gehabt habe. „Wie?“ fragte ich. Er: „Der Engel hat mich in meiner Wohnung niedergerungen. Aber es war kein böser Engel.“ Dieses Mal brachte er selbst die biblische Parallele: Jakobs Kampf mit dem Engel (Genesis 32).

Es ist für mich sehr merkwürdig, mit diesem ehemaligen Studenten zu reden. So wie ich ihn in der Klinik erlebe, erscheint er als völlig normal. Er interessierte sich sogar für eine bestimmte theologische Habilitationsschrift aus dieser Zeit – die von Friedrich-Wilhelm Marquardt über „Theologie und

Sozialismus. Das Beispiel Karl Barth“. Da ich sie habe, brachte ich sie ihm mit. Es ist eine geistig sehr anspruchsvolle Arbeit. Ich kann mir vorstellen, dass dieser Mensch mit einer Psychose sie liest und auf seine Weise versteht. So dicht können „Normales“ und „Verrücktes“ beieinander liegen! So „relativ“ kann es sein, was wir als „normal“ oder als „verrückt“ ansehen.

7. Es gibt zum Glück Möglichkeiten, zwischen beidem zu unterscheiden. Wenn jemand mit seinen Stimmen und inneren Bildern so leben kann, dass er/ sie im Alltag trotz allem zurecht kommt und schließlich wieder mit seiner Umwelt auf kreative Weise kommunizieren kann, dann ist so jemand auf seine Weise geistig gesund und vielleicht sogar gesünder als die so genannten Normalen oder Angepassten.

Der Mann dagegen in der Klinik mit der Stimme wie bei Jesu Taufe und der Engel – Erfahrung wie Jakob hatte die größten Probleme mit seinem Alltag. Vor der letzten Einweisung schrie er nur und ängstigte seine Mitbewohner beim „Betreuten Wohnen“ und wurde deshalb zum wiederholten Male in die nächste geschlossene psychiatrische Abteilung gebracht.

8. In unserem heutigen Lesungstext ist von noch etwas anderem Befremdlichen die Rede: Jesus treibt böse Geister aus! Er ist ein Exorzist – mit Erfolg. Aber genau das werfen ihm die Schriftgelehrten vor: Er sei im Bunde mit dem Teufel (Mt. 12,22ff.) Wir kennen den Spruch: „Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben“.

Jesus weist das zurück. Er weiß sich mit einer ganz anderen guten Macht verbunden.

Trotzdem ahnen wir hier einen Konflikt um etwas Unheimliches. Böse Geister, Bessensein davon, gibt es das wirklich?

9. Ich habe den Film „Requiem“ gesehen. Er schildert einen solchen Fall. Er be-

ruht auf Tatsachen. Eine junge Frau aus Klingenberg am Main starb 1976 bei einem Exorzismus. Sie hatte nicht nur epileptische Anfälle. Sie sah und hörte dämonische Stimmen, z. T. begleitet von unerklärlichen Spukphänomenen. (Der Film berichtet nicht darüber. Aber das wird genauer beschrieben in: Harald Wiesendanger, *Das Große Buch vom Geistigen Heilen – Möglichkeiten, Grenzen, Gefahren, Scherz* 1994, S. 147-163).

10. Niemand konnte dieser Studentin der Sozialpädagogik in Tübingen und in ihrem Heimatort Klingenberg helfen. Sie fühlte sich in ihrem Leiden zum Schluss sogar von Gott als besonders auserwählt, geprüft ähnlich wie HIOB!

Mich hat der Film auch deshalb sehr berührt, weil ich nur ca. 15 km davon entfernt meine Jugend im Odenwald und in der Nähe des Mains verbracht habe – und weil ich mich frage, wie ich denn, als ich später Assistent an der Berliner Freien Universität war, reagiert hätte, wenn eine Studentin mit diesen Beschwerden bei mir aufgetaucht wäre. Vielleicht wäre ich ebenso hilflos gewesen wie ihre Umgebung.

11. Ich komme zum Schluss. Ich habe versucht, Ihnen und mir selbst zu sagen, dass „psychotische“ Erlebnisse viel häufiger sind, als wir normalerweise denken. Und: Es kann (fast) jeden treffen! Wir finden Menschen davon betroffen, bei denen wir das nie vermutet hätten.

Und es ist nicht immer gleich eindeutig, wer jeweils geistig gesund und wer geistig krank ist. Ein Mensch kann bei diesem Zustand eine spirituelle Krise durchmachen, aus der er/sie auf ganz neue Weise gesund „zurück“ kommt.

Es ist in jedem Falle wichtig, dass wir diese Menschen nicht allein lassen. Wenn Sie irgendjemanden kennen, der davon betroffen ist, versuchen Sie ihn aufzusuchen

– in der Klinik oder zu Hause. Es ist falsch und schlimm, um diese Menschen einen Bogen zu machen, vielleicht aus Angst, nicht kompetent zu sein. Auch die Angehörigen sind oft ab dann sehr mit diesem Problem allein gelassen. Fragen Sie bitte nach!

Und fragen Sie, worin Sie helfen können!

Es ist auch wichtig, überhaupt mehr darüber zu sprechen!

Amen.

**Ansprache beim Ökumenischen Abendgebet am 26.3.06 in der Ev. Ernst-Moritz-Arndt Kirchengemeinde in Berlin-Zehlendorf.*

Gerhard Borné, geb. 1940 in Wiesbaden, aufgewachsen in Bad König/Odw. und Darmstadt.

Ab 1960 Studium in Frankfurt/M. zuerst Volkswirtschaft, dann ev. Theologie, weiter in

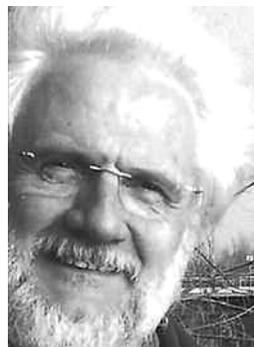
Berlin, Heidelberg, Montpellier. Ab 1968 Beginn eines Zweitstudiums Soziologie in Berlin.

1970-1975 Wiss. Tutor an der Freien Universität Berlin. Promotion bei Helmut Gollwitzer über „Christlicher Atheismus“

Vikariat bei der Berlin-Brandenburgischen Kirche (Berlin-West). 1979-1992 Pfarrer für Menschen mit Behinderungen im Kirchenkreis Berlin-Zehlendorf.

1992-2002 Gemeindepfarrer.

1997-1999 Grundausbildung in Logotherapie und existenzanalytische Beratung am Berliner Institut für Existenz-



Gerhard Borné

analyse und Logotherapie.

Ab 1973 für einige Jahre aktiv in der Berliner Gruppe der "Christen-für-den-Sozialismus" (CfS), später in der "Christlichen Friedenskonferenz" (CFK), längere Aufenthalte in USA und Israel, Reisen u.a. in die ehemalige Sowjetunion, nach Polen, Frankreich, Südafrika zu unseren schwarzafrikanischen lutherischen Partnergemeinden.

Verheiratet seit 1968 mit Monika Wiedemann-Borné, Psychologische Psychotherapeutin, 2 Kinder.

Ruhestand seit 2002

seitdem ehrenamtliche Weiterarbeit: u.a.

Leitung des Projekts Öko-Garten Am Buschgraben (in Berlin-Zehlendorf) – eines „Gartens für alle“

Veröffentlichungen:

Widerstand und Glück – Betrachtungen zum Vaterunser (1982)

Bergpredigt und Frieden (1982)

Behinderte Gesellschaft – Tagebuch eines Seelsorgers (1985)

Glaube und Heilung (1992)

Miteinander Aushalten – Tagebuch über einen integrativen Konfirmandenunterricht mit behinderten und nicht behinderten Jugendlichen (1998).

Religiöse Sozialisten – Gesellschaft der Freunde

Emil Fuchs und Georg Fox – zwei Gründerväter

Von Reinhard Gaede

Mit großem Erstaunen hielt ich am 20. Oktober 2006 ein Büchlein in Händen, *Emil Fuchs: George Fox. Seine Botschaft, sein Wesen und sein Leben nach seinen eigenen Denkwürdigkeiten dargestellt. Mit einer Einleitung von Claus Bernet, Herausgegeben von der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker), (Bad Pyrmont 2006)*. 35 Jahre nach seinem Tod (13. 2.1971) erscheint also eine Schrift eines der Gründerväter der Bewegung Religiöse Sozialisten, die er 50 Jahre seines Lebens inspiriert und geleitet hatte. *Claus Bernet*, Historiker an der FU Berlin, nennt ihn in der Einleitung einen „bedeutenden evangelischen Theologen des 20. Jahrhunderts“. Tatsächlich ist *Emil Fuchs* unermüdlich literarisch tätig gewesen, 12 Seiten Veröffentlichungen, 11 Seiten Biographie finden wir im Biblisch-Biographischen Kir-

chenlexikon von Traugott Bautz, ebenfalls von Claus Bernet (www.bautz.de). In CuS 1-2/2001 erschien zum 30. Todestag der Artikel von Martina Ludwig „Als Christ Sozialist: Emil Fuchs (+1971)“. Claus Bernet gibt in der Einleitung einen Überblick über das Leben von Emil Fuchs. Er wurde geboren am 13. Mai 1874 in Beerfelden, im Odenwald, als Sohn eines Pfarrers. Nach dem Studium und dem Pflichtjahr beim Militär im Großherzogtum Hessen-Darmstadt besuchte er 1898-1899 das Predigerseminar zu Friedberg und kam dann als Vikar in das abgelegene Dorf Brauerschwend (heute: Schwalmtal) auf dem Vogelsberg. Er promovierte an der Universität Gießen und wurde danach als Pfarrassistent nach Lampertheim versetzt. Als Vikar in einer deutschen Gemeinde in Manchester 1902-1903 lernte er die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft kennen. Nach dem Vikariat in

Arheilgen (heute: Darmstadt) wurde er 1905 Pfarrer in der Industriestadt Rüsselsheim, war Mitbegründer einer Volksakademie, ab 1918 wirkte er im Pfarramt Eisenach. 1921 gründete er in Thüringen den Arbeitskreis Religiöse Sozialisten, trat in die SPD ein und förderte auch dort die Volksbildungs-Bewegung. Von 1930 bis zum Jahr seiner Entlassung durch die Nazis 1933 war er Professor für Religionswissenschaft an der Pädagogischen Akademie Kiel. 1931 nahm sich seine Frau Else, geb. Wagner, das Leben. Seine drei ältesten Kinder, aktiv in der KPD, waren von Verfolgung bedroht, auch er wurde verhaftet. Heinrich Becker, ein Quäker (1891-1971), gewährte ihm im Winter 1933/34 Zuflucht als Dauergast in seinem Anwesen im Oderbruch bei Freienwalde. In einem kleinen Pavillon konnte er schreiben. Hier und in Berlin verfasste er den vorliegenden Text. In den Jahren 1937 und 1938 erschienen in der Zeitschrift „Der Quäker“ noch Artikel über Martin Luther und George Fox und über Jakob Böhme und George Fox. Claus Bernet hat eine Liste anderer unveröffentlichter Schriften zur Bibel aus diesem Zufluchtsort aufgestellt. Klaus Fuchs-Kittowski, ein Enkel des Theologen, verwaltet heute den Nachlass. Es wäre zu wünschen, dass noch weitere Manuskripte, die damals nur Freunden zugestellt wurden, wieder veröffentlicht werden könnten. Tiefes Leid traf Emil Fuchs. Sein Sohn Klaus (1911-1988), ein berühmter Physiker, musste 1933 nach Paris emigrieren, sein Schwiegersohn Gustav Kittowski wurde in Prag verhaftet, daraufhin nahm sich seine Tochter Elisabeth Kittowski 1939 aus Angst vor den Verfolgungen durch die Nazis das Leben. In dieser Zeit fand er im Kreis der Quäker Geborgenheit sowie bei den religiös-sozialistischen Freunden. In seinen Erinnerungen beschreibt Emil Fuchs auch, dass er mit Bernhard Göring und seinem Kreis viele jü-

dische Menschen ins Ausland bringen konnte. Der Überwachung durch die Gestapo entzog er sich 1943 durch einen Rückzug zusammen mit seinem Enkel Klaus nach Vorarlberg ins Montafon-Tal, wo er das Schreib-Verbot umgehen konnte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat E. Fuchs sogleich der hessischen SPD bei und versammelte wieder Religiöse Sozialisten um sich. 1948-1949 lehrte E. Fuchs in Pendle Hill, einem Studien-Centrum der Quäker in Pennsylvania, bis er dann seinen Plan verwirklichen konnte, nach Ost-Deutschland übersiedeln, um bei dem Aufbau einer demokratischen und friedlichen Gesellschaft mitzuhelfen. An der Universität Leipzig lehrte er bis zu seiner Emeritierung 1958 Systematische Theologie und Religionssoziologie. Gemeinsam mit den Quäkern konnte er erreichen, dass Wehrdienst-Verweigerer als so genannte Bau-Soldaten dienen konnten. Auch setzte er sich für Belange der Evangelischen Kirche ein. Ab 1955 gab er die Monatsschrift „Glaube und Gewissen“ heraus. In der Weltfriedensbewegung war er tätig und zählte zu den Initiatoren der Prager Friedenskonferenz. Zahlreiche Ehrungen der DDR und der CDU (Ost) erhielt er. Er starb am 13. Februar 1971 in Ost-Berlin. Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker ist es zu verdanken, dass die Wochenberichte von Erwin Eckert und Emil Fuchs als einzigartige Quelle aus dem „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“, (ab 1931 Obertitel „Der religiöse Sozialist“) uns heute über das Leben der kleinen Leute in Deutschland und über das Ende der Weimarer Zeit informieren. Sie zeigen, welch kritisches Bewusstsein die Autoren bei ihrer Verteidigung von Demokratie, Sozialismus und Frieden hatten und weitervermitteln wollten. (Erwin Eckert, Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik, Hg. F.-M. Balzer und M. Weiß-

becker, Bonn 2002). Klaus Fuchs-Kittowski und Klaus Eckert, die Enkel, haben den Druck des Buches unterstützt, Klaus Fuchs-Kittowski hat auch das Vorwort geschrieben.

Zu der kurzen Biographie von Claus Bernet sollte man – wie angegeben, die Autobiographie – *Mein Leben I, II*, Leipzig 1957, 1959 hinzuziehen, ebenso das Büchlein *Marxismus und Christentum*, Leipzig 1952 sowie *Christliche und marxistische Ethik*, Leipzig 1956, 1959. Bedeutsam der Hinweis von Claus Bernet, dass es noch einen nicht gedruckten Band der Erinnerungen gibt, dass die gedruckten Teile Änderungen durch die Zensur enthalten und ungekürzte Fahnen im Archiv der Quäker in Bad Pyrmont liegen. In der Festgabe zum 90. Geburtstag „Ruf und Antwort“, Hg. Walter Bredendiek, Erich Hertzsch, Karl Kleinschmidt u.a.) Leipzig) 1964, haben viele Zeitgenossen dankbar auf das Werk des Theologen und Sozialisten zurückgeblickt. Dass Heinrich Schleich – damals Vorsitzender des BRSD in der BRD, von uns abgewählt am 18. Juni 1977 – ihn aus den Reihen der Religiösen Sozialisten ausschloss, ist ein Beispiel für den unversöhnlichen Geist der Konservativen, welche die Spannungen zwischen den Machtblöcken in West und Ost verschärft haben, ohne die Chancen einer Verständigungs-Politik zu begreifen. Sie haben Emil Fuchs verkannt und ihm großes Unrecht getan. Ein Gegenbeispiel ist die Sympathie des Verlegers Herbert Reich aus Hamburg-Bergstedt, der später mein Verleger wurde. Er veröffentlichte 1961 einen Vortrag von Emil Fuchs, den er vor den Quäkern 1939 in Bad Pyrmont gehalten hatte. Damals hieß er: „Die Botschaft des inneren Lichtes.“ In den *Evangelischen Zeitstimmen* 5 trug er den Titel „Der Ruf Jesu Christi“. Seine Entscheidung, in Ostdeutschland zu wirken, hat E. Fuchs in einem Brief an die SPD, an den

Genossen Schumacher, begründete: „Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems hat dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben, aus den Trümmern eine neue, auf gegenseitiger Hilfe ruhende Wirtschaftsordnung zu schaffen – ohne Gewalt und Blutvergießen.“ (*Mein Leben II*, S. 306) Dagegen sah er im Westen das alte gutbürgerliche Christentum wieder erstarken, das die „Aufrichtung neuer Klassenherrschaft als Rückkehr zum Christentum“ bezeichnet. E. Fuchs warnte die SPD davor, „unser Volk in militärisch bestimmte und geführte Bündnisse hineinzuziehen“ (*ibid.*, 308). Als Christ wollte er seine Zuversicht „auf die Macht des Geistes“ bewähren und „als Deutscher meinen Glauben, dass ein Weg zu finden ist, der die Splitter Deutschlands wieder zusammenführt in einem neuen Geiste.“ (*ibid.*, S. 310)

Was hat den Autor gerade in den Jahren der Verfolgung bewegt, sich intensiv mit dem Leben des Gründervaters der Quäker zu beschäftigen? Besonders Ausschnitte seines Werkes über Verfolgung und Leiden sind dokumentiert und kommentiert. „Damit nahm Fuchs offenbar Bezug zu eigenen Erfahrungen im Nationalsozialismus.“ Ebenso bewegte ihn die Frage nach der letzten Autorität und der Freiheit des Gewissens, in den Jahren der NS-Herrschaft von größter Brisanz. E. Fuchs kritisiert Luther, der aus Furcht vor Schwärmerie die Autorität der Bibel und des Amtes so stark betonte, dass die „Selbständigkeit des Gewissens“ verfiel. Das Urteil des Theologen trifft implizit auch die Deutschen Christen: „Diese Flucht zur Autorität ist ja Unglaube. Der, wer an Gott glaubt und an seine Stimme und sein Wort, muss glauben, dass er selbst sein Volk recht führen wird, und wir nicht seine Führung zu ergänzen haben durch irgendeine Autorität, die wir uns ausdenken.“ (84) E. Fuchs

hat hauptsächlich die Entwicklung der Persönlichkeit von *George Fox* dargestellt. C. Bernet ergänzt die biographischen Anga-



Emil Fuchs 1954

ben knapp und nennt weitere Literatur. Einer kurze gute Darstellung finden wir auch im Biographisch-Bibliographischen Lexikon von Traugott Bautz, das auch im Internet präsent ist, www.bautz.de: George Fox wurde am 1. Juli 1624 in Drayton-in-the-Clay (heute: Fenny Drayton) in der Grafschaft Leicester geboren. Der Vater, ein Weber, brachte ihn zu einem Schuhmacher in die Lehre. Auch als Schaf- und Viehzüchter arbeitete G. Fox dann. Während des englischen Bürgerkriegs gehörte G. Fox zur Gruppe der „Seekers“ („Suchende“), die abseits der etablierten Christen nach lebendigen Formen der Frömmigkeit suchten. Eines Tages „vernahm er in seinem Herzen die Stimme Gottes“: „Du siehst, wie die Jungen sich in Eitelkeiten stürzen und die Alten in die Erde. Du musst beide vergessen, dich fern von ihnen halten und ihnen sein wie ein Fremder.“

Am 9. Juli 1643 verließ er die Heimat, die Familie und alle Freunde und begann ein Wanderleben, zog in die mittleren Grafschaften, gequält von Zweifeln, vom Spott der Leute verfolgt. An einem Sonntagmorgen im Februar 1646 „tat ihm Gott kund, das Studium in Oxford oder Cambridge genüge nicht, ein Diener Christi zu sein...Es war mir genug, dass Gott mir das offenbart hatte – Die Salbung von oben genügt; die Gläubigen bedürfen niemandes, sie zu lehren. – Ich wurde allen ein Fremder, indem ich mich auf den Herrn Jesus verließ.“ Er nahm die Bibel zur Hand, „aber aus ihr erkannte ich ihn nicht.“ Da kam „eine Stimme vom Himmel“, sein Name sei in das Buch des Lebens geschrieben. „Als der Herr Jesus so sprach, glaubte ich. Das war meine neue Geburt.“ Er hörte den Auftrag, „hinaus in die Wildnis der Welt zu gehen.“ In der Kathedrale von Nottingham widersprach er dem Prediger, der das „feste prophetische Wort“ (2. Petr. 1, 19) auf die Heilige Schrift als die maßgebliche Norm für alle Lehre bezog. Laut rief er: „Nein, nein, es ist nicht die Schrift, es ist der Geist, aus dem die heiligen Propheten geredet und geschrieben haben.“ Wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses wurde er verhaftet. (T. Bautz) Somit war eine neue Lehre da, die das Quäkertum bis heute kennzeichnet: „die Möglichkeit eines unmittelbaren Zugangs zu Gott jenseits von Bibel und Priesterschaft, die prinzipielle Gleichrangigkeit in Rechten und Pflichten von Mann und Frau in religiösen Angelegenheiten, und vor allem die Lehre vom ‚Inneren Lichte‘. (C. Bernet, S. 6). Emil Fuchs stellt sie im dritten Kapitel vor. Begeisterte Anhänger folgten G. Fox. Aber auch erbitterte Gegner traf er. Achtmal geriet er in Gefangenschaft auf Grund eines Reichsgesetzes gegen unerlaubte Kulte. Aber im Gefängnis durfte er schreiben. E.

Fuchs dokumentiert, wie G. Fox Pfarrer, Gemeindeglieder ebenso wie Repräsentanten des Staats, auch Oliver Cromwell, ermahnte. 1669 heiratete er Margaret Fell, die Witwe eines Richters aus Swathmoor Hall. Dort fand er eine Heimat. Seine Gemeinde wuchs; zunächst kamen arme Leute, dann aber auch mittlere Stände. Auch sie wurden verfolgt. „Von 1661-1667 wurden 13.562 Quäker in England eingekerkert, von denen 338 im Gefängnis an ihren Wunden oder infolge der fürchterlichen Zustände der damaligen Gefängnisse starben.“ (T. Bautz) Ende 1670 reiste Fox nach Westindien, Barbados, Jamaika und Nordamerika, 1677 gelangte er gemeinsam mit William Penn, damals schon respektierter Sprecher, nach Holland und Deutschland. Die Gemeinschaft erhielt Versammlungshäuser, Regeln für Mitgliedschaft, für Geburten, Hochzeiten und Bestattungen. Die äußere Struktur bestimmte Monatsversammlungen auf lokaler, Vierteljahresversammlungen auf regionaler und Jahresversammlungen auf nationaler Ebene. Seit 1681 eröffnete William Penn (1644-1718) den Quäkern eine Zuflucht in Pennsylvanien, wo sie nach ihren Grundsätzen leben konnten. Die „Quakers“, ursprünglich ein Spottname für „Zitterer“, nennen sich selbst „Gesellschaft der Freunde“ und lehnen Kriegsdienst und Eidesleistung ab. Im Mittelpunkt ihres Gottesdienstes steht das anbetende Schweigen (silent worship), das Harren auf Erleuchtung und das freie Glaubensbekenntnis eines Freundes.

König Karl II hat 1681 eine größere Geldschuld gegenüber Admiral William Penn senior beglichen, indem er William Penn junior ein riesiges Gebiet in der nordamerikanischen Wildnis vermachte und ihn zum dortigen Gouverneur ernannte. Grundsätze wie Brüderlichkeit, Freiheit und Freundschaft mit den Ureinwohnern

(Irokesen, Lenni Lenape) ließen die Siedlungen gedeihen, und sie blieben von Kämpfen verschont. Wegen des liberalen Wahlrechts und der vollen Religionsfreiheit ist Penns „heiliges Experiment“ ein Modell für einen demokratischen Staat geworden.

Im ersten Kapitel ‚Die Zeit‘ kennzeichnet E. Fuchs die Verhältnisse zwischen der Regierung Elisabeth I und der puritanischen Revolution mit der Regierung des Lordprotektors Oliver Cromwell. William Penns Vorrede zu den ‚Denkwürdigkeiten‘ von G. Fox wird herangezogen. Erwähnt werden außer den „Seekers“ auch die z.T. ekstatischen und zügellosen „Ranters“, mit denen G. Fox um die Reinheit des Geistes ringen musste. Das zweite Kapitel behandelt die Jugend von G. Fox, sein Leiden unter der Lieblosigkeit und Rohheit der Zeitgenossen, sein Warten auf die Erlösung durch Gott. Das 3. Kapitel widmet sich der Lehre vom „inneren Licht“, geprägt nach Joh. 1, 9: „Das war das wahrhaftige Licht, welches alle Menschen erleuchtet, die in diese Welt kommen.“ E. Fuchs sieht den Gegensatz von Erfahrungen der Gegenwart Gottes und traditioneller Frömmigkeit. G. Fox lebt in Aufmerksamkeit gegenüber der göttlichen Stimme, kommentiert E. Fuchs, und hebt seinen Mut hervor, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Eine Erneuerung des Lebens soll beginnen in Furcht vor Gott. Die Botschaft der Propheten wird wieder lebendig. Fürsorge für die Armen, Erziehung der Jugend wird gefordert. In Amerika fordert er Menschlichkeit für die schwarzen Sklaven, da alle Menschen Geschöpfe Gottes sind, und es eine „Bruderschaft im Heiligen Geist“ gibt. Von der „Gestaltung des Lebens in der Verantwortung des innern Lichtes“ ist dann die Rede im vierten Kapitel. Die Freunde reden alle mit ‚Du‘ an, ohne Rang und Namen zu

unterscheiden. E. Fuchs dokumentiert den Kampf gegen das „Strandrecht“, den Raub an den Schiffbrüchigen, die Verurteilung des Schwörens, die Mahnung zur Demut an die Mächtigen, die Verurteilung der Tierquälerei, das Zeugnis gegen Gewalt und Krieg, für den Frieden. Erneuerung der gesamten Welt, ist der Tenor, fasst E. Fuchs zusammen. Christen dürfen „Mitarbeiter und Mitschöpfer der neuen Welt“ sein, so der Kommentar. „Keine Ordnung der Gesellschaft“ gibt es, „sie sei denn gegründet auf jene Weisheit und Liebe, die aus Gottes Geist uns gegeben wird“ (68), sagt E. Fuchs. Das 5. Kapitel heißt: „Die Macht der Botschaft.“ Es wird die Szene wiedergegeben, wie G. Fox barfuß mitten im Winter ein Wehe über der Stadt Lichfield ausruft. Viele Male wird die Macht der Gewaltlosigkeit des Verfolgten und seiner Freunde deutlich. Davon berichtet das ganze Kapitel, ebenso von seelsorgerlichen Gaben. Das sechste Kapitel spricht über die Bedeutung der Andachtsversammlungen („meetings“). Zunächst dienten Versammlungen der Fürsorge für die Gefangenen. Dann aber werden sie Gottesdienst. G. Fox glaubt an den gegenwärtigen Gott und seine Führung, betont E. Fuchs. Weil das Gewissen des Menschen nicht vollkommen ist, ist das Lauschen auf Gottes neue Aufgaben nötig ebenso wie das Hören auf den anderen, der Lob und Kritik ausspricht. Die Versammlungen stärken ebenso als Gottesdienst wie als Regelung der Verhältnisse der Gemeinde (z.B. Armenfürsorge) und des Lebens der Einzelnen. Bemerkenswert ist, dass die Gesellschenschaft der Freunde ohne Mehrheitsbeschlüsse auskommt. Minderheit und Mehrheit begegnen sich in „Ehrfurcht“. So konnte John Woolman die Freunde überzeugen von der Notwendigkeit der Bekämpfung der Sklaverei. (1754 verfasste er das Traktat „Some Con-

siderations on Keeping Negroes“.) Das Gewissen muss sich in seiner Reinheit und Klarheit prüfen lassen an der Gemein-



GEORGE FOX
BORN 1633 DIED 1693

schaft. Das letzte Kapitel geht auf „Lebens-Schicksale“ ein. Es ist eine Chronik der Verfolgungen, der Leiden und Mühen auf Reisen. William Penn erhält das Schlusswort. Er sah „Gottes Finger und Hand sichtbar in diesem Zeugnis“ (106).

Möge das Buch Beachtung finden, damit viele Menschen durch das Leben von George Fox und Emil Fuchs ermutigt werden, dem Doppelgebot der Liebe zu folgen, nach der Weisung Jesu, Gott und dem Nächsten zu dienen!

Haiku: O Wunder des Seins, O Gnade der Erlösung: Das Stehen im Licht !

Haiku: Lass die Traurigkeit! Der Stein auf unserm Grab liegt nicht für ewig.

*Heinz Röhr (1931–2005)
Quäker und religiöser Sozialist*

Streiflichter aus 50 Jahren Evangelischer Berufsschularbeit

Harald Poelchau als Begründer des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt¹

Von Ulrich Peter

1 Die Impulse des religiösen Sozialismus

Die evangelische Berufsschularbeit und die Jugendbildungsstätte sind ohne Harald Poelchau nicht denkbar und wären vermutlich ohne ihn auch nicht entstanden.

In Poelchaus Person kamen mehrere Prägungen und Impulse zusammen, die sich lohnen dargestellt zu werden.

Erster Impuls war die Zeit als Werkstudent bei Bosch in Stuttgart. Poelchau „kam sich in dieser Welt völlig verloren vor, ihm fehlte ... jegliche Übersicht über die vielen Einzelteile und ihre Bezeichnung im Betrieb, die Funktionen der einzelnen Arbeiter ... Er war schon davon absorbiert, sich an den Rhythmus des Arbeitbeginns und – endes bei Dunkelheit im Winter und an den Lärm zu gewöhnen, so dass er aus dieser Zeit nur die eine Erfahrung gewann: Werkstudententum auf Zeit vermittelt nicht die genügende industrielle Erfahrung, um sozial- und betriebspolitische Maßnahmen beurteilen zu können.“²

Der zweite Impuls kam vom religiösen Sozialismus und insbesondere von Paul Tillich. „Bei Tillich wachte ich auf.“³ Der Begriff „religiöser Sozialismus“ ist heute noch missverständlicher als zu der Zeit, als er geprägt wurde. Beide Bestandteile sind interpretationsbedürftig. „Religion“ meint Christentum und Judentum, Sozialismus meint sozialistische Demokratie. Gerade heute nach dem Zusammenbruch des sog. „realen Sozialismus“, an dem alles real war,

nur nicht der Sozialismus, ist diese Begriffsbestimmung wichtig. In der Substanz ist gemeint, dass diese Menschen aufgrund ihres christlichen bzw. jüdischen Glaubens Sozialisten sind.

Gemeint ist also nicht ein besonderer christlicher Sozialismus, wie er z. B. in der katholischen Soziallehre und im Ahlener Programm von 1947 der CDU vertreten wurde. Ebenso wenig gemeint ist eine religiöse Überhöhung oder Veränderung des Sozialismus oder eine Instrumentalisierung des Christentums durch die sozialistische Bewegung. „Religiöse Sozialisten“ im weiteren Sinne bedeutete eine breite organisationsungebundene Strömung, die von dem bekannten jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber über den Tillich-Kreis bis hin zu anarcho-kommunistischen Landkommunen und Projekten der bündischen Jugendbewegung reichte. Darum soll es zunächst um eine inhaltliche Annäherung an die spezifische Ausprägung des „religiösen Sozialismus“ bei Paul Tillich gehen, einem der größten Denker dieser Bewegung. Tillich gehörte mit Carl Mennicke zum akademisch ausgerichteten Kairos-Kreis, der Kontakte zum 1926 gegründeten „Bund Religiöser Sozialisten Deutschlands“ hatte, ohne organisatorisch zu ihm zu gehören.

Für Tillich ist der religiöse Sozialismus ein Prinzip, um das Ganze der menschlichen Existenz zu verstehen und zu deuten. Auf dieses Prinzip zu verzichten würde bedeuten, dass damit auch das Ganze der menschlichen Existenz nur unzureichend erfasst wird, denn Sozialismus

meint mehr, als nur die Organisation der Wirtschaft eines Staates. „Der religiöse Sozialismus war immer am menschlichen Leben als Ganzem interessiert und niemals ausschließlich an seiner ökonomischen Basis.“⁴ So betrachtet der religiöse Sozialismus die Wirtschaft nicht isoliert, sondern erkennt die Abhängigkeit der Wirtschaft von anderen Faktoren, die Tillich als soziale, intellektuelle und geistige beschreibt. Es geht um so etwas wie eine ganzheitliche Sicht der Ökonomie und der menschlichen Lebenssituation, die in ihrer Komplexität niemals monokausal zu erklären ist. Damit leistet es der religiöse Sozialismus, „ein Bild der gesamten untereinander abhängigen Struktur unserer gegenwärtigen Existenz“⁵ zu schaffen. Indem es dem religiösen Sozialismus gelingt, Ökonomie und menschliche Lebenssituation in ihrer gegenseitigen Bedingtheit zu sehen, macht er deutlich, „dass es gesellschaftliche Strukturen gibt, die unvermeidlich jeden geistigen Anruf an die ihn unterworfenen Menschen zunichte machen.“⁶ Damit aber werden Menschen ihrer Würde beraubt.

In der Schrift „Die Ordnung der Bedrängten“ schreibt Poelchau in den Vorbemerkungen, dass er versucht, in dem Buch, „die wichtigste bestimmende Linie meines Lebens aufzuweisen. Ich nenne sie das Bemühen um die Ordnung der Bedrängten. Damit ist nicht die karitative Haltung gemeint, der es auf liebevolle Fürsorge und Hilfe ankommt. Nein, es geht wirklich um ihre Ordnung, um das Rechts-, Verhaltens- und Lebensschema, das den Bedrängten eine glaubwürdige Ordnung – wie sie die Amsterdamer Weltkirchenkonferenz 1948 gefordert hat – zu bieten vermag. Es ist aber auch nicht eine Ordnung für die Bedrängten gemeint.“

An dieser Stelle ist auffallend, wie sehr Poelchau den Menschen als gesellschaftli-

ches Wesen versteht und hierin ganz in der Linie Tillichschen Denkens steht. Tillich hat dem religiösen Sozialismus eine historische Funktion zugewiesen. „Er stellt die protestantische Kirche vor die Frage, ob sie sich weiterhin der Aufgabe entziehen will, mit prophetischer Kraft der sozialen Dämonie unserer Zeit entgegenzutreten oder ob sie wie bisher einerseits sich der Opfer dieses Systems annehmen, andererseits unter dem Schein religiöser Neutralität das System als solches stützen will.“⁷

Klassische christliche Nächstenliebe beschäftigte sich mit den „Mühseligen und Beladenen“, d.h. mit den Opfern und nur in ihrer Rolle als Opfer. Nach den gesellschaftlichen Ursachen für ihre Situation wurde nicht gefragt, nach Möglichkeiten der Veränderung „ungerechter Strukturen“ nicht gesucht.

So half z.B. ein Johann Hinrich Wichern diakonisch den Individuen, mit deren Situation er „tätiges Mitleid“ hatte. Den gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiter um gerechtere Verhältnisse aber verstand er nicht und blieb diesem gegenüber ablehnend. Die Kirchen haben, um Bonhoeffer zu zitieren, weiterhin nur die Opfer unter dem Rad verbunden, ohne dem Rad selbst in die Speichen zu fallen.

Das gilt bis heute. Wenn kirchliche Amtsträger auf der einen Seite die Hartzgesetze begrüßen, sorgen sie gleichzeitig strukturell dafür, dass sie auf der anderen Seite immer ausreichend „Kunden“ in den kirchlich-diakonischen Beratungsstellen haben.

Dieses Grundmotiv des vernetzten und gesellschaftlichen Denkens in veränderbaren Strukturen ist für Poelchau bis zu seinem Tod konstitutiv geblieben. 1964 erschien eine Festschrift zum 90. Geburtstag des Leipziger Theologieprofessors und Nestors der deutschen religiösen Sozialisten Emil Fuchs. Einmal ist schon die einfache

Tatsache der Beteiligung Poelchau an dieser Schrift bemerkenswert. Fuchs, der 1933 als Professor von den Nazis entlassen worden war, ging Ende der 40er Jahre in die DDR, weil er im Westen kein Ordinariat mehr bekam. In der DDR wurde er Exponent der CDU und führend in der Zusammenarbeit mit Staat und Staatspartei. In der Westkirche war er deswegen ein sprichwörtliches „rotes Tuch“. Zudem war er der Vater mehrerer kommunistischer Kinder, darunter des „Atomspions“ Klaus Fuchs, der die Geheimnisse der Atombombe an die SU weitergab. An diesen Emil Fuchs wandte er sich mit folgenden Zeilen:

„Lieber Vater Fuchs, ... Die beiden großen Themen Deines Lebens standen auch vor mir ... als Lebensziel: der Kirche das Bild des industriellen Arbeiters und seiner Lebensbedingungen in den Blick zu bringen, so dass sie nicht mehr daran vorbeigehen kann und nicht mehr eine in sich ruhende Bürgergruppe zur Erhaltung der bisherigen Ordnung bleibt.

Und umgekehrt, die Menschen der industriellen Welt nicht der Sinnentfremdung ihrer mechanistischen Technik zu überlassen, sondern ihnen einen Weg zum persönlichen Leben der Gotteskindschaft und Menschenbruderschaft, wie wir es seit Jesus Christus kennen, zu öffnen. Du bist mir darin immer Vorbild gewesen.“⁸

2 Der pädagogische Lehrer Carl Mennicke

Der zweite Teil des Briefes an Fuchs markiert den dritten Impuls, den Poelchau durch Carl Mennicke erhielt, der später sein Doktorvater wird. Tillich schickt Poelchau zu ihm nach Berlin. „Dort hatte sein Freund, der ehemalige Pfarrer Carl Mennicke, einen Kreis von jüngeren Industriearbeitern gesammelt, an dem wir teilneh-

men durften. Wir haben dort mehr Einsichten gewonnen als auf der Universität, weil Mennicke versuchte, das Zufällige, das die Teilnehmer aus Fabrik und Politik, Gewerkschaft und Aufstiegsmöglichkeit, Kollegialität und Beziehung der Geschlechter berichteten, in seiner typischen Bedeutung und aus seinem ökonomischen und sozialen Zusammenhang zu erklären. ... Eine ... Erfahrung wurde uns dabei bestätigt: wir konnten mit unserer Theologie in den Formen kirchlicher Gemeindegarbeit nicht an den Berliner Arbeiter herankommen. Dafür war nicht nur das Misstrauen zu groß, sondern die gesamte Fragestellung in Arbeit und Lebensführung zwischen Arbeiterschaft und bürgerlicher Gemeinde zu verschieden.“⁹

Carl Mennicke (1887–1959) verbleibt in vielen Darstellungen ganz im Schatten von Tillich. Nur in sehr wenigen Publikationen wird seine wichtige Rolle zutreffend beschrieben. Arnold Pfeiffer bezeichnet ihn in seinem Standardwerk „Religiöse Sozialisten“ zu Recht als „Herz des Berliner Kreises“¹⁰ und der evangelische Theologe Klaus Ahlheim kennzeichnet in seiner Habilitationsschrift „Zwischen Mission und Arbeiterbildung“¹¹ beider Beziehung so: „Während ein Teil der religiösen Sozialisten, wie etwa Paul Tillich ... auf der Stufe eines mehr abstrakt-akademischen religiösen Sozialismus verharrten (der nichtsdestoweniger wichtige Anstöße für theologisches und pädagogisches Denken geben konnte) sind andere durch ihre theologisch-politischen Erkenntnisse zur gesellschaftlichen, zur pädagogischen Praxis gedrängt worden. Nur wenige haben es verstanden, diese pädagogische Praxis einem weiterlaufenden Reflexionsprozeß zu unterziehen und ihre praktische Tätigkeit immer wieder neu zu bedenken.“

Hierzu zählte vor allem Mennicke, der ganz eigenständig bei der Einheit von religiös-sozialistischer Theorie und gesellschaftlicher und pädagogischer Praxis ansetzt. „Verantwortung“ und „Verantwortungsbewusstsein“ sind für ihn die Schlüsselkategorien des Religiösen Sozialismus. „Mit der Forderung des Verantwortungsbewusstseins ist das Problem der Ethik aufgeworfen.“ Es geht Mennicke um Werte, die auch geeignet sind sozialistische „Durststrecken“ auszuhalten und Korruptionen zu verhindern oder zu begrenzen. 1927 führte er auf einer sozialdemokratischen Tagung hierzu aus:

„Natürlich haben diejenigen recht, die sich gegen die Unterstellung wenden, als hätte die alte sozialistische Bewegung nichts von Verantwortungsbewusstsein gewusst und damit des ethischen Grundgehaltes entbehrt. Aber es ist doch ein tief greifender Unterschied, ob das Verantwortungsbewusstsein sich als Solidaritätsbewußtsein im Kampf gegen eine Not bewährt, deren Auswirkung man dauernd gemeinsam erlebt oder ob es sich erweisen muss in der Arbeit an einer Gestaltungsaufgabe, deren Schwierigkeiten vielleicht gerade so liegen, dass einen das solidarische Verständnis der Not leidenden Mitkämpfer im Stiche lässt. Der solidarische Kampf macht den Zusammenschluss des Einzelnen mit der Masse zur Selbstverständlichkeit, und gerade in diesem Zusammenschluss wird der Wert erfahren, für den das Verantwortungsbewusstsein sich einsetzt. ... Und dieser Wert erschöpft sich für keinen Menschen in Essen und Trinken, sondern ist eben immer ein ‚Kulturwert.‘ ... Die sozialistische Bewegung lebt heute nicht mehr nur von der oppositionellen Entgegensetzung gegen den gegebenen gesellschaftlichen Zustand. Sie muss sich, wenn sie das Vertrauen der breiten Massen

nicht verlieren will, in vorwegnehmenden Verwirklichungen beweisen und bewähren. Zu diesem Ende muss sie ... an konkreten Gegenwartsaufgaben arbeiten. ... das bedeutet immer wieder eine Arbeit, die nur von geistig selbständigen und voll verantwortungsbewussten Menschen geleistet werden kann in zuverlässiger Verbindung mit der großen Bewegung der Masse. Es bedeutet also eine ethische Fundierung, in der individuelle Autonomie und gemeinschaftliche Sinn- und Wertverbundenheit zu einer organischen Vereinigung kommen.“¹²

Mennicke wollte – nicht zuletzt durch sozialpädagogisches Bemühen – die Formen schaffen, in denen Verantwortung bewährt werden kann. Dies tat er erst als Pfarrer einer Arbeitergemeinde am Niederrhein, gab das Pfarramt aber auf, da er eine Volkskirche im Rahmen der bestehenden Kirche für undenkbar hielt. 1919 der SPD beigetreten, ging er nach Berlin und begann eine Arbeiterbildungsarbeit im Berliner Osten. Er gab die „Blätter für religiösen Sozialismus“ und die ebenso unbekannt wie bedeutsame Zeitschrift „Sozialistische Lebensgestaltung“ heraus und begann eine Lehrtätigkeit am sozialpädagogischen Seminar der Hochschule für Politik, dem späteren Otto-Suhr-Institut der FU, dessen Direktor er 1923 wurde. 1927 trat Mennicke auch aus der Kirche aus, mit deren realer Gestalt ihn nichts mehr verband. 1930 wurde er zum Professor an das neu errichtete Berufspädagogische Institut nach Frankfurt berufen und bildete Berufsschullehrer aus.¹³ Daneben lehrte er auch an der philosophischen Fakultät und amtierte als Direktor des Pädagogischen Seminars.¹⁴ Hier promovierte Poelchau zum Dr. phil. Da berufliche Möglichkeiten im sozialpädagogischen Bereich ausblieben, kehrte Poelchau in den kirchlichen Dienst zurück.

Dass er unter anderen Bedingungen einen ähnlichen beruflichen Weg wie Mennicke genommen hätte, ist zu vermuten.

3 „Unterwegs“ zu einem veränderten Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft

Den vierten Impuls erhielt Poelchau im Berliner „Unterwegs-Kreis“ und insbesondere durch dessen Kontakte in der Ökumene.

Die evangelische Kirche hatte 1945 die Veränderung von einer mehrheitlich monarchistisch-reaktionär geprägten Amtskirche zu einer den Nachkriegsverhältnissen gemäßen bürgerlich-demokratischen Kirche vollzogen. In ihr wirkten auch starke Einflüsse der Bekennenden Kirche (BK) der Zeit von 1933 bis 1945 nach, und es schien zeitweise, als sei das Bündnis der Kirchen mit den Mächtigen der Welt vorbei. Allerdings siegte in den Kirchen das Althergebrachte. Der Berliner Bischof Otto Dibelius schrieb in seinen Erinnerungen im Blick auf 1945: „Es musste etwas Neues geschaffen werden. Und dies Neue musste irgendwie das Alte sein.“¹⁵

Der „Unterwegs-Kreis“ entstand in Berlin nach dem Ende des Krieges, als die „Jungen Brüder“ der BK aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrten. Die Teilnehmer des Kreises waren in der Mehrheit Pfarrer aus den Westsektoren und standen vor allem unter barthianischem Einfluss, wobei auch Bonhoeffer rezipiert wurde. Diese Gruppe traf sich in der Regel wöchentlich zu gemeinsamer theologischer Arbeit, zu Andacht und Gebet wie auch zu Diskussionen über Politik und aktuelle Entwicklungen in der Kirche. Im Mai 1947 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Unterwegs“, die bis 1954¹⁶ kontinuierlich publiziert wurde. An den Treffen des Kreises, der sich, in unterschiedlicher Zusammen-

setzung, bis Ende der 60er Jahre traf, nahm auch Harald Poelchau teil. Das Selbstverständnis des Unterwegskreises bildete die bruderschaftliche Tradition der BK, insbesondere seines radikalen dahlemitischen Flügels. Dies betraf den Kampf gegen die Restauration in der Kirche, für die sinnbildlich der Berliner Bischof Dibelius stand. Dazu gehörte für „Unterwegs“ ein Christentum, das sich sowohl um die Christengemeinde wie um die Bürgergemeinde kümmerte. „Unterwegs“ stand für eine Kirchenreform, die sich von Vorstellungen der kirchlich Konservativen verabschiedete und an die Positionen des Darmstädter Wortes von 1947 anknüpfte.

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche Front‘ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen. ...

Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommandem Reich zur Sache der Christenheit zu machen“.¹⁷

Aus dieser Einsicht in die geschichtliche Verantwortung der Kirche für die Entfrem-

dung der Arbeiterschaft vom Evangelium resultierte auch das große Interesse an Arbeiterfragen, die in „Unterwegs“ als „Proletarienseelsorge“ behandelt wurden. Allerdings auch in ihrer ökumenischen Dimension. Erstmals erschien in Nr. 2/1948 hierzu ein Artikel aus der Feder von Pfarrer Herbert Friess aus Sheffield.

Es dauerte zwei Jahre, bis dieses Thema wieder in der Zeitschrift auftauchte. Dann aber in Nr. 6/1951 gleich mit zwei Artikeln. Eingeleitet von der Redaktion mit dem wichtigen Satz „Die folgenden Berichte spiegeln etwas von den Versuchen wieder, die jetzt in steigendem Maße überall in Westeuropa gemacht werden.“ Der Sheffielder Pfarrer Friess lieferte einen Nachtrag zu seinem früheren Artikel, und Horst Symanowski stellte seine ersten Erfahrungen aus seiner Arbeit im Mainzer Betonwerk vor.

Dieser Betriebsarbeits-Ansatz, in dem Theologen in die Fabrik gehen, wurde auch in anderen Ländern aufgegriffen. In *Unterwegs* Nr. 3/1953 stellten Mary und John, beide Akademiker aus Cambridge, ihre Erfahrungen in Londoner Betrieben und im Arbeiterwohnbezirk dar.¹⁸ Was diesen Bericht interessant macht, ist sein „Spähtruppcharakter“. Die Sozialbezüge der Arbeiter werden mit wachen Augen gesehen, die Monotonie der Arbeit quasi industri-soziologisch reflektiert, die (geringe!) Bedeutung der Religion für die Arbeiter wahrgenommen, der Umgang mit Ehe, Sexualität und Abtreibung dargestellt.

1953 und 1954 erschienen in „Unterwegs“ zwei Aufsätze¹⁹ von Pfarrer Hans-Joachim Brickert (1923–1984). Er war Mitarbeiter Harald Poelchaus²⁰ im Berliner Industrie- und Sozialpfarramt. Poelchau widmete sich neben dieser Arbeit wesentlich der Ausbildung der Pfarrer und insbesondere „der Stellung der Arbeiterfrage im Ausbildungs-

gang des theologischen Nachwuchses“. Dass es in Berlin-Brandenburg im Rahmen des Vikariates Industriepraktika gab, die vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt betreut wurden, ist wesentlich sein Verdienst. Ein bedeutsamer Akzent dieser Praktika war „das Kennenlernen der Arbeitswelt und ihrer Bedingungen.“ Insofern lag hier ein klarer Bruch mit einem engen Missionsbegriff vor, zumal Poelchau in seinem Beitrag für „Unterwegs“ als „besonders erfreulich zu vermerken“ wusste, dass mit einer Ausnahme von keiner Landeskirche „während der Ausbildungszeit ... missionarische Tätigkeit unter den Arbeitskollegen erwartet“ werde.

1 Ich habe Poelchau biographisch dargestellt in dem von Manfred Asendorf und Rolf von Bockel 1997 herausgegebenen Band *Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten*.

2 *Ordnung der Bedrängten*, 1963, S. 25.

3 Ebd. S.26.

4 Paul Tillich, *Der Protestantismus als Kritik und Gestaltung*, Ges. Werke Bd. VII, Stuttgart 1962, S.17. Zitiert nach: Friedrich Weber, Harald Poelchau und die Theologie des religiösen Sozialismus. In: *Festschrift für Gerhard Heintze*; Wuppertal 2002. Ich folge Weber auch in den folgenden Ausführungen.

5 Zitiert bei Weber, a.a.O.

6 Zitiert bei Weber, a.a.O.

7 Paul Tillich, *Klassenkampf und religiöser Sozialismus*, in: *Religiöse Verwirklichung*, Berlin 1930, S. 211.

8 Ruf und Antwort. Festgabe für Emil Fuchs zum 90. Geburtstag. Leipzig 1964, S. 119.

9 *Ordnung der Bedrängten*, S.30/31.

10 Arnold Pfeiffer. *Religiöse Sozialisten*. Olten/Freiburg im Breisgau 1976, S. 360.

11 Klaus Ahlheim. *Zwischen Mission und Arbeiterbildung. Beispiele und Probleme protestantischer Erwachsenenbildung und ihrer Theorie in der Weimarer Republik*. Stuttgart 1982. S. 27/28.

12 Carl Mennicke, *Das Problem der sittlichen Idee in der marxistischen Diskussion der Gegenwart*. Crimmitschau 1927. Die Zitate dort auf den S. 11, 12 und 26. Wichtig für seinen Ansatz ist auch: *Das pädagogische Problem im Zusammenhang mit der Kulturkrise der Gegenwart*. Potsdam 1931.

13 In dieser Zeit entstand: Ottoheinz v. d. Gablentz/ Carl Mennicke. *Deutsche Berufskunde*. Ein Quer-

schnitt durch die Berufe und Arbeitskreise der Gegenwart. Unter Mitarbeit von Alfred Fritz, Walter Grau, Hans Harmen und Peter Suhrkamp Leipzig: Bibliographisches Institut, 1930.

14 1933 wird er von den Nazis entlassen und emigriert in die Niederlande. Hier wird er Leiter der Philosophischen Hochschule in Amersfoort und Dozent an der Universität Amsterdam. Er lehrt hier Theorie und Geschichte der Sozialpädagogik. Seine in holländisch erschienenen Werke zur Psychologie, Philosophie und Pädagogik erscheinen erst zwischen 1999 und 2002 im Weinheimer Beltz-Verlag. 1941 wird er von der Gestapo verhaftet und ins KZ gebracht, wo er bis zum 20.4.1943 inhaftiert ist. 1945 kehrt er nach Holland in seine Stellungen zurück. Die pädagogischen Schriften weisen ihn als einen der wichtigsten Sozialpädagogen des europäischen Raumes aus – seine Rezeption in Deutschland steht noch bevor.

15 Ein Christ ist immer im Dienst, Stuttgart 1963, S. 257.

16 Das letzte Heft war die Nr.5-6/1954. Danach erschien noch einige Jahre im Berliner Käthe-Vogt-Verlag die Ev. Zeitbuchreihe „Unterwegs“. Dass der vorherige „Unterwegs-Schriftleiter W.D. Zimmermann auch Schriftleiter der Buchreihe war, macht die Kontinuität deutlich.

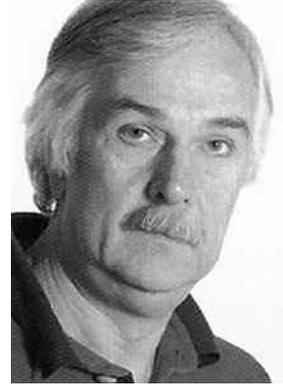
17 „Wort des Bruderrats der Bekennenden Kirche (Darmstadt, 8. August 1947)“, These 3 und 5.

18 Seit den 50er Jahren baute die Anglikanische Kirche die Industrial Mission auf, die bis heute besteht. Über den Beginn der „Seelsorge im Industriemilieu“ berich-

tet der Aufsatz von Bischof Leslie S. Hunter in: Dokumente. Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit. 13. Jg. 1957. Heft 3, Juni. Köln 1957.

19 Die Arbeiterfrage, in: Nr.5/1953 (daraus die Zitate) und „Kirche und Arbeiterschaft“ in Heft 4/1954.

Dr. Ulrich Peter wurde 1952 in Bergkamen/ Kreis Unna geboren. Studium der Psychologie, Sozial-, Rechts- und Erziehungswissenschaften in Münster und der Evangelischen Theologie in Berlin. Er arbeitet als



Ulrich Peter

Berufsschul-Pädagoge in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kirchengeschichte der Neuzeit, zur Geschichte des religiösen Sozialismus und der sozialen Bewegungen.

Clara Ragaz (1874–1957) – Zum 50. Todestag

Von Willy Spieler

Am 7. Oktober 2007 jährte sich zum fünfzigsten Mal der Todestag von Clara Ragaz. Wir haben allen Grund, an die große Friedensfrau, religiöse Sozialistin und Mitarbeiterin unserer Zeitschrift zu erinnern. Nicht um Gesagtes und Bekanntes¹ zu wiederholen, auch nicht, um einmal mehr und richtigerweise zu betonen, dass der religiöse Sozialismus nebst seiner Patristik eine nicht minder wichtige

Matristik hat, sondern um uns zu überlegen, was diese Stimme für die heutige Zeit bedeutet. Clara Ragaz ist insofern aktuell geblieben, als sie uns über die Jahrzehnte hinweg sehr viel zu sagen hat, aber gerade darin auch wieder unzeitgemäß, als Persönlichkeiten wie sie uns entweder überhaupt abhanden gekommen sind oder heute noch weniger als schon zu ihrer Zeit eine Chance hätten, gehört zu werden.

Das Paradox einer unzeitgemässen Aktualität zeigt sich darin, dass Clara Ragaz

Feminismus, Sozialismus und Pazifismus zusammen denkt und dass dieses ganzheitliche Denken immer durch eigene Praxis bewährt ist. Ihr aufrechter Gang, mit dem sie Freund und Feind beeindruckte, bleibt beispielhaft – weit über den 50. Todestag hinaus.

Feminismus – Sozialismus – Pazifismus

Clara Ragaz hat nicht nur ein feministisches Programm² verfasst, sie sah auch den großen Zusammenhang zwischen den „Menschheitsbewegungen“ der Frauen, der Arbeitenden, der Friedebringer. Sie sah ihn umso schärfer, als diese Bewegungen Gefahr liefen, nur die eigenen Sonderinteressen zu verfolgen. So heißt es in Ragaz' wohl berühmtestem Vortrag „Die Frau und der Friede“ (NW 1915, 240ff.) an der Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht 1915: „Ein Sozialismus, der nur nach Herrschaft und Gewalt einer Klasse strebte, eine Genossenschaftsbewegung, die nur den materiellen Gewinn ihrer Mitglieder im Auge hätte, eine Frauen-Bewegung, die nur Frauenrechte wollte, eine Friedensbewegung, die nur auf die Abschaffung des Krieges, nicht aber seiner tieferen Ursachen hinarbeitete, sie alle könnten noch nicht den Anspruch darauf erheben, Menschheitsbewegungen im tiefsten Sinne und damit wirkliche Friedebringer zu sein“ (241). Die Rednerin hat hier eine Erkenntnis vorweggenommen, die Michail Gorbatschow sehr viel später den „Vorrang des Menschheitsinteresses“ vor den Klasseninteressen nannte. Wäre ein solches Wort am Anfang der Sowjetunion gestanden, die Welt sähe heute anders aus.

Clara Ragaz hat einen doktrinären Marxismus abgelehnt, der nebst einem „Hauptwiderspruch“ von Kapital und Arbeit nur „Nebenwidersprüche“ gelten liess, die sich mit

der Überwindung des Kapitalismus von selbst erledigen würden. Es gab für Ragaz weder Feminismus ohne Sozialismus noch Sozialismus ohne Feminismus. 1919 hielt sie am sozialistischen Frauentag in der Zürcher Kirche St. Jakob eine weitere wichtige Rede zum Thema „Die Revolution der Frau“ (NW 1919, 361ff.), in der sie diese doppelte Richtung umriss: „Nicht nur muss die Proletarierin mit ihren männlichen Genossen zusammen den Kampf um die völlige Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens aufnehmen; sie muss auch, eben um diese Neugestaltung zu erreichen, in den Kampf um die völlige politische Gleichberechtigung mit dem Manne treten“ (362). Als ein Jahr später die Kantone Zürich und Basel-Stadt das Frauenstimmrecht ablehnten, reagierte Clara Ragaz in ihrem Kommentar „Ein Tag der Niederlagen“ (NW 1920, 78ff.) empört: „Bloß ein Drittel unserer Genossen hat in der Frau die ebenbürtige Gefährtin und Kampfgenossin anerkannt. Diese Tatsache zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, wie wenig Sozialismus in unserer Sozialdemokratie noch herrscht...“ (79).

Die Gleichstellung der Geschlechter muss stets neu erkämpft werden, und dies nicht isoliert, sondern zusammen mit der Überwindung der Herrschaft von Menschen über Menschen überhaupt. „Wir müssen“, heißt es in „Die Frau und der Friede“, „um eine Wirtschaftsordnung kämpfen, die Brot und Land, Macht und Recht wieder gleichmäßiger verteilt und nicht durch Anhäufung ungeheurer Schätze in den Händen einiger Weniger diese Wenigen zu den Beherrschern der Märkte und damit zu den eigentlichen Herrschern der Welt macht“ (253). Diese neue Wirtschaftsordnung ist aktueller denn je in einer Zeit, in der die „neuen Herrscher der Welt“ (Jean Ziegler) ganze Staaten und Ökonomien an ihrem – durch

„Marktmechanismen“ getarnten – imperialen Willen zappeln lassen.

Aber auch Feminismus und Pazifismus bedingen sich, denn die Frau ist nicht „von ihrer eigenen Wesensart her Pazifistin“, wie Clara Ragaz in ihrem Aufsatz „Ist die Frau



Clara Ragaz 1916

versuche. Damit könne „der Frau die Pflicht zu ihrer Beteiligung am Kampf um eine Befriedung der Welt zunächst einmal durch solche Frauenorganisationen in aller Eindringlichkeit klagemacht“ werden.³ Gewiss seien Frauen immer wieder zu grossen Opfern fähig und bereit. Clara Ragaz erinnerte schon in „Die Frau und der Friede“ an das Großartige, das viele Frauen der krieg-führenden Länder im Ersten Weltkrieg geleistet haben. „... aber sie haben es geleistet für den Krieg, nicht gegen den Krieg“ (242).

Und schließlich gibt es den Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit, Pazifismus und Sozialismus: Wenn die Welt „die Sicherheit in den Rüstungen und nicht in einer Rechtsordnung sucht“, dann beruht sie auf dem gleichen „Prinzip des Kampfes um Macht und Vorherrschaft“ wie die kapi-

P a z i f i -
s t i n ? “ n a c h
d e m Z w e i -
t e n W e l t -
k r i e g
s c h r e i b t .
G e r a d e
d a r u m s e i
e s „ n ö t i g ,
d a s s d i e
F r i e d e n s -
b e w e g u n g
d i e F r a u e n
i n b e s o n -
d e r e n O r -
g a n i s a t i o -
n e n z u
s a m m e l n “

talistische Wirtschaftsordnung. Ja es sind „wirtschaftliche Faktoren, das Verlangen nach Bodenschätzen, Rohstoffen, Zugang zu Wasserwegen“, die eine entscheidende Rolle „in der Entfesselung von Kriegen“ spielen. „Darum gälte es, eine Ordnung zu schaffen, die auf die Versorgung aller mit den notwendigen Gütern bedacht wäre.“⁴

Der Vortrag „Die Frau und der Friede“ lässt offen, ob es biologische Zuordnungen zu den „Wesensarten“ der Frau und des Mannes gebe, wichtiger ist, dass die der Frau zugeschriebene „Kinderstubenmoral auch die Lebensmoral“ werden müsse, um Werte wie „Güte, Freundlichkeit, Liebe, Vertrauen, Grossmut, Treue, Wahrhaftigkeit“ (250) nicht nur in der Familie, sondern auch in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen. Die Rednerin stellt die rhetorische und rhetorisch geschickte Frage: „Könnte es nicht vielmehr so sein, dass die Ideale, die der Mann bis jetzt, als ihn im Lebenskampfe hindernd, der Frau zugeschoben hat, und deren nicht immer getreue Hüterin sie war, im Grunde genommen Menschheitsideale wären, nach denen sie beide gemeinsam ringen müssten und durch die erst sie miteinander zu ihrer tiefsten Bestimmung gelangten?“ (251). Und: „Über dem Frauenideal und über dem Mannesideal steht das Menschheitsideal, und unsere Hoffnung ist, dass die freie Frau mit dem Manne zusammen an der Menschwerdung des Menschen arbeite“ (254).

Vorrang der Praxis

Am 4. Oktober 1912 schreibt Clara ihrer Freundin Emma Pieczynska-Reichenbach (1854–1927): „Ich bin überzeugt, dass die Gedanken des Sozialismus den Gedanken des Christentums am nächsten verwandt, ja aus ihm hervorgegangen sind und dass wir ebenso sicher auf ihre Verwirklichung hoffen dürfen als auf die Verwirklichung der christlichen Gedanken.“ Es fällt auf, dass Clara

Ragaz sich sonst kaum je explizit auf das Christentum beruft. Und wenn sie es tut wie in diesem Zitat, dann – gemessen am Pathos ihrer Zeitgenossen – sehr zurückhaltend. „Aus unserem Glauben heraus handeln“ bedeutet für sie fernab jeder Frömmerei „wohl nichts anderes als kämpfen“ (NW 1915, 252). Sie widerspricht gewiss nicht der Botschaft des religiösen Sozialismus, aber statt „Reich Gottes“ sagt sie lieber „Macht des Guten“ (252), „Kommendes, das noch nicht greifbar und fassbar ist“ (253), oder „neue Welt“ (NW 1919, 365) – letzteres wie heute die „Bibel in gerechter Sprache“. Fremd ist Clara Ragaz auch das Moralisieren. So bedeutet für sie der „Kampf gegen die Prostitution ein Kampf um bessere soziale Verhältnisse und kein moralisches Problem ‚gefallener‘ Frauen“, wie Lisa Stamm-Hasler in einer Diplomarbeit anmerkt.⁵

Mit ihrer präzisen, engagierten, aber unpräzisen Sprache vermag Clara Ragaz uns bis heute unvermittelt anzusprechen. Sie hat es weit weniger nötig, „übersetzt“ zu werden als der bedeutungsschwere Sprachduktus des mit ihr verheirateten Mannes. Eine Relektüre ergäbe die Probe aufs Exempel. Es wäre überhaupt an der Zeit, dass die Texte und Briefe von Clara Ragaz endlich zu einem eigenen Reader versammelt würden.

Claras Sprache ist geerdet durch den Vorrang der Praxis. Zu den ersten Texten, die sie (in ihr Notizheft) schreibt, gehören Sozialprotokolle. Sie berichten in einer uns Heutige an den Soziologen Pierre Bourdieu (1930–2002) erinnernden Genauigkeit über das von der damaligen Gesellschaft verdrängte Elend der Heimarbeiterinnen. Es sind Vorarbeiten zum „sozialpolitischen Anschauungsunterricht“ der von Clara Ragaz organisierten Heimarbeitsausstellung 1908.⁶ Diese gab Einblick in erdrückende Last der Heimarbeiterinnen, die zugleich

noch Hausfrauen und Mütter waren, in ihre misslichen Verdienstmöglichkeiten, die unhygienische Arbeitsstätten, die auch als Wohn- und Schlafraum dienen mussten. Im Artikel „Bei den Heimarbeiterinnen“ (NW 1909, 216ff.) fordert Clara Ragaz gesetzlich vorgeschriebene „Heimarbeiterverzeichnisse“ und „amtliche Wohnungsinspektionen“, aber auch „Label“, die „dem Käufer die unter guten Bedingungen hergestellten Waren kenntlich machen“ und für den „Fabrikanten ... eine erstrebenswerte Auszeichnung werden“ könnten (NW 1909, 222f.). Ohne auf die Vision einer anderen Wirtschaftsordnung zu verzichten, insistiert Clara auf das in der Zeit Machbare – und zum Teil bis heute nicht Gemachte.

Sorgfältige und zielführende soziale Arbeit gibt es nicht ohne Professionalität. Clara Ragaz unterrichtet selber während achtzehn Jahren an der Sozialen Frauenschule Zürich die Fächer „Frauenfragen“ und „Heimarbeit“. 1920 schreibt sie zum Lehrprogramm der Schule: So wichtig „ein gutes Herz und ein guter Wille“ seien, es brauche für die soziale Arbeit „gewisse technische Fähigkeiten, Kenntnisse der Methoden und der Grundlagen der verschiedenen Arbeitsgebiete, vor allem aber auch Erkenntnis ihrer Zusammenhänge und Erkenntnis der tieferliegenden Ursachen unserer sozialen Schäden und Missstände“.⁷ Mit anderen Worten: Zur Professionalisierung der Sozialarbeit muss auch deren – heute wieder verpönte – Politisierung hinzu kommen.

Mit einem eindrücklichen Fach- und Faktenwissen verfolgt Clara Ragaz sodann ihre Vision einer Welt ohne Krieg. Wie sie im Bericht von einer internationalen Studienkonferenz „Die modernen Kriegsmethoden und der Schutz der Bevölkerung“ (NW 1929, 24ff.) schreibt, geht es „nicht bloss um die Verurteilung der modernen Kriegsmethoden, sondern um die Verurteilung des Krie-

ges überhaupt“ (24). Aber es genügt auch nicht, einfach gegen den Krieg zu sein, vielmehr soll die „Fülle des Tatsachenmaterials“ (26) vor den Schrecken des Krieges warnen.

Der Aufklärung der Bevölkerung über den „Gift- und Bakterienkrieg“ dient 1933 eine Wanderausstellung des Schweizer Zweigs der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF). „Luftschutz? Ein Wort der Klärung“ heisst eine detaillierte Dokumentation, mit der Clara Ragaz und weitere IFFF-Frauen, unter ihnen die Chemieprofessorin Gertrud Woker, 1936 die Irreführung der Bevölkerung durch „Schutzmassnahmen“ wie Unterständen und Gasmasken entlarven.

Im Vorwort der Broschüre redet Clara einem Vorrang weiblicher Praxis gegenüber den Beschwichtigungstheorien der Militärs das Wort: „Wir Frauen, die wir wohl für die psychologische Wirkung eines Gasangriffes auf die Zivilbevölkerung eine bessere Vorstellungskraft haben als militärische Fachleute, die mit disziplinierten Truppenkörpern rechnen, wir, die wir uns die Panik unserer Kinder, die Verzweiflung aller Wehrlosen beim Rettungsalarm ausmalen können, wir haben naturgemäss ganz besonderen Grund, uns Rechenschaft abzulegen über die Erfolgsmöglichkeiten von Rettungsmassnahmen, wie sie von den Behörden ins Auge gefasst werden ...“⁸

Unterschriftensammlungen dienen der weiteren Sensibilisierung der Menschen. 1923 lancierte Clara Ragaz eine Zivildienstpetition, die mit 40 000 Unterschriften dem Nationalrat eingereicht wurde. Gegenüber der Kritik, dass ein Zivildienst der Abschaffung des Militärs im Wege stehen könnte, meinte sie, das sei eben die Spannung von „relativ und absolut“, schliesslich dürfe man die Verweigerer nicht im Stich lassen (NW 1921, 196ff.). Als 1930/31 eine Weltabrüstungskonferenz in Genf stattfand, for-

derte die IFFF ihre nationalen Sektionen zu einer Unterschriftensammlung auf. Dank dem unermüdlichen Einsatz von Clara Ragaz und ihren Mitstreiterinnen erzielte die Schweizer Sektion mit 311 000 Unterschriften die prozentual höchste Zahl in den verschiedenen Ländern (NW 1931, 559).

Aufrechter Gang

Im Sonderheft zum 40. Todestag von Clara Ragaz schreibt Tula Roy über ihre Arbeit an einem Porträt von Clara Ragaz für den Film „Eine andere Geschichte“: „... mein Entschluss, den berühmten Ehemann – von ihr liebevoll ‚mein Leu‘ genannt – auf die Seite zu schieben, wollte nicht gelingen, weil er wie ein Stehaufmännchen immer wieder auftauchte“ (NW 1997, 295). Nun, Leonhard Ragaz darf hier durchaus „auftauchen“ und an der Seite von Clara stehen. Die beiden haben eine für die damalige Zeit erstaunlich emanzipierte Partnerschaft gelebt und sich in ihren politischen Aktivitäten gegenseitig unterstützt. So moniert Leonhard Ragaz 1931, dass die schweizerische Presse „mit ganz wenigen rühmlichen Ausnahmen“ sich geweigert habe, den Aufruf der Liga zur weltweiten Abrüstung zu veröffentlichen. Das gelte leider auch von der sozialistischen Presse, die „unter der Herrschaft des Dogmas“ stehe, „dass nur von der Partei abgestempelte Aktionen von dieser unterstützt werden dürfen“ (NW 1931, 359). Zur Verleumdungskampagne, die Clara Ragaz als „Agentin Moskaus“ diffamierte, meinte der Ehemann: „Die Frauenliga für Frieden und Freiheit darf sich gratulieren, dass die offenbar wohl organisierte Hetze gegen den Antimilitarismus sich immer mehr gegen sie wendet“ (NW 1932, 236).

Im Gegensatz zum „berühmten Ehemann“ hat Clara wenig geschrieben, keine Bücher und vor allem nichts „Theologi-

ches“. Aber sie hat sich als ebenso kreative und eigenständige Persönlichkeit behauptet. Ja, sie ging in vielen Entscheidungen ihrem Mann voran. So ist sie unter dem Eindruck des 1889 erschienenen Romans der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner (1843–1914) „Die Waffen nieder!“ Pazifistin geworden, noch bevor sie Leonhard Ragaz, den „Militaristen“⁹, kennenlernte. Sie ist 1913 auch ein halbes Jahr vor ihm in die Sozialdemokratische Partei eingetreten. Und ihrer Freundin Pieczynska-Reichenbach vertraut sie in einem Brief vom 20. August 1921 an, dass ihre Stellung der Kirche gegenüber schon früher als bei ihrem Mann sehr gelockert gewesen sei.

Wenn der Ehemann darunter litt, dass er zum „bestgehassten Schweizer“ geworden war, wenn immer neue Anfeindungen und Verleumdungen ihm zusetzten, „verstand es Clara, den erregten Leonhard zu überzeugen, dass er seine Kräfte nicht unnützlich verschwenden sollte, dass Distanz halten besser sei, als leidenschaftlich zu reagieren“, schreibt Helen Kremos (1905–1996) im Gedächtnisheft (NW 1997, 282). Zum 50. Geburtstag am 28. Juli 1918 von Leonhard Ragaz erinnert ihn die Weggefährtin an das gemeinsame Wandern „durch dunkle Schluchten“. Aber jetzt scheine sich „im ersten Morgengrauen“ endlich „gelobtes Land“ anzukündigen:

„s ist nicht erreicht, 's ist nur ein Ahnen, wohin sich unsere Wege bahnen. Verheissung bloss ist's; doch sie schafft zum Weiterwandern Licht und Kraft.“¹⁰

Die Frau der leisen Töne ist sich bewusst, dass Verheissenes uns ermutigt, obschon oder gerade weil es nicht mit grosser Gebärde (Lk. 17,20) sich verwicklicht.

Clara war eine Mutmacherin, wie in der eigenen Ehe und Familie so auch gegenüber den Mitstreiterinnen im Kampf um Frieden und Gerechtigkeit. Kurz nach Aus-

bruch des Zweiten Weltkriegs, im Oktober 1939, schreibt sie im Jahresbericht des Schweizer Zweigs der IFFF: „... es darf uns keine Stunde reuen, die wir dem Kampf gegen den Krieg gewidmet haben. Wenn wir untergehen, so gehen wir nicht unter, weil wir uns für falsche Ideen eingesetzt hätten, sondern weil wir noch nicht leidenschaftlich und opferbereit genug für unsere Sache gekämpft haben. Möchten wir Erfolg und Niederlagen in einem Sinn tragen und verarbeiten, dass beides uns untereinander und unserem Ziele näher bringt.“ Ein Jahr später ermutigt sie die Liga-Frauen mit einem Wort des US-amerikanischen Bischofs Philipp Brooks (1835–1893): „Betet nicht um Aufgaben, für die eure Kräfte ausreichen, sondern betet um Kräfte, die für eure Aufgaben ausreichen!“

Fast übermenschlich waren die Aufgaben, die auf Clara Ragaz mit der Auskunftsstelle für Flüchtlinge im Gartenhof zukamen. Zusammen mit ihrer Tochter Christine Ragaz besorgte sie Unterhalt und Unterkunft für Verfolgte, die sonst von keiner Kirche oder Flüchtlingsorganisation unterstützt wurden. „Mithelferinnen berichten, wie Clara Ragaz mit einem Scherz, einer leisen Ironie, einem geistigen Zuspruch und, wenn es sein musste, mit einem mahnenden Wort die niedergedrückten Menschen aufzurichten verstand“, lesen wir im Beitrag von Helen Kremos (NW 1997, 289f.).

Ermutung ist auch die Grundmelodie des Aufsatzes „Ist die Frau Pazifistin?“ Ragaz schreibt: „Wir werden es erleben, wenn wir treu zu unserer Sache stehen, was für eine Befreiung auch von Angst und Sorge darin liegt, dass man den Kampf gegen Angst und Sorge aufnimmt.“ „Mut machen“ ist die Parole dieses Appells: „Und das grösste Geschenk, das wir dem einzelnen und den Völkern machen können, wäre, ihnen Mut zu machen, Wege zu suchen zu

einem gemeinsamen Aufbau der Beziehungen (...) auf der Grundlage der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, des Rechtes und der Freiheit, die allein auch die Grundlagen für einen echten Frieden sind.“¹¹

Bei aller Entschiedenheit der eigenen Überzeugung verstand es Clara Ragaz, auf Menschen anderer Weltanschauungen und Parteien zuzugehen. So verhielt es sich schon mit den ersten Fair Trade-Forderungen der Sozialen Käuferliga, deren Sekretariat Clara Ragaz betreute. „Die Geschäftsleute billigten die Einführung des Ladenschlusses um 19.30 Uhr, bezahlte Ferien, Sitzmöglichkeiten bei der Arbeit und eine Nachmittagserfrischung“, berichtet Helen Kremos und meint, zu diesem Ergebnis habe „die sachverständige, ruhige und gewinnende Art von Clara Ragaz beigetragen“ (NW 1997, 285). Lisa Stamm-Hasler ergänzt diese – wie wir heute sagen – soziale Kompetenz mit den Worten: „Sie hatte die Gabe, sowohl mit der einzelnen Heimarbeiterin in ihrer Mansarde und der jungen Verkäuferin in der Stadt als auch mit Politikern im In- und Ausland zu sprechen oder Verhandlungen zu führen. Diese parallel laufenden Beziehungen zu Frauen der Arbeiterklasse und zu den Mächtigen in der Politik gaben ihr immer wieder neue Impulse, um sich gezielt für die Benachteiligten in der Gesellschaft einzusetzen“ (NW 1997, 301).

Vielleicht die schönste Charakterisierung dieser Frau verdanken wir Berthe Wicke und Helen Kremos in ihrem gemeinsamen Nachruf (NW 1957, 228ff.): „Wer sie persönlich gekannt hat, bekam auf irgendeine Weise ihre wohlthuende Hand zu spüren. Wie war sie doch grosszügig! Sie akzeptierte stillschweigend oder mit einer humorvollen Bemerkung die Schwächen der anderen. Vor ihr lösten sich unentwirrbar scheinende Fäden, erhitzte Gemüter beruhigten sich, Mensch und Ding um sie nah-

men auf selbstverständliche Weise ihren zugehörigen Platz ein; dabei ging ihrer Ordnungsliebe jede Pedanterie ab.“ Ja: „Sie gehörte zu den Menschen, vor denen das Böse entwaffnet haltmachen muss“ (229). Das ist mehr als soziale Kompetenz, das ist das Charisma des aufrechten Gangs.

1 Vgl. Isabelle Wohlgenuth, Clara Ragaz-Nadig (1874–1957). Ein Leben für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, NW 1992, 226ff.; Zum 40. Todestag von Clara Ragaz, Oktober-Heft 1997 der Neuen Wege; W. Spieler, Eine „Wolke von Zeuginnen“, NW 2006, 272ff.; Religiöser Sozialismus in der Frauen- und Friedensbewegung, NW 2006, 315ff.

2 Das Programm der Frauenbewegung, in: Ein sozialistisches Programm, Olten 1919, 200ff.

3 In: Der Ruf der Mütter, München 1948. Abgedruckt in: Clara Ragaz-Nadig, hg. vom Schweizerischen Zweig der IFFF, Zürich 1957, Zitate, 21, 22.

4 Ebd. 22.

5 Lisa Stamm, Clara Ragaz-Nadig (1874–1957). Biographie und Ausschnitte aus ihrem Wirken, 31 (Diplomarbeit 1996 an der Schule für Soziale Arbeit Zürich).

6 Stamm, 47ff.

7 Zit. nach Stamm, 68.

8 Clara Ragaz-Nadig/Marta Schüepp, Luftschutz? Ein Wort zur Klärung, Zürich 1936, Vorwort.

9 Vgl. Leonhard Ragaz, Mein Weg, Band I, Zürich 1952, 210.

10 In: Clara Ragaz-Nadig (Anm. 2), 29.

11 Ebd. 25.

*Willy Spieler,
Jg. 1937,
Zürich, Publizist
mit Schwerpunkt
Sozial-
ethik. 1977-
2007 Redaktor
der „Neuen
Wege – Zeit-
schrift des
Religiösen
Sozialismus“.
1991 bis 2001
Zürcher Kan-
tonsrat, ab 1996 Präsident der Sozialdemo-
kratischen Fraktion*



Willy Spieler

REZENSIONEN

„Arbeitsfairteilen“

Heinz-J. Bontrup, Lars Niggemeyer und Jörg Mel, VSA-Verlag Hamburg, 2007

Von Lothar Bratfisch

Das Büchlein von 94 Seiten im Format von 18 cm x 11,5 cm – es ist die Nr. 27 in der Reihe der Attac BasisTexte – ist äußerlich klein, bietet aber viel Inhalt zum Mitdenken und eigentlich zum Mitrechnen.

Es beginnt mit einem Blick auf die vorkapitalistische Vergangenheit. Wie lange wurde früher gearbeitet? Überlegungen und ein paar Daten ergeben die Antwort, dass die tatsächliche Jahresarbeitszeit in der vorindustriellen Gesellschaft durchaus der Arbeitsdauer in den heutigen Industriegesellschaften entsprach. Die Geschichte des Kampfes um die 48 Stunden-Woche und dann um die 40 Stunden-Woche wird in Erinnerung gerufen. Ab Mitte der 1970er Jahre erfolgte die Wende zum Neoliberalismus und das Ansteigen der Massen-Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Im Zentrum des Buches werden das Arbeitsvolumen und das Erwerbs-Personenpotenzial in Beziehung gesetzt. Das Arbeitsvolumen ist die Anzahl der innerhalb ei-

nes Jahres in Deutschland insgesamt geleisteten Erwerbs-Arbeitsstunden, das sind z. Zt. rund 56 Mrd. Stunden. Und das Erwerbs-Personenpotenzial ist die Summe der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen. Zu beachten ist, dass die Zahl der Erwerbslosen höher ist als die Anzahl der offiziell gezählten. Es geht also um die Summe derer, die arbeiten, und derer, die arbeiten wollen. Im Augenblick ist es so, dass das 56-Mrd.-Stunden betragende Arbeitsvolumen von 27 Mill. Vollzeitbeschäftigten und mehr als 11 Mill. Teilzeitbeschäftigten abgedeckt wird. Weitere 6,2 Mill. Personen sind wegen offener oder verdeckter Arbeitslosigkeit vollständig von der Verteilung der Arbeitszeit ausgeschlossen.

Die Autoren betrachten in diesem Zusammenhang das Wirtschafts-Wachstum und den Anstieg der Arbeitsproduktivität. Sie geben Rechenbeispiele für andere Verteilungsmöglichkeiten des Arbeitsvolumens an die Interessierten. Sie berechnen z. B., dass bei gleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit auf alle etwa 45 Mill. Personen des Erwerbspotenzials jeder Einzelne nur 27,5 Stunden pro Woche arbeiten müsste. Zu



Vergleichen werden immer wieder die Verhältnisse in anderen Staaten, besonders den europäischen, herbeigezogen. Als beispielhaft werden die Maßnahmen in skandinavischen Ländern empfunden, in denen z. B. der Staat eine größere Rolle als Arbeitgeber spielt. Das Buch geht natürlich auch auf resultierende Einkommens-Veränderungen oder die Finanzierbarkeit der Umverteilung der Arbeitszei-

ten ein. Die Autoren setzen sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeiten ein und stellen sich hinter eine Forderung von Helmut Spitzley nach einer neuen Definition von Vollbeschäftigung.

Sie zitieren ihn: "Die politischen und gesellschaftlichen Akteure sollten ihre Politik grundsätzlich neu ausrichten und an dem neuen Leitbild orientieren: Kurze Vollzeit für alle."

Handbuch Friedenserziehung. Interreligiös – interkulturell – interkonfessionell

Werner Haußmann, Hansjörg Biener, Klaus Hock u. Reinhold Mokrosch (Hrsg.), Gütersloh 2006

Von Friedrich W. Bargheer

In Zeiten weltweiter Konflikt- und Krisenherde (Klimakatastrophe, 144 Kriege global gleichzeitig, Ressourcenplünderung, exorbitante Staatsverschuldung Deutschlands – d.h. Raubzug der gegenwärtigen Generation gegen die Nachgeborenen usw.) erscheint ein „Handbuch Friedenserziehung – interreligiös/interkulturell/interkonfessionell“ – eine wahre Buch gewordene Schatztruhe, prall gefüllt mit differenzierten und elementaren Informationen, eine Manifestation heute real

möglicher Zusammenarbeit von Vertreterinnen und Vertretern so gut wie aller gelebter Religionen weltweit am Projekt „Erziehung zum Frieden“ – Kann eine so hoch verdienstliche – man ist nach der Lektüre schon geneigt zu sagen: epochale Publikation wie diese zur Bearbeitung (und vielleicht sogar etwas zur Lösung) der eingangs skizzierten prekären Problematik beitragen? – Was ein seriöses Printmedium leisten kann, sind vor allem Informationen und Anregungen. Dies Handbuch bringt sie. Aber nirgends verbunden mit Agitprop. Kein missionarisches Gesinnungseifern! Wegen des globalen Krisen-Szenarios ratlose, aber Rat suchende, Leserinnen und Leser werden fündig etwa bei

Udo Krolzik [Ausbeutung der Umwelt] 78ff.; Folkert Rickers [Soziale Ungerechtigkeit/ religiös motivierte Gewalt] 313ff.; Werner H. Ritter/ Michaela Albrecht [Umweltzerstörung/ Gewalt gegen Lebensgrundlagen] 319ff. – Ritter/Albrecht setzen den Akzent auf (a) biblische, (b) religionskundliche Darlegungen.

Auf ein friedens-pädagogisches Handbuch im Horizont nicht nur der christlichen oder euro-zentrischen, sondern der – Religion bei ihrer Mitverantwortung und geschuldeten Mitwirkung behaftenden – „Zivilisations-Ökumene“ (Hermann Lübke 2005) konnte die Friedens-Bewegung in den frühen 80er Jahren, als es gegen den NATO-Doppel-Beschluss ging, nicht zurückgreifen. Die massenhaft Demonstrierenden nahmen ihre kleinen Kinder zum Teil einfach auf die Demos mit – in der Hoffnung, dass „Lernen am Modell“ funktioniert. – Das sind aber komplexere und kompliziertere Prozesse der Persönlichkeits-Entwicklung und -bildung, als hochgemuten Aktivisten klar war oder ist – siehe im Handbuch FE (205ff.) Günter R. Schmidts Beitrag „Grundformen religiöser Sozialisation“. Wie es in den sozialen Systemen erziehungs- und bildungsspezifischer Institutionen damit gehen könnte, zeigen Rainer Lachmann 332ff. am Beispiel

„Familie und religiöse Sozialisation“; Susanna Straß/Frieder Harz 338ff. im Blick auf „Friedenserziehung in KiTas“; Rabeya Müller/Reinhold Mokrosch 343ff. im Blick auf islamische und christliche Perspektiven; Karin Verscht-Biener/Hansjörg Biener 352 ff. für christlichen RU. – S. 366ff. schließen die Handlungsfelder Gemeinde (Martin Broeking-Bortfeldt), Erwachsenenbildung (Jörg Knoll/ Jördis Matjeka 370f.f); Diakonie (Helmut Hanisch 375ff.) an.

Bevor die Ebene „Praxis“ zum Zug kommt, gibt es Information zu „Grundlagen“ (allgemein: 8ff. theologisch-religionswissenschaftlich: 83ff.; ethisch: 176ff.). Faszinierend, dass und wie in der religionswissenschaftlichen Abteilung so gut wie alle großen und „kleineren“ Weltreligionen – ihrer pluralen Struktur entsprechend differenziert – zu Wort kommen: (Hinduismus: Chandrabhal Tripathi 84ff.; Buddhismus: Alfred Weil 90ff.; konfuzianische in Verbindung mit anderen fernöstlichen Religionsformen: Michael v. Brück 97ff.; Judentum: Eveline Goodman-Thau 102ff.; Jonathan Magonet 109ff.; Christentum (biblisch): Klaus Wegenast 114ff., evangelisch: Reinhold Mokrosch 119ff., katholisch: Matthias Bahr 125ff., orthodox: Joantà Serafim/Georg Tsakalidis 130ff., Friedenskirchen: Fer-

nando Enns/Stephan v. Twardowski 136ff.; Islam (Koran): Cemal Tosun/Beyza Bilgin 140ff., (allgemein): Wolf D. Ahmed Aries 146ff.; Bahá'í: Ulrich Gollmer 153ff.; indigene Religionen: Anton Quack 159ff. – Neue religiöse Bewegungen (Heinz Streib 164ff.), die Perspektive von Religions Non-Believers (Brian Gates 168) und Menschen „jenseits“ religiöser Traditionen (Martin Engelbrecht 73ff.) fehlen nicht.

Den Vortritt haben prominente „Schirmherren“ für „Weltethos“, Allgemeine und evangelische Religions-Pädagogik: Hans Küng (Geleitwort) bzw. Karl Ernst Nipkow (Geschichte der FE in Europa 9ff.; Nipkow lässt sie mit Erasmus beginnen). – Einer ausgeklügelten Systematik ist zu verdanken, dass das Handbuch zugleich Qualitäten eines Compendiums hat: Effektiver als in manchen Sachbüchern vom Schlage „Was man von Religion X und Y wissen muss“, werden hier religionskundlich elementare Wissensbestände vermittelt – und zwar exemplarisch durch Buchstabieren der Neuen Gretchenfrage „Religion, wie hast Du's mit dem Frieden?“

Rund 80 Autorinnen und Autoren haben beigetragen und – o Wunder – kaum ein Autor braucht für seinen Part mehr als die durchschnittlich fünf Seiten. So kommen be-

hältliche, strukturierte Informationen zusammen, wie man sie anderswo vergeblich sucht. Wo sonst zum Beispiel würde ich das Gefühl der „Demütigung“, dem Muslime sich bei Begegnungen mit ihnen fremder Kultur stereotyp ausgesetzt sehen, so umsichtig und nachvollziehbar erklärt finden, wie in Aries' Lehrstück über Friedensbildung aus islamischer Sicht 146ff.? – Ein essayistisches „Kabinett-Stück“ überrascht mitten im allgemein grundlegenden Teil: Ralf Schieders, von Berlin-Neuköllner Schulhofszene gerahmter, Beitrag in religionssoziologischer Perspektive 33ff.

Das „Fremde“ an den hierzulande fremden Religionen wurde nicht wegretuschiert. Bei den muslimischen Beiträgen ist das zu bemerken und zumal bei der Lektüre von Chandrabal Tripathis Einführung in das „Ethos der Bhagavadgita“ 84ff. Sie bringt Erklärungen zu den wichtigsten Termini des Hinduismus – was es aber mit „Arjuna“ (88) auf sich hat – darüber müssen wir uns wohl woanders schlau machen ...

Zum Schluss noch eine „Vermissten-Meldung“: Im Gesamtliteraturverzeichnis kommt Albert Schweitzer zwar vor – (457) mit „Kultur und Ethik“; aber war da mit „Friedenserziehung“, „Religionen“, „Kultur“ und „Euro-

pa“ nicht doch noch etwas, das in den redaktionellen Teil gehört hätte?

Ein Fazit: Dies Handbuch hat das Zeug zum Standardwerk – beides: über Friedenserziehung und zur weiten Welt der Religionen, indem es diese im Licht des exemplari-

schen Welt-Problems „Frieden“ zum Leuchten bringt. Es taugt für Friedensbewegungen von heute zur fundierten Praxis-Theorie. Und für Profis wie Amateure im Erziehungs- und Unterrichts-Geschäft zur überaus reichen Informationsquelle.

BUNDESNAHRICHTEN

Aufruf – Aktiv für CuS!

Liebe Leserinnen und Leser!

60 Jahre wird unsere Zeitschrift in diesem Jahr, in neuer Folge erscheint sie seit 1977. Sie ist damit eine der wenigen progressiven christlichen Zeitschriften, die überlebt haben. Nicht wenige Besucher und Besucherinnen unserer Stände drücken ihr Erstaunen direkt aus: „Ach, Ihr seid noch da?!“ Wir sind noch da, obwohl wir klar unsere Symbole hochhalten, auf Plakaten: „Als Christ Sozialist, als Christin Sozialistin“, auf unsern Heften, die durch ein dunkles Rot geschmückt sind, das nach Aussage einer konservativen Zeitung besonders verdächtig ist. Als einzige Zeitschrift in Deutschland führen wir die „edlen Worte“ (Helmut Gollwitzer) Christentum und Sozialismus gemeinsam im Titel und zeigen Symbole des Christentums und Sozialismus zugleich: Kreuz und Rose.

Das schafft uns nicht nur Freunde. Die Presse pflegt

unsere Beiträge fast nicht zu beachten. Dass die Neue Westfälische, Kreis Herford, neulich einen Artikel brachte unter dem Titel „Die Hoffnung der Religiösen Sozialisten“, mit Angaben über unsere Themen und bekannte Autoren, ist auf die Freundlichkeit eines mir bekannten Redakteurs zurückzuführen.

Warum ich das schreibe? **Wir brauchen Ihre/Eure Unterstützung.** Eine Zeitschrift, die durch sofort erkennbare klare Signale so viel riskiert, kann nur mit viel Unterstützung ihrer Leser und Leserinnen überleben.

Unsere Preise sind extra knapp kalkuliert. Wir wissen, dass es nicht leicht ist für Empfänger und Empfängerinnen des Arbeitslosengeldes, ein Abonnement zu halten. Anderen ermöglicht der niedrige Preis, die Zeitschrift unter vielen andern zu halten, sonst würden sie sie ab-



bestellen: „Ich habe schon so viel zu lesen!“

Um die Kosten niedrig zu halten, bringen wir Opfer. Die Redaktionsarbeit ist ehrenamtlich, die Autoren und Autorinnen verzichten auf ein Honorar, der BRSD gibt einen Zuschuss bzw. subventioniert die Zeitschrift. Derzeit haben wir pro Jahr eine Doppelnummer, und die Einzelhefte sind dafür umfangreicher. Wäre es anders, müssten die Preise wesentlich erhöht werden oder die Zeitschrift würde eingehen wie so viele andere.

Gespräch am Stand des Bundes zusammen mit Initiative Kirche von unten beim Katholikentag in Osnabrück: Ein Mann kommt mit Freude auf unsere Hefte zu. „Meine Frau war schon sehr dafür, Christin und Sozialistin zugleich zu sein, als ich sie kennen lernte, das Heft bringe ich ihr mit.“ „Aber es kostet leider 6 Euro“, sage ich. „Wieso leider?“ „Weil eben ein Arbeitsloser fragte.“ „Ach so! Aber das Heft ist es doch wert“, sagt er dann. Wir sind auch der Überzeugung, dass unsere Hefte so viel wert sind. *Herzlich danken wir allen Autoren und Autorinnen*, die uns für Gotteslohn (und ihre Ehre, auf unserm Podium oder unserer Kanzel zu stehen) so gut unterstützt haben.

Nun wenden wir uns auch an Sie/Euch, die Leser und Leserinnen mit der Bitte um

Unterstützung. Mehrere Möglichkeiten gibt es:

Wir bitten um Spenden.

Die Zeit bringt es mit sich, dass viele von uns gar nicht viel Geld haben. Aber viele kleine Leute an vielen Orten können viele große Aufgaben bewältigen. In ganz Deutschland von der größten Stadt bis zum kleinsten Dorf wohnen unsere Leser und Leserinnen. Schon Kinder machen es uns vor, wie man mit Spendenaktionen Geld für wohltätige Zwecke bekommen kann. Wir vertrauen auf gute Ideen und guten Willen zu helfen, an allen Orten.

Wir bitten um Unterstützung bei der Werbung. Unsere Auflage derzeit: 500 Exemplare. In guten Zeiten waren es 1.100 oder gar 2000 zu Kirchentagen. Aber mit den Mitgliedern des BRSD halten wir z.Zt. nur ca. 200 bezahlte Abonnements. So versuchen wir durch Einzelverkauf, den Kreis der Lesenden zu vergrößern.

Unser Ziel: 50 neue Abonnenten und Abonnentinnen. Es würde die Kosten der Herstellung decken, wenn wir das Ziel erreichten.

Unser Ziel für 2008–2009: Euro 5.000 für CuS. Das wäre ein schönes Geburtstagsgeschenk.

Für Redaktion und Redaktionsbeirat

Reinhard Gaede

Bilder und Fotos

- S. 3 Reinhard Gaede
S. 5 Hartmut Futterlieb
S. 10 Gerhard Kuppler
S. 11/13/18 Bremer Friedensforum, Ekkehard Lentz
S. 19 Versöhnungsbund, Kühlenstr. 5a, 25436 Uetersen
S. 22 Oskar Hahn
S. 27 Clemens Ronnefeldt
S. 30 Franziska Drohsel, Ralf Höschele
S. 38 Foto Röttgers
S. 42 Jürgen Klute
S. 45 Foto Markus J. Feger
S. 49 Gerhard Borné
S. 53 Emil Fuchs: Mein Leben 2, Leipzig 1959, S. 192
S. 55 Wikipedia, Artikel George Fox (gemeinfrei)
S. 62 Ulrich Peter
S. 64 Archiv Reinhard Gaede
S. 68 Medienpark, Müller

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Bargheer

Hinter dem Böhmerhof 1, 32825 Blomberg

Dr. Gerhard Borné

Klausenerstr. 16, 14532 Kleinmachnow

Lothar Bratfisch

Lockhauser Str. 11

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Universität Köln, Institut Politikwissenschaft

Gronewaldstr. 2, 50931 Köln

Prof. Dr. Eugen Drewermann

Bremer Friedensforum,

Imsumstraße 11, 28219 Bremen

Franziska Drohsel

Juso-Bundesbüro, Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

Ulrich Hahn

Kalkofenstr. 23, 78050 Villingen

Ralf Höschele

Juso-Bundesbüro, Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

Jürgen Klute

Zeppelinstr. 7, 44651 Herne

Gerhard Kuppler

Kirchbergstr. 18, 74348 Lauffen am Neckar

Dr. Ulrich Peter

Trautenastr. 12/I, 10717 Berlin

Clemens Ronnefeldt

A.-v.-Humboldtweg 8a, 85354 Freising

Paul Schobel

Fachbereich Betriebsseelsorge

Jahnstr. 30, 70597 Stuttgart

Willy Spieler

Butzenstrasse 27, CH 8038 Zürich

Dr. Reinhard J. Voß (pax christi)

Sekretariat der deutschen Sektion,

Feststr. 9, 61118 Bad Vilbel

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

CuS ist die Vierteljahres-Zeitschrift der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, ist damit die einzige Zeitschrift in Deutschland, die die „edlen Worte“ (H. Gollwitzer) Christentum und Sozialismus gemeinsam im Titel führt und Symbole des Christentums und Sozialismus zugleich zeigt.

Zu aktuellen Fragen unserer Gesellschaft sucht sie Antworten aus christlicher Sicht und ist zugleich bereit für den interreligiösen Dialog, besonders mit Judentum und Islam.

In der Vergangenheit hat sich Theologie und politisches Handeln der religiösen Sozialisten bewährt im Widerstand gegen Nationalismus, Militarismus und Faschismus und im Streit für mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Viele Anregungen der religiösen Sozialisten und Sozialistinnen sind in der Ökumene und in gesellschaftlichen Initiativen aufgenommen worden, dennoch müssen sie fortgeschrieben werden.

CuS wird getragen von einer kleinen, aber lebendigen Schar von Christinnen und Christen, die darauf achten, dass biblische, theologische Impulse sich durchsetzen: Parteinahme für die Armen, Unterdrückten und an den Rand Gedrängten, Bewahrung der bedrohten Schöpfung, Veränderung der Gesellschaft. Dem christlichen Gebot der Nächstenliebe folgend, in der Hoffnung auf Gottes kommendes Reich, in dem „Gerechtigkeit wohnt“ (2.Petr. 3, 13), suchen wir nach sozialistischen Konzeptionen, in denen gegenseitige geschwisterliche Hilfe und Möglichkeiten der Selbstentfaltung des Einzelnen – als Bedingung der Selbstentfaltung aller – Leitlinien sind. Der Weiterentwicklung des Modells der Genossenschaften gehört unsere Aufmerksamkeit. Unser Ziel ist die solidarische Gesellschaft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur unserer gesellschaftlichen Praxis ist das Evangelium und das verheißene Reich Gottes.

Abonnements:

Per Post:
BRSD-Sekretariat Michael Bschorr
Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe
Per Fax:
Fax 05202/884 884
Per E-Mail:
mib@brsd.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland 20 € pro Jahr · Ausland 23 € pro Jahr
Förderabo 25 € oder mehr
Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.
KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt-Nr. 2119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam